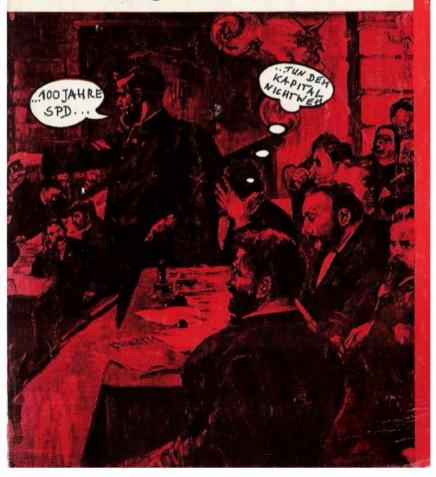
Kurt Brandis Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie

Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes

Rotbuch Verlag Berlin



Kurt Brandis Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie

Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes Mit einem Nachwort von Rüdiger Griepenburg, Dirk Hemje-Oltmanns, Elisabeth Meyer-Renschhausen

Rotbuch Verlag Berlin

linese Arheit erhielt seitens der Partei-Komminisz Hischen Geschichtsschreibüng folgendes güle zeichen:

*eine ünhistorische, ültraliule Darstellüng, olie zu beweisen sücht, daß die denteche Soziale dencellreibe von Anfang ern mir eine Kleinz hürgerliche Arheibes pur for wert (H. Düncherf A. Goldschmidt/ K. H. Wiltfogel (ed.), Martist. Arheiterschülung. Kürzüs: Gerch. d. Inhern. Arh. Best., Wien/Blu 1430; H. 6)

Bitte verlangen Sie vom Verlag den kostenlosen Almanach Das kleine Rotbuch.

Umschlagbild: Eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages in den Concordia-Festsälen zu Berlin; Holzstich von Werner Zehme vom 3. 12. 1892 © 1975 Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98 Druck Georg Wagner, Nördlingen Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany ISBN 3 88022 133 2

Inhalt

Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die Geschichte der Sozialdemokratie 7

- I. Die politische Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz 13
- 1. Der Lassalleanismus 13
 - a. Marxismus und Lassalleanismus in der Entwicklung der Sozialdemokratie 13
 - b. Die politische Theorie Lassalles 14
- 2. Der Lassalleanismus der ersten »Marxisten« in Deutsch
 - a. Die Kämpfe zwischen der Organisation Lassalles und der Bebel-Liebknechtschen Richtung 22
 - b. Die politische Ideologie der Partei Bebel-Liebknecht bei ihrer Gründung 23
- 3. Marx-Engels und die deutsche Arbeiterbewegung im Zeitraum 1865-75 31
 - a. Die Auffassungen des Marxismus über die Politik der proletarischen Partei in Deutschland 1865-71 31
 - b. Die Stellung Marx'-Engels' zu den deutschen »Marxisten« 1865-71 33
 - c. Marxismus und Sozialdemokratismus in der Frühzeit der Sozialdemokratie 34

II. Die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz 36

- 4. Die Sozialdemokratie zu Beginn des Sozialistengesetzes 36
 - a. Die Bürokratie der Sozialdemokratie und das Ausnahmegesetz 37
 - b. Die anfängliche Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Ausnahmegesetz 38
 - c. Die erste »anarchistische« Opposition in der Sozialdemokratie 40
 - d. Die Radikalisierung der offiziellen Politik der Sozialdemokratie 43
- 5. Die parlamentarische Praxis der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz 47

- a. Wahlagitation und Arbeit in den Parlamenten als einzige legale Betätigungsfelder der Partei 47
- b. Die Wahlagitation der Sozialdemokratie 50
- 6. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen den »Anarchismus« unter dem Sozialistengesetz 53
 - a. Anarchismus, Marxismus und Sozialdemokratie 53
 - b. Die Kritik der Sozialdemokratie an der anarchistischen Bewegung 55
- 7. Der Dampfersubventionsstreit und die antiparlamentarische Strömung in der Sozialdemokratie 58
 - a. Der Beginn der deutschen Kolonialpolitik und die Sozialdemokratie 58
 - b. Die Tätigkeit der Partei in den Parlamenten und die antiparlamentarischen Stimmungen in der Mitgliedschaft 62

Schluß

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes und die Sozialdemokratie 66

- a. Das Erfurter Programm 66
- b. Die Bilanz des Sozialistengesetzes und der Charakter der Sozialdemokratie nach 1890 70
- c. Die Richtungen in der Literatur über die Geschichte der Sozialdemokratie 73

Anmerkungen 79

Nachwort

Rüdiger Griepenburg, Dirk Hemje-Oltmanns, Elisabeth Meyer-Renschhausen Arbeiterbewegung und Sozialistengesetz 96 Anmerkungen **EINLEITUNG**

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die Geschichte der Sozialdemokratie

Ein Vergleich zwischen der Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der Geschichte der Sozialdemokratie erweist die bis ins einzelne gehende Abhängigkeit der Parteientwicklung von den strukturellen und konjunkturellen Wandlungen in der Okonomie. In seinen allgemeinen Formen ist dieser Zusammenhang leicht festzustellen bei einer Partei, in deren Bewußtsein ihr Charakter als politischer Ausdruck einer sozialen Bewegung offen zutage tritt. Die Vermittlungen zwischen der politischen Region und dem wirtschaftlichen Unterbau sind hier am wenigsten durch allgemeine Ideale verdeckt.

Festzustellen ist jedoch bei näherer Betrachtung eine über diese allgemeine Beziehung hinausreichende Parallelität zwischen Abfolge der Konjunkturzyklen und innerer Parteigeschichte. Jedem einschneidenden Wandel der Konjunktur entspricht eine Zäsur in der Entwicklung der Partei, eine neue Formung ihres Charakters und eine Umlagerung ihrer inneren Gruppierun-

gen.

Voraussetzung einer umfassenden Darstellung dieser Abhängigkeiten wäre die Erforschung der psychologischen Einzelinhalte des proletarischen Klassenbewußtseins auf seinen verschiedenen Entwicklungsstufen; eine Typologie der Schichten
des Proletariats; die Untersuchung ihrer voneinander abweichenden Reaktionen auf die verschiedenen Phasen der Konjunkturzyklen und die präzise Einsicht in die Umsetzung wirtschaftlicher Kämpfe in politische. Erst von hier aus würden die
Wandlungen der Sozialdemokratie, die als sozial differenzierte
Organisation auf die Änderungen in der Ökonomie in ihren
verschiedenen Teilen verschieden reagiert, voll verständlich.

Wir berühren damit einen Problemkreis, dessen theoretische Bewältigung erst in den Anfängen steht. Für unsere Zwecke genügt der schematische, bewußt monistische Nachweis der Parallelität zwischen Wirtschafts- und Parteientwicklung, mit dem wir keineswegs beanspruchen, die zahlreichen Vermittlungen zwischen Ökonomie und politischer Arbeiterbewegung in ihrer Mannigfaltigkeit aufzuzeigen.

Die tiefgehende Wirtschaftskrise des Jahres 1857, die insbesondere den jungen aufsteigenden Kapitalismus in Deutschland stark erschütterte, war zu Beginn der 60er Jahre überwunden. Mit der Belebung des Arbeitsmarktes, mit der Neueinstellung

von Arbeitern in neugegründeten Unternehmungen konnte auch die Depression in der Arbeiterbewegung, die das Jahrzehnt 1850-60 kennzeichnet, weichen. Im Gefolge des industriellen Aufschwungs konstituierte sich die Arbeiterbewegung in Deutschland von neuem.²

Die Traditionen der in der bürgerlichen Revolution 1847/48 herauskristallisierten Organisationen des Proletariats, in denen theoretisch wie praktisch-organisatorisch das Niveau späterer Phasen der Arbeiterbewegung vorweggenommen schien, blieben allerdings für Deutschland vorderhand verschüttet.

Von 1860-1870, in Jahren eines gemächlichen Aufschwungs, wurde die Industrialisierungspolitik des Bürgertums noch zu sehr durch die Sorgen der auswärtigen Politik, durch Rücksichten auf die im Interesse der Herstellung eines national-einheitlichen Wirtschaftsgebietes geführten Kriege gehemmt, als daß sie sich aggressiv hätte entfalten können. Erst unmittelbar nach dem Kriege von 1870/71 setzte die alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens kennzeichnende Überspekulation ein, die der sozialistischen Bewegung Deutschlands das erste umfassende Anschauungsmaterial für die Propaganda gegen den Kapitalismus bot. In der Krise 1873/75, die auf den Exzeß der Gründerjahre folgte, wurden die geringfügigen taktischen Gegensätze (Schweitzer-Liebknecht) in der Sozialdemokratie in der gemeinsamen Frontstellung gegen Kapital und Grundbesitz ausgeglichen. In ihr erstarkten die ab 1868 gegründeten Gewerkschaften. In dem Bestreben, in der allgemeinen Krise die geringfügigen, bisher errungenen wirtschaftlichen Positionen der Arbeiterschaft zu sichern, wurden zahlreiche neue gewerkschaftliche Organisationen gegründet.

Die durch die Krise 1873-75 eingeleitete wirtschaftliche Rückentwicklung erreichte erst 1878/79 ihren Tiefstand. Um diese Zeit traten jene Änderungen in der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches und seiner führenden Schichten ein, die in den folgenden Jahrzehnten dem Wirtschaftsleben ihr Gepräge gaben. 1878/79 vollzog sich der endgültige Umschwung der Bismarckschen Wirtschaftspolitik, der sich am deutlichsten in der äußeren Handelspolitik durch die Absage an den Freihandel und in dem Übergang zu einem weitverzweigten Schutzzollsystem ausdrückte. Durch den 1876 gegründeten Zentralverband deutscher Industrieller vertreten, drang die deutsche Großindustrie im Kampf gegen die Nachwirkungen der Krise auf die Abwehr der ausländischen Konkurrenz durch Schutzzölle, auf die Sicherung des inneren Marktes und die Ermöglichung einer erfolgreichen Konkurrenz auf dem Weltmarkte durch Gewinne, die durch die Abschnürung des einheimischen Marktes durch Schutzzölle erzielt wurden. Die großagrarischen Schichten wandten sich endgültig vom Freihandel ab. Während noch 1876 der deutsche Landwirtschaftsrat den Freihandel für landwirtschaftliche Produkte verlangt hatte, forderte er 1878 Zölle auf die wichtigsten Nahrungsmittel. Ursache dieses Umschwungs war das Sinken der Grundrente infolge des enormen Niedergangs der Getreidepreise um das Jahr 1875 (der bis 1892 andauerte). Die Konkurrenz der nordamerikanischen Weizenproduktion auf dem deutschen Markte konnte nur durch Schutzzölle abgewehrt werden. Die Erweiterung des Eisenbahn- und Städtebaus – Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der 60er Jahre – ermöglichte die Ausdehnung des inneren Marktes für die Industrie, die zu einer starken Zersetzung der Mittelschichten führte.

Die Pauperisierung des Kleinbürgertums vergrößerte die Gefolgschaft der Sozialdemokratie, vermannigfaltigte jedoch gleichzeitig das soziale Schichtenmosaik, als das sich die Partei darstellte, und trug neue, nichtproletarische Momente in ihre Politik.

In der Opposition gegen die Schutzzollpolitik, das System der indirekten Steuern und die auf beiden aufgebaute Rüstungspolitik, welche die Reichsregierung durchsetzte, fanden Arbeiterschaft und Kleinbürgertum eine gemeinsame Plattform.³

Nach der Auffassung der Sozialdemokratie lag die Wirtschaftspolitik Bismarcks seit 1878 nicht im Interesse der gesamten Bourgeoisie. Bestärkt wurde sie in dieser Meinung durch die Opposition des Exporthandels gegen das Schutzzollsystem, durch die Nichtbeteiligung eines Teiles der Fertigwarenfabrikanten an dem Zentralverband deutscher Industrieller4 und durch die Tatsache, daß das Hauptgewicht des Schutzzollsystems von 1878/79 in den Getreidezöllen lag. Das Bürgertum trieb, auch nachdem es sich wirtschaftlich durchgesetzte hatte, in den folgenden Jahren keine großzügige Klassenpolitik. Die Führung im Bündnis mit ihm lag unbestritten bei den Agrariern. Diese wirtschaftliche Konstellation bildete die Grundlage für die Propagierung einer im wesentlichen liberalen Wirtschaftspolitik durch die Sozialdemokratie in den folgenden Jahrzehnten. Nach ihrer Auffassung (besser gesagt: der Meinung der Parteimehrheit) waren Schutzzoll und Militarismus »feudale« Methoden rückständiger, vorkapitalistischer Schichten und der Schwerindustrie – entbehrlich für die auch von der Sozialdemokratie als kulturell-fortschrittlich bejahte Entfaltung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus.

Der Wunsch nach Sicherung und Fruktifizierung des wirtschaftlichen (und politischen) Kompromisses zwischen Großbürgertum und Agrariern in Jahren äußerster wirtschaftlicher Depression; das Bestreben, das weitere Übergreifen der sozial-

demokratischen Ideen auf außerproletarische Schichten zu verhindern, waren die wichtigsten Antriebe für den Erlaß des Sozialistengesetztes. Durch ihn wurde den politischen Parteien des Bürgertums endgültig der Zugang zur Arbeiterbewegung abgeschnitten.

Die Jahre 1878-93 waren gekennzeichnet durch eine allgemeine wirtschaftliche Depression. Es war eine Zeit mit »Perioden eines geringen Aufschwungs, die jedoch so rasch durch den Niedergang abgelöst wurden, daß weder die Prosperität noch die Krise scharf empfunden wurden«5. Dieses wirtschaftliche Relief bildete den Hintergrund für die Entwicklung der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz. Die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt, niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit lähmten die Widerstandskraft der breiten Massen. Nur so wurde die völlige Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Ausnahmegesetz und die Selbstauflösung der Partei im ersten Jahre des Sozialistengesetzes möglich. In der Reaktion darauf entstand die erste sogenannte anarchistische Sezession. In den innerparteilichen Debatten über das Bismarcksche Schutzzollsystem bildete sich zum ersten Male ein rechter Flügel der Partei. Die Gruppierungen in der Partei in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes waren weitgehend der Ausdruck der Differenzen zwischen den in die Partei eingeströmten kleinbürgerlichen Schichten und dem Gros der proletarischen Parteimitgliedschaft.6

Die 80er Jahre waren die Zeit der Entfaltung des überseeischen Handelsverkehrs in größerem Maßstabe. Die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches begann. Im Jahre 1884 wurde die deutsche Sozialdemokratie zum ersten Male vor das Imperialismus-Problem gestellt. In den Debatten über die ersten kolonialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung ist bereits die spätere Dreigliederung der Partei in Radikale, Zentristen und Rechte angedeutet.

Da die Zeit des Sozialistengesetzes für Lohnkämpfe ungünstig war, wurde die Parteiarbeit ausschließlich auf die parlamentarische Politik konzentriert. Als einzige Möglichkeit, bereits innerhalb des Kapitalismus die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, erschien der parlamentarische Weg, die Kritik und Verbesserung der Bismarckschen sozialen Gesetzgebung.

Für bestimmte proletarische Schichten der Partei jedoch bewiesen die Erörterungen des Reichstags unter dem Sozialistengesetz endgültig die Unmöglichkeit, durch die parlamentarische Gesetzgebung entscheidend in das Verhältnis von Kapital und Arbeit einzugreifen. Die Ohnmacht des Parlaments, das nach der Reichsgründung und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Jahre 1878/79 keine großen politischen Aufgaben zu

lösen hatte, schien ihnen offenbar. An diese Stimmungen knüpfte die zweite »anarchistische«, in Wirklichkeit antiparla-
mentarische Opposition in der Sozialdemokratie gegen 1887,
an.

Die Depressionsperiode von 1878/93 bildete die Atmosphäre, in der der fatalistische Okonomismus der deutschen Sozialdemokratie, der seinen prägnantesten Ausdruck im Erfurter Programm erhielt, ausgebildet wurde. Eine Periode innerer Sammlung des deutschen Kapitalismus wurde für seine Endphase angesehen. »Es schien, als ob ein schleichendes Fieber die kapitalistische Produktion befallen habe, das die Gesellschaft langsam abquälte. «7 Der automatische Zusammenbruch des kapitalistischen Systems schien nur eine Frage der Zeit. Der »Kladderadatsch«, wie Bebel ihn nannte, schien unvermeidlich. Ihn abzuwarten und die Arbeit der Partei auf die Stärkung der Organisation zur Auswertung dieses Augenblicks einzustellen, schien die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie. Der Organisations patriotismus, der die führenden Schichten der Sozialdemokratie kennzeichnete, hatte hier seine psychologische Wurzel und fand hier seine Begründung.

Der relativ geringe industrielle Aufschwung 1889-90 brachte eine starke Belebung der ökonomischen Kämpfe. Eine Streikbewegung in internationalem Ausmaße setzte ein, deren Höhepunkte der englische Dockerstreik und der deutsche Bergarbeiterstreik bildeten. Die Gewerkschaften konnten wieder neu organisiert werden. Ihre Organisationsprobleme trugen neue Differenzpunkte in die innerparteilichen Debatten.

Die Neubelebung der Arbeiterbewegung in dem wirtschaftlichen Aufschwung 1889/90 ermöglichte in letzter Instanz die Gründung der Zweiten Internationale. In Deutschland stärkte die Besserung der Konjunktur derart die Widerstandskraft der Massen, daß die Aufhebung des Sozialistengesetzes unvermeidlich wurde.

In den Erörterungen innerhalb der Sozialdemokratie über ihre Politik in der durch die Aufhebung des Ausnahmegesetzes geschaffenen Situation gruppierten sich aufs neue in der Fortsetzung der Debatten des verflossenen Jahrzehnts die drei Fraktionen in der Sozialdemokratie: die radikalen »Jungen« oder »Unabhängigen«, das Zentrum um Bebel-Liebknecht und die Rechte um Vollmar.

Das Bild der Entwicklung der Sozialdemokratie bis 1891 steht erst in der rechten Beleuchtung, wenn man Anfänge und Blütezeit im Zusammenhange sieht. Daher sei hier ergänzend für den Zeitraum 1891-1914 auf die Parallelität von Konjunkturgeschichte und innerer Parteigeschichte hingewiesen:

Die Jahre 1895-1914 sind gekennzeichnet durch eine relative

Stabilität des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Es war eine Zeit, in der die Krisen zu Depressionen abgedämpft waren, die ökonomischen Kämpfe des Proletariats nur in die »indirekte«, parlamentarisch-politische Aktion mündeten. Sie brachte die Hebung bestimmter Arbeiterschichten auf kleinbürgerliches Niveau, deren Ideologie ab 1896 im Revisionismus Bernsteins ihren theoretischen Ausdruck erhielt.

Die Gegensätze zwischen der Parteimehrheit und der linken Opposition der Jahre 1890/91, soweit sie im Rahmen der Partei geblieben waren, verwischten sich zu Beginn dieser Zeit. Die "Selbstzwecktendenzen« der Parteiorganisation dominierten. Eine mächtige Parteibürokratie konzentrierte die Parteipolitik auf das Wachstum einer massiven Wahlmaschinerie. Das soziale Machtzentrum der Arbeiterbewegung rückte von der Sozialdemokratie auf die Gewerkschaften, die Organisationen der gehobenen Schichten des Proletariats.

Das Sinken der Löhne seit Beginn des Jahrhunderts, die scharfe Depression 1902-05 und die Einwirkung der ersten russischen Revolution zeitigten die ersten Ansätze der neumarxistischen linken Parteiopposition, die bereits 1898 in der Haltung einiger Parteitheoretiker (z. B. R. Luxemburgs) angedeutet war. In der Depression 1909/10 konsolidierten sich die Linksradikalen in der Sozialdemokratie als eine theoretisch ausgeprägte Strömung ohne besondere organisatorische Formen. Die »Revolte des fünften Standes gegen den vierten«⁸ wurde in der Berufung der Opposition auf die gewerkschaftlich Unorganisierten sichtbar. Der nur theoretische, in der reformistischen Praxis stets aufgehobene Gegensatz zwischen »radikalem« Parteizentrum und Revisionisten, der das innere Parteileben seit 1898 kennzeichnete, verschwand in der Abwehr gegen links.

Erst die allseitige Krise des Weltkrieges als Entladung der innerhalb des Kapitalismus aufgehäuften ökonomischen Konflikte brachte den Zusammenbruch der II. Internationale und die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie als politischen Ausdruck der nicht mehr zu überbrückenden Gegensätze innerhalb des Proletariats.

I. Die politische Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz

1. DER LASSALLEANISMUS

a. Marxismus und Lassalleanismus in der Entwicklung der Sozialdemokratie

Die innere Geschichte der Sozialdemokratie ist - rein

ideengeschichtlich betrachtet - nur zu begreifen als permanente Auseinandersetzung zwischen der Ideologie, deren erster und entscheidender Repräsentant Lassalle war, und Elementen des Marxschen Systems. In diesem Kampf zwischen Lassalleanismus und Marxismus um die Herrschaft über die Gesamtpartei entscheidet nicht der Erkenntniswert der Theorien, ihre sachliche Gültigkeit. Ihr spezifisches Gewicht in der Organisation wird bestimmt durch Momente, die in der Praxis der Partei, der Entwicklung des Proletariats, den Spannungen zwischen seinen verschiedenen Schichten und in seinem Verhältnis zu anderen Bevölkerungsgruppen liegen. Es ist vor allem ein Kampf beider Theorien (insofern der Lassalleanismus trotz seines Mangels an Originalität das Prädikat einer Theorie beanspruchen kann) und ihrer Leitsätze und Kriterien für die praktische Realpolitik der Partei innerhalb der Köpfe der Beteiligten, der dahin tendiert, sich in organisierten Gruppen zu manifestieren. Die Sozialdemokratie trägt anfänglich in ihren beiden Wurzeln, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Lassalle-Schweitzers und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bebel-Liebknechts, lassallisches Gepräge, unbeschadet der Selbsttäuschungen der zweiten Richtung. Nach der Übernahme des Marxismus als der für die Partei offiziell gültigen Doktrin im Jahre 1891 – einer sich derart vollziehenden Rezeption, einzelner Teile des Marx-Engelsschen Systems, daß seine realistischen Theorien zur Ideologie verzerrt, ideologisiert werden, - bekennt sich die Sozialdemokratie als Schülerin von Marx und Lassalle¹. Sie glaubt Lassalle jedoch im wesentlichen nur die Betonung des Klassenstandpunktes durch Trennung der Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Demokratie, die Abschließung gegenüber allen bürgerlichen Parteien, die Disziplin ihrer Organisation und die Grundlagen ihrer parlamentarischen Taktik zu verdanken. Da besondere Erscheinungsformen der spezifisch lassallischen Organisation (Sektencharakter und »tory chartism«) nach ihrem Aufgehen in der Bebel-Liebknechtschen Bewegung 1875 mit Recht als erledigt angesehen

werden, erscheint auch das System Lassalles in der Partei überwunden, obwohl nur einzelne seiner Theorien (das »eherne Lohngesetz«; die Losung der Produktivassoziationen mit Staatshilfe) und die sprachliche Form verabschiedet sind.

Im Rahmen der marxistischen Terminologie, die das Fortwuchern des Lassalleanismus verdeckt, reproduziert sich der Kampf beider Gedankenmassen auf einer anderen Ebene. Die Gruppierung Revisionismus – »orthodoxer« Marxismus spiegelt ihre Polarität nur sehr unvollkommen wider, wenn auch der Revisionismus (ideengeschichtlich!) eine Reaktion gegen das Eindringen des Marxismus bedeutet.

Erst in den Jahren 1914-1918, in denen die Problemstellung Staat und Revolution für die Arbeiterbewegung akut wird, findet der klassenmäßige Gegensatz jener geschichtlichen Kräfte seinen organisatorischen Ausdruck, deren größte ideelle Exponenten Marx und Lassalle sind. Mit der Verschärfung der Kämpfe zwischen reformistischem und revolutionärem Lager in der proletarischen Bewegung setzt die Besinnung auf den fundamentalen Widerspruch zwischen Marxismus und Lassalleanismus ein, den in seiner ganzen Tiefe zu durchdenken freilich eine von der Praxis gestellte Aufgabe der Lebenden ist.²

b. Die politische Theorie Lassalles

Zum Verständnis der skizzierten Entwicklung ist eine Analyse der Grundmomente der politischen Theorie Lassalles³ erforderlich, soweit sie nicht nur Eigenheiten seiner Person und seiner Weltanschauung sind, sondern die Entwicklung der Sozialdemokratie kennzeichnen.

In ihrer Grundkonzeption verläßt die Theorie Lassalles nicht den Boden der naturrechtlich-demokratischen Ideologie. Die politische Physiognomie Lassalles ist die des radikalen Demokraten. Aus seiner demokratischen Gesinnung empfängt er die Antriebe für seinen Appell an den "Arbeiterstand", für die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. In ihr ist seine Taktik gegenüber der bürgerlichen Demokratie, seine "nationale Politik" und schließlich auch sein "tory chartism", seine Politik gegenüber Bismarck im Verfassungskonflikt beschlossen. Der Sozialismus Lassalles ist die gedankliche Konsequenz des Demokratismus und bleibt reine Theorie. Nicht der Sozialismus, sondern der Demokratismus ergibt die leitenden Gesichtspunkte für die Praxis.

Lassalle tritt mit seiner Arbeiteragitation auf den Plan zu einer Zeit, da das Bürgertum, wie er immer und immer wiederholt, »das Banner nicht mehr einer demokratischen, sondern einer

liberalen Bourgeoisbewegung«⁵ aufgepflanzt hat. Das Bürgertum ist unfähig geworden zum Kampf um die Demokratie, an dem es nicht nur »die Furcht vor den Regierungen, sondern auch die Furcht vor dem Volke«⁶ hindert. »Unsere liberale Bourgeoisie, sage ich, kann den Militärstaat nicht brechen, kann die politische Freiheit nicht erkämpfen.«⁷ Die politische Freiheit kann nicht errungen werden, solange sie nur von einer dünnen Intelligenzschicht konsequent vertreten wird.

»Wer steht denn mit Energie und Aufopferung hinter der politischen Freiheit? Wer? Ich und noch etwa tausend Ideologen in Deutschland.«⁸

Lassalle als konsequenter Demokrat von 1848, der die Ideale jenes Jahres von dem Bürgertum verraten sieht, findet im »Arbeiterstand« die Kraft, um die Prinzipien der bürgerlichen Revolution in einem Maße durchzusetzen, zu dem das Bürgertum nicht mehr fähig ist.

»Es ist also gerade das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klasseninteresse, ein soziales Interesse hinter sich zu werfen (!), und zwar gerade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen überhaupt.«9

Die Bewegung, die Lassalle ins Leben rufen will, ist in erster Linie eine demokratische. »Das Banner, das ich erhoben, ist das demokratische Banner überhaupt. «10 »Es ist eine allgemeine demokratische Volksbewegung und keine Klassenbewegung, zu der ich rufe. «11

Die Stellung Lassalles zur Bourgeoisie ist nicht allein aus den besonderen Bedingungen der politischen Konstellation verständlich, in der er wirksam wurde. Seine feindliche Haltung gegenüber der Bourgeoisie wurzelt nicht allein in der Opposition des intransigenten Achtundvierzigers gegen das Dreiklassenwahlrecht der oktroyierten preußischen Verfassung von 1850 und in der Unversöhnlichkeit gegenüber allen Elementen, die sich, wie die preußische Fortschrittspartei, auf den Boden dieser Verfassung stellten. Sie ist Ausdruck seiner allgemeinen Auffassungen. Der Kampf Lassalles gilt nicht der Bourgeoisie als Klasse, als ökonomischer Kategorie, er richtet sich gegen den Bürger nur, insoweit er die Stellung eines Feudalen beansprucht. 12 »Daß sich der Großbürger... des großen Vorteils erfreue, welchen ein großer bürgerlicher Besitz für den Besitzenden in sich schließt, - nichts einfacher, nichts natürlicher und nichts rechtmäßiger als das!«13 » Wenn aber der Großbürger, nicht zufrieden mit der tatsächlichen Annehmlichkeit eines großen Besitzes, den bürgerlichen Besitz, das Kapital, auch noch als die Bedingung hinstellen will, an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und

Staatszweckes teilzunehmen, dann erst wird der Großbürger zum Bourgeois, dann macht er die Tatsache des Besitzes zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft, dann charakterisiert er sich als einen neuen privilegierten Stand im Volke, der nun das herrschende Gepräge seines Privilegiums allen gesellschaftlichen Einrichtungen ebensogut aufdrücken will, wie dies der Adel im Mittelalter... mit dem Privilegium des Grundbesitzes getan.«¹⁴

Die Bourgeoisie ist also eine – nur politische Kategorie. Das Wort »Bourgeoisie« ist nur der europäische Ausdruck für die politischen Ansichten, deren »spezifisch preußischer Ausdruck« die Fortschrittspartei ist. 15 Diese wird ihren etwaigen Sieg im Verfassungskonflikt nur zur Aufrechterhaltung der privilegierten Stellung der Bourgeoisie und nicht zur Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts benutzen, »welches durch die demokratischen Grundsätze und legitimen Interessen des Arbeiterstandes geboten ist« 16.

Die lassallische »Idee des Arbeiterstandes« ist durch das soziale Milieu gekennzeichnet, in dem sie entsteht. Das industrielle Proletariat im heutigen Sinne ist, entsprechend der geringen Entwicklung der Großindustrie, erst in Ansätzen vorhanden. Die meisten »Lohnarbeiter« sind noch Handwerksgesellen. Der »Arbeiterstand«, an den Lassalle sich wendet, ist ein Schichtenkonglomerat, ein großes Heerlager von »Werktätigen«, das aus Handwerkern, Hausindustriellen, industriellen Lohnarbeitern, landwirtschaftlichem Gesinde usw. zusammengesetzt ist. Dementsprechend erscheint der Klassenkampf des Proletariats bei Lassalle, ähnlich wie bei Babeuf, auf den Kampf der Armen gegen die Reichen reduziert. Die Begriffsbestimmung der Klassen wird aus der Verteilung der Einkommen, nicht aus ihrer Stellung im Produktionsprozeß gewonnen. Auf Grund der preußischen Einkommensstatistik gelangt Lassalle zur Konzeption seines Begriffes des »Arbeiterstandes«, der »89-95 Prozent Notleidenden«, in die »doch alle Klassen, Berufsstände und Arten von Arbeitern eingeschlossen sind«. Lassalle will, »daß allen unbemittelten Klassen geholfen werden solle und müsse«. »... das Interesse aller Kapitallosen (ist) ein solidarisches.«17 Man wird später sehen, wie diese ökonomisch nicht haltbaren Definitionen Lassalles von der Sozialdemokratie zwar theoretisch überwunden werden, wie aber in ihrer praktischen Agitation immer wieder der Klassenkampf des Proletariats auf den Gegensatz zwischen Armen und Reichen oder zwischen Werktätigen und Müßigen aus den praktischen Agitations-Bedürfnissen des Tages heraus reduziert wird.

Es ist von größter Wichtigkeit für das Verständnis der »revolutionären« Sozialdemokratie, festzustellen, welche Bedeutung

der Begriff der Revolution bei Lassalle hat, dessen Erbe die Partei auch in dieser Frage antrat.

Die Konzeption der Revolution bei Lassalle ist eine idealistisch-starre Abstraktion aus den Erfahrungen der bürgerlichen Revolutionen. Im Bilde bürgerlicher Revolutionen dominiert in der Tat, ohne daß sich ihr »Wesen« erschöpft, die Tendenz, bereits vorhandene ökonomische Existenzformen zur rechtlichen Anerkennung zu bringen. Die Konzentrierung auf die Rechtsformen der Umwälzung entspricht den ökonomischen Interessen der Bourgeoisie. Für das dogmatische Denken ergibt sich als gedankliches Substrat der bürgerlichen Revolution die Konzeption »der« Revolution als der Durchsetzung naturrechtlicher Prinzipien gegen das positive Recht, über die der Lassalle'sche Revolutionsgedanke nicht hinausgelangt.

Das Schema der späteren sozialdemokratischen Literatur über die Frage »Reform oder Revolution« ist bereits vorgezeichnet in der Erläuterung des Begriffs der Revolution »im wissenschaftlichen Sinne«, die Lassalle der »Polizeiauffassung« entgegenhält, die stets nur geschwungene Heugabel sehe, wenn sie Revolution meine. Die Revolution als Durchsetzung eines neuen Prinzips – als Durchdringung der konkreten Historie mit einer neuen Idee – ist für ihn an sich nicht gekennzeichnet durch die Form, in der sie sich geltend macht. Die Frage, ob sie sich gewaltsam oder auf friedlichem Wege durchsetzt, ist untergeordnet.

»Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt – auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an –, ein ganz neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird. «¹⁸ Die Revolution hängt nicht von dem Willen derer ab, die sich berufen fühlen, das neue Prinzip zu vertreten, nicht von der Entscheidung der Revolutionäre.

»Die Staatsidee des Arbeiterstandes« setzt sich von selbst durch, ihre Verwirklichung vollbringt sich »auf objektivem Wege durch die geschichtliche Entwicklung von selbst«. Subjektive Aufforderung kann zu ihrer Verwirklichung »meiner Geschichtsauffassung gemäß auch nicht das geringste beitragen«¹⁹.

Für Lassalle ist die Geschichtsperiode, »welche den großen bürgerlichen Besitz oder das Kapital zu ihrem Prinzip hat und diesen als das Privileg gestaltet²⁰«, innerlich bereits mit der französischen Februarrevolution 1848 abgelaufen. An ihrer Stelle erheischt das Prinzip des Arbeiterstandes rechtliche Anerkennung.²¹ In der Erleichterung der rechtlichen Registrierung der »in den Eingeweiden der Gesellschaft« bereits eingetretenen Revolution erschöpft sich die Aufgabe der

Sozialisten.²² Die Revolution wird sich durchsetzen, ohne daß die bewußte Aktion der Menschen diesen Prozeß erzwingen könnte.

Diese Auffassung der Revolution als Sieg eines Prinzips, das sich wie eine Naturkraft durchsetzt, ist in ihrem Wesen fatalistischmechanistisch.²³

Ohne daß wir uns hier auf eine ausführliche Darlegung der Marxschen Theorie der proletarischen Revolution einlassen können, springt doch ihr Gegensatz zur Lassalleschen Auffassung ins Auge, wenn festgestellt wird, daß nach Marx die proletarische Revolution nicht in der Legalisierung des Gewordenen besteht. Als Transformationsperiode, deren wichtigste Phase der »gewaltsame Umsturz aller bestehenden Gesellschaftsordnung«24 ist, in der die ökonomischen Kräfte und die realen Machtmittel entscheidend sind, erschöpft sie sich nicht in der Begründung eines neuen Rechtssystems. Die Revolution, nach Marx »eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse... durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden«25, ist bei Lassalle gekennzeichnet durch einen deklaratorischen Akt. Nach Marx ist das Recht das Produkt einer antagonistischen Gesellschaftsordnung, eine Anwendung des gleichen Maßstabs auf ungleiche Menschen, und damit ein Recht der Ungleichheit. Für den Marxisten kann die Lassallesche Auffassung der Revolution als der Durchsetzung eines neuen Prinzips durch Anderung des Rechts das Wesen der proletarischen Revolution, deren Inhalt die Herstellung der ökonomischen Gleichheit ist, nicht erfassen.

Der Sieg der Revolution, ob durch Gewalt, ob auf friedlichem Wege, hängt nach Lassalle von der Aufklärung der Köpfe ab. Die Frage nach dem Wege und den Mitteln der proletarischen Revolution wird nicht – wie bei Marx – durch die realen Verhältnisse, den Antagonismus der Klassen, entschieden. Es ist Angelegenheit der Einsicht und des guten Willens der herrschenden Klassen, es hängt von der Aufklärung des gesamten Volkes und insbesondere von der theoretischen Einsicht der »Gebildeten« ab, ob die Revolution »mit allen Segnungen des Friedens und von oben herab« kommt.²⁶

Die Aufgabe gerade der Revolutionäre ist es, durch aufklärende Agitation die kommende Revolution »zu humanisieren, zu zivilisieren«.

»Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft,... der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus..., in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen.«²⁷ In dieser Darstellung der »sozialen Revolution« als Angelegenheit aller Aufgeklärten, die den »leidenden Massen« helfen wollen, kehren Gedanken des utopistischen Sozialismus wieder. Darüber hinaus enthalten sie, weit davon entfernt, den Klassenkampf – den »Klassenhaß« – zu proklamieren, die Apologie der Klassenversöhnung oder (um ein Losungswort eines revisionistischen Publizisten²⁸ zu gebrauchen) der »Kultursolidarität«.

Erst wenn diese Bedeutung des Wortes »Revolution« bei Lassalle klargestellt ist, kann man begreifen, daß jenes oft genannte Wort, das Lassalle in vertrautem Kreise gesprochen, nicht im geringsten einen esoterischen Lassalle enthüllt: »So oft ich allgemeines Wahlrecht« sage, muß es von Euch »Revolution« und wieder »Revolution« verstanden werden.«²⁹

Die Idee Lassalles, daß das allgemeine Wahlrecht den arbeitenden Klassen den Staat überantwortet und »somit (!)... die freie Arbeit als das herrschende Prinzip der Gesellschaft einsetzt «30, diese Identifizierung von sozialistischer Zukunftsgesellschaft und parlamentarischer Demokratie erweist noch von einer anderen Seite her den Demokratismus Lassalles. Demokratie wird hier nicht in jenem umfassenden Sinne des Zustandes der Gleichheit und Brüderlichkeit aufgefaßt, wie sie den Ausgangspunkt, wenn auch nicht die Basis, der Marxschen politischen Theorie bildet, sondern als eine durch soziale Verbesserung der Lage der Arbeiter unterbaute politische Freiheit, als »soziale Republik«.

Auf dem Nachweis, daß die »Werktätigen« die Mehrheit des Staates bilden (Staat und Gesellschaft werden hier als Synonyme gebraucht³¹), baut sich der Gedanke auf, daß sich der Sieg des Arbeiterstandes (qua Werktätige) in einem Staate mit voller politischer Freiheit, in der parlamentarischen Republik, automatisch ergeben muß. Die Erfahrungen, die die französische Arbeiterklasse unter dem zweiten Kaiserreich mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gemacht hatte, haben wegen der besonderen historischen Umstände jenes Experimentes nicht die genügende Beweiskraft, um Lassalle in seinem Glauben an das allgemeine Wahlrecht als das Emanzipationsmittel des Arbeiterstandes zu erschüttern.

»Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also . . . nicht nur ihr politisches, es ist auch ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.«³²

Nur durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts kann die Umwandlung des »bürgerlich beschränkten Staates« in den »die sittliche Freiheitsidee voll erfüllenden sozialistischen Staat« vollzogen werden. Erst dieser »zukünftige Staat..., der wiedergeborene demokratische Staat«³³, kann durch Errichtung von Produktivassoziationen mit Staatshilfe die erste praktische

Maßregel zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes treffen. Nicht der »heutige Staat«, der »Polizeistaat«³⁴, kann diese ökonomischen Maßregeln in genügendem Maße durchführen.³⁵ Die Maßregeln des »sozialdemokratischen Zukunftsstaates«, die Lassalle vorschlägt (er rechnet dazu u. a. Aufhebung der Kautionen und Stempelsteuern für die Zeitungen³⁶), beweisen, daß das Endziel Lassalles ein »trüber Mittelzustand«³⁷ ist, daß eine Übergangsphase bei ihm als Endzustand erscheint.

Sein Hauptziel, die Errichtung des demokratischen Staates, bestimmt auch die Politik Lassalles gegenüber Bismarck und der preußischen Monarchie. Da der Staat »der ärmeren Klassen große Assoziation«38, da dies seine wahre sittliche Natur ist, muß sein Wesen entweder gegen den Willen der momentanen Leiter des Staates oder... mit ihrer Hilfe, aber ohne daß sie sich der Konsequenzen bewußt werden können, durchgesetzt werden. Hier ist die Lösung der Paradoxien, von denen das Spiel Lassalles gegen Bismarck beherrscht zu sein scheint.

Der Weg der »Volksrevolution«, d. h. der gewaltsamen Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts als Voraussetzung einer künftig friedlichen Entwicklung, dieser Weg ist nach 1848 verschlossen. Die Schwäche der radikalen Demokratie gegenüber der Reaktion ist offensichtlich. Auf der anderen Seite hat das Verhalten der Bourgeoisie im Verfassungskonflikt die Unmöglichkeit dargetan, sie im Kampf für die Demokratie voranzutreiben. Die Bekämpfung der Lassalleschen Bewegung durch die Bourgeoisie hat ein übriges getan, um »die Unterschiede und Gegensätze, welche sonst die reaktionäre Partei und die Fortschrittspartei trennen«, verschwimmen zu lassen. »Vor mir also sinken sie, trotz dieser Unterschiede, zu einer gemeinsamen reaktionären Partei zusammen. «40

Ist die Herstellung des allgemeinen usw. Wahlrechts (die Eroberung oder – die Oktroyierung) der entscheidende Akt zur Durchsetzung der »Idee des Arbeiterstandes«, der über sich selbst hinaustreibt⁴¹, so ist jede »Realpolitik« geboten, wenn der Staat zur Einführung dieses Wahlrechts die Hand bietet. Das »Listen mit der Idee« ist gerechtfertigt durch die Tatsache, daß sich auf diese Weise, »die wahre und höhere Aufgabe des Staates«, seinen augenblicklichen Leitern unbewußt, durchsetzt.⁴² Sobald dieser »realpolitische« Standpunkt (in einer Formulierung aus der Revisionistendebatte: »Kanonen gegen Volksrechte!«) einmal erreicht ist, kann es bei unhistorischer Betrachtung der gegnerischen Klassen als einer reaktionären Masse gleichgültig erscheinen, mit welcher der Gegenparteien man Gegenwerte tauscht, mit welcher man sich koaliert.

Ein letztes Moment der politischen Theorie Lassalles, das die

Geschichte der Sozialdemokratie erläutert, ist seine Stellung zur nationalen Frage. Gerade die Beziehung zwischen Demokratismus und Nationalismus bei Lassalle ist eindeutig – was in der Lassalle-Literatur nur zu häufig verdeckt ist. Der Lassallesche Nationalismus ist die Übertragung und Erweiterung des Freiheitsprinzips vom Individuum auf die ethnische Kollektivität. Erst in der sozialen Demokratie ist ein Vaterland geschaffen, das allen gleiche Rechte gibt, alle Privilegien beseitigt und damit – gleiche Liebe beanspruchen kann: erst in ihr wird der Staat der Ausdruck des »wahren Volkes«.

Das Nationalitätenprinzip ist die denknotwendige Voraussetzung der Demokratie. »Wie sehr man auch über den speziellen Inhalt des Begriffs der Demokratie auseinandergehen möge, da hinein werden sich alle demokratischen Fraktionen vereinen, daß dieser Begriff, auf einen allgemeinsten Ausdruck reduziert, nichts anderes bedeutet als: Autonomie, Selbstgesetzgebung des Volkes nach innen. Woher aber sollte dieses Recht auf Autonomie nach innen kommen, wie sollte es nur gedacht werden können, wenn ihm nicht zuvor das Recht auf Autonomie nach außen, auf freie vom Ausland unabhängige Selbstgestaltung eines Volkslebens vorausginge! Das Prinzip der freien, unabhängigen Nationalitäten ist also die Basis und Quelle... des Begriffs der Demokratie überhaupt.«⁴³

Das Recht auf nationale Existenz kann jedoch nur solchen Völkern zugebilligt werden, in denen »ein in eigener Weise sich entwickelnder und mit dem Kulturprozeß des ganzen (der Weltgeschichte. Br.) schritthaltender Volksgeist« sich manifestiert.⁴⁴ Die Eroberung von Völkern, die, »obwohl nicht ohne eigene Entwicklung, doch von dem rascheren und mächtigeren Entwicklungsprozeß ihrer Nachbarn überholt werden«⁴⁵, oder überhaupt »ohne geschichtliches Dasein« sind, – ihre Eroberung wird ein »Recht des höheren kulturhistorischen Berufs«, wie es »die Franzosen auf Algier, die Engländer auf Indien haben«⁴⁶, – eine geschichtsphilosophische Begründung aktiver Kolonialpolitik!

Wenn man den Begriff der Nation bei Lassalle umreißen will, so geschieht das am besten durch den Hinweis, daß er sich – abgesehen von der in ihm zum Ausdruck kommenden philosophischen Erbmasse – mit der in der revisionistischen Bewegung (durch Kampffmeyer) geprägten Gleichung: Nation als »Schicksals- und Kulturgemeinschaft« deckt.

Der demokratische Kulturnationalismus Lassalles⁴⁷ ist eine Komponente seiner Feindschaft gegen Militärstaat und Monarchie.⁴⁸ Er bestimmt im konkreten Falle seine Haltung in der deutschen Frage⁴⁹ und seine Gegnerschaft gegen ausschließlich im Interesse der Dynastien geführte Kriege.⁵⁰

Zieht man die Summe der politischen Auffassung Lassalles und hält ihr die Marxsche Theorie entgegen, wie sie in den wichtigsten hier zur Erörterung stehenden Fragen heute bewußt gemacht ist⁵¹, so läßt sich der prinzipielle Gegensatz beider nicht verdecken. Die Tradition der Vorkriegs-Sozialdemokratie - und dies bereits kennzeichnet ihr Verhältnis zum Marxschen Gedankenbau - ist sich der tiefgehenden Differenzen zwischen Lassalle und Marx in der Revolutionstheorie z. B. nicht bewußt gewesen. Wie sehr Revisionisten und »Radikale« in der Auffassung der Parteivergangenheit auseinander gehen mochten, in beider Darstellungen erscheint Lassalle als Sozialist, der sich nicht nur (den Personen Marx und Engels gegenüber) als Schüler Marxens bekannte⁵², sondern es auch in Wirklichkeit war. Beide Richtungen kennzeichnen z. B. das »Arbeiterprogramm« Lassalles als »eine der Zeit und den Umständen angepaßte Umschreibung des Kommunistischen Manifestes« (so Bernstein⁵³ und ähnlich Mehring⁵⁴). Durch die rein äußerlich dem Kommunistischen Manifest entnommenen und mit dem Sinn der eigenen Ideologie erfüllten Schemata des Stufenbaus der Klassengeschichte im Lassalleschen »Arbeiterprogramm« und eine Reihe weiterer äußerer Parallelen wurde verdeckt, daß hier (ähnlich wie im Verhältnis Bakunins und Kropotkins zum Marxismus) die rein zeitliche Nachfolge, gemessen an dem erreichten geschichtlichen Niveau, in Wirklichkeit Vorläufertum ist. Ideengeschichtlich und entsprechend der Entwicklungsstufe des Proletariats, die er repräsentiert, ist Lassalle vormarxistischer Sozialist.

- 2. Der Lassalleanismus der ersten »Marxisten« in Deutschland
- a. Die Kämpfe zwischen der Organisation Lassalles und der Bebel-Liebknechtschen Richtung

Der Kampf zwischen Marxisten und Lassalleanern, der die erste Phase der wiedererwachten Arbeiterbewegung in Deutschland kennzeichnet, kann nicht als adäquater Ausdruck des Gegensatzes Marxismus-Lassalleanismus bezeichnet werden. Der im Namen der »historischen Gerechtigkeit« geführte literarhistorische Nachweis Mehrings, daß die unter dem Losungszeichen Marxens kämpfenden »Eisenacher« das Prädikat »Marxisten« eher weniger beanspruchen durften als die Epigonen Lassalles, erscheint jedoch über die Korrektur der von Bebel und Liebknecht verfochtenen Traditionen hinaus in einem neuen Lichte, wenn nachgewiesen wird, daß der Gegen-

satz zwischen Marx und Lassalle viel tiefer reicht, als er in der Darstellung Mehrings, des glühenden Verehrers des publizistischen Kämpfers Lassalle, erscheint.

Es darf als feststehend angesehen werden, daß der Marxismus als theoretisches System keine Rolle bei dem Prozeß der Ablösung und Verselbständigung der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber der bürgerlichen Demokratie gespielt hat. Er hat ebensowenig beigetragen zur Verschärfung der Kämpfe zwischen ihren beiden, 1863 vorwiegend in Preußen und 1868/69 im wirtschaftlich rückständigeren Mittel- und Süddeutschland konstituierten Zweigen. Entscheidend für ihre Differenzen waren nicht prinzipielle Gesichtspunkte, sondern taktische Fragen, die allerdings für prinzipielle angesehen wurden.

Die Losungen »Hie Marx!« – »Hie Lassalle!«, unter denen sich die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« (die sogenannten Eisenacher) und der »Allgemeine Deutsche Arbeiterverein« Schweitzers bekämpften, mystifizierten nur den taktischen Gegensatz zweier demokratisch-sozialistischer Gruppen in einer bestimmten geschichtlichen Situation: der Entstehung des Deutschen Reiches.

Die gegensätzlichen Positionen wurden bestimmt durch die Neuordnung pro oder contra Bismarck und durch die Einschätzung der Rolle des radikalen Bürgertums. Zu einem bedeutenden Teile stellte der am deutlichsten in den Personen Schweitzers und Liebknechts verkörperte Gegensatz beider Richtungen den Reflex der Fraktionen im bürgerlichen Lager im Kampf um die nationale Einheit Deutschlands dar. Mit der Gründung des Deutschen Reiches war dem »Bruderzwist« in der Arbeiterbewegung im wesentlichen der Boden entzogen.² Er reduzierte sich auf persönliche oder organisatorische Differenzen.

b. Die politische Ideologie der Partei Bebel-Liebknecht bei ihrer Gründung

Entscheidende Momente der späteren Entwicklung der Sozialdemokratie sind in der Entstehung der SDAP, ihrer politischen Ideologie und ihrer Praxis aufzufinden. Von ihren Gründern und Führern Bebel und Liebknecht, deren politischer Charakter um 1869/70 voll ausgeprägt war, wurde der eine der Repräsentant der Gesamtpartei bis zu seinem Tode, der beinahe zusammenfällt mit dem Ende ihrer Blütezeit, der andere ihr unbestrittener theoretischer Wortführer und »Lehrmeister« bis 1891 und das Urbild des intransigenten revolutionären Sozialdemokraten in ihrer späteren Tradition.

Die Feststellung des Grades ihrer Loslösung von der bürgerlichen Demokratie, ein Vergleich ihrer politischen Ideologie mit der Lassalles und die Darstellung ihres Verhältnisses zum Marxismus ist eine Voraussetzung für das Verständnis der späteren Sozialdemokratie.

Bei Lassalles Nachfolger Schweitzer ist, ähnlich wie bei Lassalle selbst, durch seine realpolitische Taktik im Deutschen Kriege 1866 und durch die Abschnürung seiner Organisation von der »einen reaktionären Masse« die Tatsache verdeckt, daß auch für ihn das wichtigste Ziel die Durchsetzung demokratischer Forderungen als Voraussetzung einer gründlichen sozialen Umgestaltung war.³ Das Vorwiegen demokratischer Motive in der Politik der »Eisenacher« dagegen liegt klar zutage.

Liebknecht war, als er nach 12jährigem Aufenthalt in der Umgebung Marxens 1862 seine Tätigkeit in Deutschland wieder aufnahm, im wesentlichen noch der alte Achtundvierziger-Demokrat, bei dem die sozialistische Theorie und der proletarische Klassenkampf zurücktraten hinter dem Kampf für die Einheit der Nation auf demokratischer Grundlage und gegen die Herrschaft feudaler Schichten. Seine radikal-demokratischen Ideale bestimmten seine Politik des engsten Bündnisses zwischen demokratischem Bürgertum und Arbeiterschaft im Kampfe »gegen die Reaktion« bis 1870. Dieses Bündnis basierte auf dem Gedanken von der Notwendigkeit, den Kampf um sozialistische Ziele zurückzustellen, bis die politische Freiheit errungen sei. Die Konzeption der Errichtung der demokratischen Republik als ersten und wichtigsten Aktes sozialistischer Politik mußte den Sozialismus zu einer vorderhand rein theoretischen Frage machen und ein Zusammengehen mit dem radikalen Bürgertum rechtfertigen, das das gleiche politische Ziel hatte. Gerade hier liegt das Grundmotiv der Bebel-Liebknechtschen Polemik gegen Schweitzer, der - Skeptiker gegenüber der Kraft und dem Willen des Bürgertums zum Kampf um die Losung der Demokratie – die Demokratie verraten haben sollte.

Vollends verständlich jedoch wird die Bebel-Liebknechtsche Bündnispolitik erst aus der Wiederbelebung der Gedankenund Gefühlsatmosphäre, deren Signatur das Jahr 48 ist. In den Jahren 1865/66 wurde im Süden Deutschlands der Gedanke, durch eine allgemeine Volksrevolution die deutsche Einheit herzustellen, von neuem propagiert.⁴

Nur aus der Hoffnung auf bewaffnete Hilfe von außen in diesem demokratischen Kampfe gegen die deutsche Reaktion wird der vor 1870 stärker als später in Erscheinung tretende Internationalismus der »Eisenacher« verständlich, der – weit davon entfernt, proletarischer Internationalismus im Sinne Marxens zu sein – eine »soziale« Pointierung des Kosmopolitismus der reinen Demokratie im Süden Deutschlands darstellte.⁵ In die Propaganda des revolutionären Demokratismus mischten sich gerade auch bei Liebknecht-Bebel und ihren Anhängern in Sachsen, Braunschweig und Süddeutschland föderalistische Motive. Die Reaktion schien ihnen in dem »Cäsarismus« Bismarcks verkörpert, ihre Bekämpfung identisch mit dem Kampf gegen die Lösung der deutschen Frage durch die »preußische Spitze«.

Ie mehr nun das Interesse der linksliberalen Parteien an den demokratischen Forderungen aus den Revolutionsjahren erkaltete, ihr Anschluß an die Bismarcksche Politik sich vollzog, desto mehr mußte die Schwäche der nichtproletarischen Kreise, die weiter unter dem Banner der Demokratie fochten, auch für Bebel-Liebknecht deutlich werden. Das Bündnis mit dem Bürgertum gegen die Reaktion reduzierte sich auf ein Zusammengehen mit einflußlosen Intellektuellenschichten. Auf der anderen Seite mußte der Gedanke Liebknechts, daß die Ziele der Demokratie nur durchzuführen und zu sichern seien im Kampf um soziale Forderungen, zur Absage an die reine Demokratie führen. Diese Konstellation, die Aufgabe der illusionär gewordenen Hoffnungen auf eine »Volks«-Revolution und die Position der »sozialen« Demokratie gegenüber der »nur politischen« reinen Demokratie bestimmte die Verselbständigung der Sozial-Demokratie, die Gründung der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« als selbständiger Arbeiterorganisation.

Um die Bedeutung des neuen Parteinamens zu ermessen, genügt es, auf eine Feststellung G. Mayers⁶ hinzuweisen: »Das Wort ›Sozialismus deckte sich (1869) im wesentlichen mit dem heutigen Begriff der ›Sozialreform, und selbst ein Blatt wie die ›Frankfurter Zeitung bezeichnete seine Richtung bei Gelegenheit auch mal als ›sozialdemokratisch. «⁷ Liebknecht selbst interpretierte den Namen der Partei durchaus lassallisch: »Daß wir uns Arbeiterpartei nennen, ist getadelt worden; man hat gesagt, dadurch beschränkten wir die sozialistische Bewegung... auf eine bestimmte Bevölkerungsklasse. Der Einwand ist aber nicht stichhaltig. Das Wort Arbeiter hat durchaus keinen exklusiven Charakter. Arbeit ist Betätigung des Menschentums. «⁸

Das Eisenacher Programm von 1869, das Gründungsprogramm der verselbständigten Sozialdemokratie⁹ war im wesentlichen¹⁰ eine Zusammenstellung der Forderungen, die der Gründungsparteitag der »Sächsischen Volkspartei« zu Chemnitz 1866 und der 5. Verbandstag der deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg 1868 aufgestellt hatten. Während jenes großdeutsch-demokratisch war, keine sozialistischen Forderungen aufstellte und z. B.

forderte, daß »der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde«, hatte das Nürnberger Programm seine teilweise Übereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation erklärt. Daß diese Übereinstimmung nicht sehr weit geht, lehren ein Vergleich zwischen der Marxschen Inauguraladresse von 1864 mit den Programmreden Liebknechts und Schweichels in Nürnberg und die Kommentare des Marx-Engelsschen Briefwechsels von 1868.¹¹

Die Identität von Sozialismus und Demokratie¹² war das wesentlichste Merkmal der politischen Ideologie der Sozialdemokratie gerade in ihren Anfängen. Die Auffassung der Sozial-Demokratie als denknotwendiger Konsequenz der politischen Demokratie war bei Bebel und Liebknecht, die so oft als die Überwinder Lassalles angesehen wurden und dafür angesehen werden wollten¹³, ebenso deutlich ausgeprägt als bei Lassalle selbst: »Die Demokratie muß sich zur Sozialdemokratie erheben, wenn sie wirkliche Demokratie sein will.«¹⁴

Auf der »sozialen« Pointierung der Forderung des demokratischen Staates beruhte die Hauptlosung der frühen Sozialdemokratie, die Forderung des »freien Volksstaats«, die, späterhin wegen der grammatikalischen Schwächen dieses Ausdrucks und seiner Unvereinbarkeit mit der marxistischen Terminologie in dieser Formulierung zwar aufgegeben, dennoch das Leitmotiv ihres politischen Programms blieb.

Interpretiert wurde diese Losung, die rein sprachlich bereits das Gepräge der Ideenwelt der bürgerlichen Demokratie verrät, als »soziale und demokratische« parlamentarische Republik.¹⁵

Wurde die Errichtung der demokratischen Republik als erste Voraussetzung sozialistischer Maßregeln betrachtet¹⁶, so lag verständlicherweise der Akzent der gesamten Tätigkeit der Partei auf dem Kampf für die Ziele der politischen Demokratie. Hier war die gedankliche Basis für die Funktion der Sozialdemokratie als allgemeiner »Volks«-Partei, als demokratischer Oppositionspartei im Hohenzollernstaat, für ihre Rolle als »Vorkämpferin der bürgerlichen Freiheit«¹⁷, für die der Sozialismus ein fernes Gedankenziel bleiben mußte.

Analog der demokratisch-staatssozialistischen Theorie Lassalles erscheint bei Liebknecht der Weg zum Sozialismus als fortschreitende Demokratisierung des Staates, als Sozialisierung mit den der Demokratie eigenen Mitteln: Aufklärung der Mehrheit des Volkes und Gewinnung der sozialdemokratischen Mehrheit im Parlament.¹⁸ Der Gedanke einer sozialistischen Diktatur wurde ausdrücklich abgelehnt.¹⁹

Die Differenz zwischen der hier entwickelten Auffassung und der Marxschen Theorie der proletarischen Diktatur ist offensichtlich. Es genügt, auf die Kritik Marxens an der parlamentarischen Republik als dem »reinsten Ausdruck der Klassenherrschaft der Bourgeoisie«²⁰, deren Sturz erst »dem Keime nach den Triumph der proletarischen Revolution in sich enthält«²¹, hinzuweisen. Der Glaube an diese Staatsform war nach Marx »parlamentarischer Kretinismus«²².

In diesem Zusammenhange ist die Korrektur einer weitverbreiteten Legende über den »Antiparlamentarismus« Liebknechts im Jahre 1869 am Platze. Auf seine bekannte Rede Ȇber die politische Stellung der Sozialdemokratic, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag vom 31. Mai 1869« beriefen sich in der Folgezeit die antiparlamentarischen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung. An sie knüpfte die linksradikale Gruppe um R. Luxemburg nach 1908 an, wenn sie das Schema der Entwicklung der Sozialdemokratie von einer intransigenten, revolutionären Klassenkampfpartei zur opportunistischen Reformpartei aufstellte. Alle diese Urteile über den frühen Liebknecht leiden an dem Mangel, daß sie die Verabsolutierung einer historischen Situation durch Liebknecht für eine allgemeine Lehre ansehen. Die Argumente Liebknechts gegen die Beteiligung der sozialistischen Partei an den Arbeiten des Parlaments, über die Nutzlosigkeit des Parlamentarismus für die sozialistische Bewegung überhaupt, stellen sich bei näherer Betrachtung dar als Anathema des radikalen Demokraten gegen den Reichstag des Norddeutschen Bundes, der ein »Werk der Gewalt und des Unrechts« sei. Liebknecht hat späterhin selbst²³ zur Genüge auf die nur zeitweilige Gültigkeit seiner Auffassung von 1869 und ihre Überwindung mit der Konstituierung des Deutschen Reiches hingewiesen. Die Polemik Liebknechts richtete sich nicht gegen das allgemeine Wahlrecht als Mittel der sozialistischen Emanzipation überhaupt, sondern nur gegen ein Wahlrecht, das in bonapartistischem Sinne mißbraucht würde und in seiner Durchführung nicht genügend durch bürgerliche Freiheiten gesichert sei. Nur in diesem Sinne wurden von ihm die Anschauungen Marxens über den Parlamentarismus und die Lehren, die Engels in der »Preußischen Militärfrage« über den Wert des allgemeinen Wahlrechts entwickelt hatte, übernommen. Für Liebknecht war der Parlamentarismus, sobald seine »Verfälschung« als »Scheinparlamentarismus«24 einmal aufgehoben war, nicht nur »Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse«, wie für Engels25, sondern Vehikel der sozialen Emanzipation.

Die eigentliche Konsequenz der »antiparlamentarischen« Anschauungen, die Liebknecht 1869 entwickelte, – die übrigens keineswegs symptomatisch für die Gesamtpartei waren, wie Bebel geschildert hat²⁶ –, verdeutlicht das Verhalten des intransigenten Achtundvierzigers Johann Jakoby, der nach seinem

Beitritt zur Sozialdemokratie als der einzigen Verfechterin der Ideale von 1848 ein Mandat in den Reichstag mit der Begründung ablehnte: Er habe seine Wahl nur als entschiedenen Protest gegen das auf Gewalt gegründete Kaiserreich vollziehen lassen. Seine Teilnahme am Reichstag müsse er ablehnen, da er von der Unmöglichkeit überzeugt sei, dadurch einen Militärstaat in einen freien Volksstaat zu verwandeln.²⁷ Liebknecht konnte an diesem Standpunkt der reinen Negation schon deshalb nicht festhalten, weil er als Führer der Gesamtpartei den praktischen Bedürfnissen der sozialdemokratischen Bewegung, die Massenbewegung wurde, Rechnung tragen mußte. Prinzipiell konnten gegenüber dem Reichstag des Deutschen Reiches die gleichen Bedenken geltend gemacht werden wie gegenüber dem Parlament des Norddeutschen Bundes. Beide waren, in der Beleuchtung des Liebknecht von 1869 geschen, Institutionen des »Scheinkonstitutionalismus«28.

Mit der Konsolidierung des Deutschen Reiches nach 1871 mußten die Illusionen über seine gewaltsame Demokratisierung endgültig begraben werden. Für eine demokratisch-sozialistische Auffassung blieb als einziger der Weg »innerer organischer Entwicklung«29. Die Anerkennung dieser neugeschaffenen historischen Situation durch Absage an die Gewalt als politisches Mittel kennzeichnet den Sozialpazifismus der Sozialdemokratie nach 1871. Im Hochverratsprozeß zu Leipzig 1872, der sich bekanntlich nicht gegen die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Kriege 1870/71, sondern gegen ihre allgemeinen »revolutionären« Anschauungen richtete, legten Bebel und Liebknecht in deutlicher Parallele zu Lassalle den prinzipiell friedlichen Charakter der sozialdemokratischen Bewegung dar. Bereits hier ist die Taktik vorgezeichnet, die die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz befolgt. Die Entscheidung über Reform oder gewaltsame Revolution als Mittel des Klassenkampfes - heißt es schon hier - ist abhängig von dem guten Willen und der Einsicht der der Arbeiterbewegung gegenüberstehenden Reaktion. 30 Während Marx aus der Analyse der realen Klassenverhältnisse die Überzeugung von der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution gewinnt³¹, deren Vorbereitung für ihn ein entscheidendes Problem der sozialistischen Massenbewegung ist³², ist in der sozialdemokratischen Lehre der Gegner vor die Alternative: Gewalt oder Reform gestellt. Ein Motiv der Anarchistendebatte unter dem Sozialistengesetz klingt bereits an - die Reaktion wird für den »Anarchismus« verantwortlich gemacht: »Mögen die die Folgen tragen, welche die soziale Bewegung, statt sie ihren natürlichen Verlauf nehmen zu lassen, schließlich vielleicht in anarchische, d. h. (!) gewaltsam-revolutionäre Bahnen drängen!«33

Die Parallele zu Lassalle ist auch hier deutlich. Unter ausdrücklicher Berufung auf ihn entwickelten Bebel und Liebknecht im Hochverratsprozeß den Standpunkt der Sozialdemokratie, die die Revolution immer nur in »friedlichem Sinne«34, als »organischen Umwandlungsprozeß«35 verstanden habe. Analog der lassallischen Konzeption der Revolution als der Durchsetzung eines neuen Prinzips, die nicht notwendigerweise Gewalt erfordere, wird von ihnen die »wissenschaftliche Bedeutung« des Wortes Revolution dargelegt. Die Sozialdemokratie sei nicht revolutionär im Sinne »mechanistischer Revolutionsmacherei«36: »>Revolutionär« ist unser Programm allerdings, aber nicht im Sinne der rohen Gewalt, sondern nur insofern, als wir eine gründliche Umgestaltung der öffentlichen Zustände und Verhältnisse anstreben.«37

Eine folgenreiche Verwechslung kann hier jedoch aufgedeckt werden: Der agitatorische Gebrauch einer revolutionären Terminologie, hinter der ein reformistischer Sinn stand, sicherte der Sozialdemokratie die Gefolgschaft radikaler Teile des Proletariats, ermöglichte Selbsttäuschungen der revolutionären, oppositionellen Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie über den Charakter ihrer Partei und führte manchen Historiker in die Irre. Nur infolge eines puren Gleichklangs von Worten konnte – um ein bezeichnendes Beispiel anzuführen – W. Liebknecht, der »Soldat der Revolution«38 (wie er sie verstand), als »Bolschewik vor dem Bolschewismus« gefeiert werden.39

In die skizzierten allgemeinen Linien der politischen Ideologie der SDAP ordnen sich ihre Teilforderungen, die zum größten Teil der Ideenwelt der bürgerlichen Demokratie entlehnt sind, sinngemäß ein: so die Forderung der Miliz an Stelle der stehenden Heere⁴⁰, die Propaganda allgemeiner Abrüstungen und die Forderung des Nationalstaats.⁴¹

Fassen wir zusammen:

Wie für Lassalle festgestellt werden mußte, daß »die ganze Konzeption der Revolution – bei allen proletarischen Einzelinhalten – innerhalb der ideologischen Schranken der bürgerlichen Gesellschaft (verbleibt)«⁴², so gilt für die Bekämpfer der lassallischen Organisation und seiner direkten Epigonen, des »spezifischen Lassalleanismus«⁴³, daß sie die Loslösung aus der bürgerlichen Ideenwelt nur teilweise vollzogen. Sie streiften die Ideologie der bürgerlichen Demokratie nicht ab. Die Trennung von ihr blieb im Organisatorischen stecken.

Verständlich wird dieser Zusammenhang jedoch erst durch zwei Momente: die geringe Entwicklung der Arbeiterklasse in Deutschland von 1871 (wir wiesen auf diese Tatsache bereits zur Erklärung der lassallischen »Idee des Arbeiterstandes« hin) und den relativ friedlichen, »organischen« Charakter der Periode, in der sich die deutsche Arbeiterbewegung verselbständigte. Die Traditionen des Kommunistenbundes von 1847/48, Privatbesitz einer kleinen Elite und von ihr selbst als vorderhand nicht völlig übertragbar erkannt⁴⁴, wurden nicht übernommen.

Sie wurden als »mechanische Revolutionsmacherei«, als »Blanquismus« abgelehnt, als Requisiten der Sektenbewegung in einer Epoche, in der dem Proletariat keine friedlichen Emanzipationsmittel zur Verfügung gestanden hätten.⁴⁵

Die spätere Praxis und Theorie der Sozialdemokratie beweisen, daß die wichtigsten Elemente der von der bürgerlichen Demokratie übernommenen Gedankenmassen nicht zu jenen Überbleibseln ihrer Embryonalperiode gerechnet werden können, die sie allmählich überwand. Mit dem Wachstum der Arbeiterklasse in Deutschland jedoch macht diese Erbmasse einen Funktionswandel durch: sie wurde in erster Linie ideologischer Audruck der in die sozialistische Bewegung einströmenden kleinbürgerlichen Schichten und der sich bildenden Arbeiteraristokratie.

Der letzte Grund dafür, daß von ihren Anfängen bis 1914 in der Ideologie der Sozialdemokratie demokratische und sozialistisch-proletarische Gedanken neben- und ineinander gelagert sind, liegt in dem teilweisen, nur ökonomischen, nicht politischen Sieg des Bürgertums in Deutschland nach 1871. Die Existenz des bürokratischen Militärstaates verhinderte jene Durchsichtigkeit der Klassenverhältnisse, die die parlamentarische Republik in Frankreich (nach Marx) kennzeichnet. Der Kampf gegen ihn bereits mußte der Sozialdemokratie als die eigentlich »revolutionäre« Position erscheinen.⁴⁶

Unter bestimmten Vorbehalten gilt gerade für die Anfänge der deutschen Sozialdemokratie eine Charakteristik, die Marx für eine andere politische Gruppe in einem anderen Lande prägte: »Den sozialen Forderungen des Proletariats ward die revolutionäre Pointe abgebrochen und eine demokratische Wendung gegeben, den demokratischen Ansprüchen des Kleinbürgertums die bloß politische Form abgestreift und ihre sozialistische Pointe herausgekehrt. So entstand die Sozialdemokratie.«47

Gemessen an ihrer Haltung zu den zentralen Fragen der politischen Theorie erweisen sich die » Marxisten« der Jahre 1865-75 in Deutschland auch prinzipiell als Lassalleaner.

Auf der anderen Seite tritt die Diskrepanz zwischen Sozialdemokratismus und Marxismus zutage. In jenen Jahren wurde jedoch ihr innerer Widerspruch nicht an die Oberfläche getrieben. Ihre Sätze und Forderungen schienen sich zu decken, da ihre Taktik, die auf beiden Seiten grundsätzlich verschiedenen Motiven entsprang, nach außen hin identisch erschien. Die Parallelität in der Taktik und die Berufung auf den Marxismus (dessen Sätze »in ein starres, auswendig zu lernendes Dogma verwandelt werden«⁴⁸) um der Legitimation willen⁴⁹, die sein wissenschaftliches System ihren aus anderen Antrieben gewonnenen politischen Zielen verlieh, erzeugte in den unter dem Losungszeichen »Marx!« Agierenden die Selbsttäuschung, de facto Marxisten zu sein.

- 3. Marx-Engels und die deutsche Arbeiterbewegung im Zeitraum 1865-75
- a. Die Auffassungen des Marxismus über die Politik der proletarischen Partei in Deutschland 1865-71

Der Marxismus¹ beruht auf der untrennbaren Einheit von Theorie und Praxis. Er gewinnt die Richtlinien der sozialistischen Politik aus der Einsicht in die Tendenzen des Geschichtsprozesses selbst. Für den Marxismus ist eine Trennung von »ökonomischer Theorie« und »politischer Theorie«, von denen die eine mechanistisch, fatalistisch, die andere aktivistisch, »reiner Anarchismus« sei, wie sie Kelsen² vornimmt, unmöglich. Sie ist nicht angängig für den wissenschaftlichen Sozialismus, der seine »ökonomische Theorie« selbst als Lehre von den Bedingungen des Befreiungskampfes des Proletariats³ interpretiert.

Die Orientierung nach den ökonomischen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und die Analyse des realen Antagonismus der Klassen in seinen verschiedenen Stadien ermöglicht die Einheitlichkeit in der praktischen Politik, deren oberste Richtschnur die materielle und ideelle Vorbereitung des Proletariats auf die Eroberung der politischen Macht zur Durchführung des Sozialismus ist. Jede politische Handlung, die nicht der Konstitution der *Klasse für sich selbst« dient⁴, die sein Klassenbewußtsein verdunkelt⁵, die nicht dazu beiträgt, bessere »Kampfbedingungen« zu schaffen, wird abgelehnt. Aus diesen allgemeinen Zusammenhängen heraus ist die Politik Marx'-Engels' in dem zur Erörterung stehenden Zeitabschnitt zu begreifen. Die Politik, die sie der deutschen Arbeiterbewegung in den

Die Politik, die sie der deutschen Arbeiterbewegung in den Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und feudalen Schichten, insbesondere gegenüber Bismarck, empfahlen, ist in ihren Grundzügen bereits im Kommunistischen Manifest enthalten und ausführlich in der »Preußischen Militärfrage« von Engels entwickelt: Proletariat und Bourgeoisie »haben zwar unter sich einen sehr ernsthaften Kampf auszumachen, aber dieser Kampf kann erst ausgefochten werden, wenn sie einan-

der allein gegenüberstehen«6. Weil die »Herrschaft der Bourgeoisie ihnen mehr Mittel bieten wird, ihre eigenen Zwecke zu erreichen«7, müssen die Arbeiter, »sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei« kämpfen. Der erste und wichtigste Schritt der Arbeiterbewegung ist die selbständige Organisation der proletarischen Partei. Diese darf es jedoch keinen Augenblick unterlassen, »bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebensoviel Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können«9. Zu den Bedingungen eines erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse - und nur in diesem quasi strategischen Sinne wird diese Forderung erhoben - gehört die Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands, denn »die Vielstaaterei wird für das Proletariat ein Bewegungshindernis sein« 10.

Entsprechend ihrer These, sich in allen kriegerischen Konflikten immer und »unbedingt auf die revolutionäre Seite, sei sie vertreten durch Franzosen oder Chinesen«11, zu stellen, billigten sie den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, solange er ein Krieg »für die Befreiung Europas von dem erdrückenden Alp des zweiten Kaiserreichs«12 sei. Nur in diesem Sinne der Verteidigung besserer Kampfmöglichkeiten für die Arbeiterbewegung gegen die – international gesehen – bedrohlichste Reaktion billigten sie die Beteiligung der deutschen sozialistischen Bewegung am Kriege bis zum Sturze Napoleons III. als Unterstützung des Defensivkrieges.13

Die Jahre 1870/71 stellen jedoch den entscheidenden Wendepunkt in der marxistischen Politik dar. Nach der Reichsgründung und dem endgültigen Kompromiß zwischen Bürgertum und feudalen Schichten in Deutschland¹⁴, vor allem jedoch nach den Erfahrungen der Pariser Kommune war die Bourgeoisie für sie endgültig reaktionär geworden. Verteidigungs- oder Angriffskrieg waren für sie in Zukunft gleichgültig für die innerhalb des Kapitalismus prinzipiell negative Außenpolitik der Arbeiterpartei. »Die nationalen Regierungen sind eins gegenüber dem Proletariat!«; »der Nationalkrieg erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel, der keinen anderen Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert.«¹⁵

b. Die Stellung von Marx und Engels zu den deutschen » Marxisten« 1865-71

Man kann feststellen, daß diese »Strategie des Klassenkampfes«¹⁶ keineswegs Eigentum der Sozialdemokratie geworden
war und ihre Politik weder in dem Zeitraum 1865-69 noch im
Deutsch-Französischen Kriege bestimmte.

Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels beweist, wie sehr sie ihrerseits sich des prinzipiellen Abstandes der Gruppe Liebknecht-Bebel von ihnen (ihre Differenzen mit Schweitzer sind nie geleugnet, eher übertrieben worden) bewußt waren. Dies gilt für den Zeitraum 1865-69¹⁷ ebenso wie für die Jahre 1870/71¹⁸.

Wir müssen hier darauf verzichten, die Politik der sozialistischen Fraktionen im Kriege 70/71 darzustellen (z. B. das Nebeneinander sozialistischer und demokratisch-antidynastischer Kundgebungen). 19 Wir begnügen uns mit dem Hinweis, daß die Protesttaktik Bebel-Liebknechts nach Sedan, auf die sich ihr Parteiruhm gründete, bestimmt wurde durch das moralisch gefärbte Kriterium der »Kriegsschuldfrage«. Ihre Kriegspolitik ging nicht über den Rahmen einer radikal-demokratischen Politik hinaus. »Die Sätze, mit denen er (Liebknecht) und Bebel die Nichtbewilligung der Kriegsanleihe motivierten, ... enthalten einen Protest gegen die Bismarckische Blut- und Eisenpolitik, der in jenem Moment eine überaus mutige, charaktervolle Tat war, den aber jeder bürgerliche Demokrat, jeder bürgerliche Friedenspolitiker unterschreiben konnte. Sie enthalten jedoch nichts von revolutionärer Gegnerschaft gegen Bund und Staat. «20

Ähnlich kann die Differenz in der Haltung Marx'-Engels' und der Sozialdemokratie zur Pariser Kommune aufgezeigt werden. Die Gesamtanschauungen der Sozialdemokratie bildeten eine Zensur, welche die neuen Probleme, die für die Arbeiterbewegung durch die Kommune aufgeworfen wurden, nicht in ihr Bewußtsein treten ließ. Die Lehren, die Marx aus diesem "geschichtlichen Experiment« ziehen zu können glaubte, die aus ihnen gewonnene Fundierung und Vertiefung seiner Theorie der proletarischen Diktatur konnten in ihr nicht wirksam werden. Daß sie sich auch praktisch von der vorbehaltlosen Verteidigung der Kommune durch Marx unterschied, beweisen die bekannten Reichstagsreden Bebels vom 10. April und 25. Mai 1871.²¹

Die Tatsache, daß die Unterschiede zwischen marxistischer Strategie und sozialdemokratischer Politik nach außen hin nicht in Erscheinung traten, erklärt sich durch die organisatorischen Auffassungen Marx'-Engels'. Sie »stellen keine Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen«22. Ihr Verhalten gegenüber den deutschen »Marxisten«
war nur die besondere Anwendung der Politik, die sie allgemein gegenüber den in Ideologie und Praxis verschiedensten
Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation befolgten:
Anknüpfen an den bisher erreichten Stand der Bewegung in
den einzelnen Ländern – Verschonung mit den »letzten Fragen«, sofern sie nicht durch die praktischen Bedürfnisse der
Massenbewegung selbst aufgerollt würden.23

c. Marxismus und Sozialdemokratismus in der Frühzeit der Sozialdemokratie

Die Kritik Marx'-Engels' an den Formen der Vereinigung der beiden Flügel der Sozialdemokratie im Jahre 1875 jedoch beweist, so scharf sie auch ihren Abstand von der politischen Ideologie der Sozialdemokratie zum Ausdruck bringt, daß sie den Reifegrad der »Eisenacher« noch überschätzten.²⁴ Handelte es sich doch um die Verschmelzung zweier im wesentlichen lassallischer Richtungen²⁵, die für keine von beiden ein Aufgeben von Prinzipien bedeutete.

In seinem Kerne ist der bekannte Gothaer Programmbrief Marxens²⁶ denn auch weniger eine Kritik der vermeintlichen Kapitulation der »Eisenacher« vor dem »spezifischen Lassalleanismus«, als ein Pronunziamento gegen den lassallischen Geist in beiden Fraktionen. Er ist, trotz seiner außerordentlichen Bedeutung für die Staatstheorie des Marxismus, keine Auseinandersetzung mit der Gesamttheorie Lassalles, insbesondere ihren philosophischen Voraussetzungen. Er richtete sich nur (da seine Kritik sich am konkreten Stoff des Gothaer Programmentwurfs entfaltete) gegen ihre Ausstrahlungen.

Es ist bekannt, daß die Marxsche Kritik des Vereinigungsprogramms nicht berücksichtigt wurde. Fie ist – auch 1891 nach ihrer Veröffentlichung nicht verstanden – für die deutsche Arbeiterbewegung erst mit der Übersetzung der Leninschen Schrift »Staat und Revolution« 1918 in ihrer wahren Bedeutung wirksam geworden. Sie kann, da hier nicht die Weiterentwicklung des Marxismus zur Erörterung steht, füglich unberücksichtigt bleiben.

Von 1875 bis zum Beginn der Periode des Sozialistengesetzes vollzogen sich in der politischen Ideologie der Sozialdemokratie keine wesentlichen Änderungen. Mit dem Einströmen deklassierter Mittelschichten im Gefolge der Krise 1873-75, mit der Aufnahme zahlreicher Akademiker in die Organisation, die in die Bewegung ihre eigenen Theoreme zu tragen versuchten,

vergrößerte sich die theoretische Unsicherheit der Partei.²⁸ In der Abwehr gegen besondere theoretische Richtungen, die in den parteiführenden Schichten an Boden gewannen, setzte die populäre Propaganda des Marxismus durch Engels ein, die der Sozialdemokratie die *allgemeine* Weltanschauung des Marxismus näherbrachte. Sie wurde jedoch erst unter dem Sozialistengesetz wirksam.²⁹

Die für die erste Phase der Sozialdemokratie aufgezeigte Verschiedenheit zwischen Sozialdemokratismus und Marxismus wird in der späteren Parteigeschichte, wie wir zeigen werden, keineswegs aufgehoben.³⁰

Der Marxismus tritt mit dem Anspruch auf, daß in ihm das industrielle Proletariat die seinem »historischen Interesse« – seinen historischen Aufgaben und seinen Zielen - entsprechende Bewußtseinsform gefunden habe. Er will nicht nur anderen Theorien gegenüber den Nachweis erbringen, daß nur er eine rationelle Erklärung der Totalität des gesellschaftlichen Prozesses geben kann. Er glaubt seine Gültigkeit letzten Endes in der Praxis des Proletariats zu erweisen. Man darf jedoch feststellen, daß Marx und Engels (besonders der letztere) sich Illusionen über das Tempo der Rezeption des Marxismus gerade durch das deutsche Proletariat und die Widerstände, die ihr entgegenstehen, hingegeben haben. Die Engelssche Auffassung. daß, die Konstituierung einer selbständigen Arbeiterpartei einmal vollzogen, diese durch die Logik der Tatsachen allein marxistisch werden müsse³¹, ist von der Geschichte widerlegt worden. Sein Optimismus, daß der »kleinbürgerliche Sozialismus«, der nur durch bestimmte Führerschichten vertreten sei, »ganz ungefährlich bei dem wunderbar gesunden Sinn unserer Arbeiter« sei32, hat sich nicht gerechtfertigt.

Die »Herstellung des Klassenbewußtseins« erweist sich nicht als so gradlinig und spontan, die Beziehung zwischen Marxismus und Proletariat nicht als derart unvermittelt, als sie in der Vorstellung von Engels erscheinen. Dies zeigen die frühe und spätere Geschichte der Sozialdemokratie.

II. Die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz

4. Die Sozialdemokratie zu Beginn des Sozialistengesetzes

Für die frühe Sozialdemokratie in ihrer Entwicklung bis 1878 hatten wir bereits nachgewiesen, daß auf sie die weitverbreitete Auffassung nicht zutrifft: sie sei eine »Sekte der Utopisten, Revolutionäre und Prinzipienreiter« gewesen, aus der erst später im 20. Jahrhundert die »große Partei der Opportunisten und Akkomodisten geworden«¹ sei.

Auch für die Zeit des Sozialistengesetzes kann jedoch gezeigt werden, daß sie keineswegs die »heroische Periode« war, als die sie in der parteigeschichtlichen Legende der radikalen Mehrheit der Sozialdemokratie in ihrer Blütezeit gefeiert wurde. Die parteioffiziöse Darstellung Mehrings, nach der die Sozialdemokratie in dem »großen Gang dieses zwölfjährigen Heldenkampfes... einen modernen Staat mit seinen ungeheuren Machtmitteln besiegt«² habe, muß als unrichtig zurückgewiesen werden. Die Politik der Gesamtpartei, insbesondere das Verhalten einer großen Anzahl ihrer Führer gegenüber dem Bismarckschen Ausnahmegesetz vom 21. Oktober 1878, das bis zum Jahre 1890 in Geltung blieb, war alles andere als heroisch.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz darf vor allem aus zwei Gründen eine nähere Betrachtung beanspruchen. Die Jahre 1878-1890 stellen den einzigen Abschnitt in der Parteigeschichte dar, in dem die Sozialdemokratie gesetzlich rechtlos war und mit illegalen Methoden für ihre Ziele werben mußte. In ihnen war die deutsche Sozialdemokratie unter ähnliche Bedingungen gestellt wie die Arbeiterbewegung Rußlands während ihrer gesamten Entwicklung bis 1917.³ Es ist damit die Frage nahegelegt, ob und inwiefern der Struktur und Ideologie der Sozialdemokratie durch diese Illegalitätsperiode ähnliche Züge aufgeprägt wurden wie den russischen sozialistischen Parteien durch die äußerste Entrechtung unter dem Zarismus.

Betrachten wir nur die politische Ideologie der Sozialdemokratie, so bedarf die Auffassung aller Parteihistoriker einer Nachprüfung, daß unter dem Sozialistengesetz der Lassalleanismus endgültig überwunden worden sei und der Marxismus die Herrschaft über das Bewußtsein der gesamten Partei angetreten habe.⁴ Mit dem Beginn des Sozialistengesetzes tritt zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die Parteibürokratie als entscheidender Faktor bei der Bestimmung der politischen Linie der Sozialdemokratie auf den Schauplatz. Durch die Gunst der geschichtlichen Konstellation – Verbot der Massenorganisation, Legalität der parlamentarischen Arbeit – wird sie an der politischen Willensbildung der Partei in einem weitaus größeren Maße beteiligt, als es ihrem zahlenmäßigen Umfang entspricht.

Die Kritik der sich mit dem Sozialistengesetz bildenden linksradikalen Gruppen in der Arbeiterbewegung, die in diesem Frühstadium noch vor das Forum der Gesamtpartei dringt und nicht, wie späterhin, in engen Zirkeln vorgetragen wird, ohne das innerorganisatorische Leben der Sozialdemokratie zu tangieren, faßt ihren Kampf gegen den Reformismus in der Parole »Gegen die Bürokratie!« zusammen. Da in der Kampfnähe Personen und Sache eng verschmolzen sind, die antireformistischen Kräfte erst beginnen, sich in eigenen Organisationen und Ideologien zu formieren, reduziert sich der Kampf gegen den Reformismus auf die Bekämpfung der herrschenden Führergarnitur und ihres beamteten Anhangs, der Bürokratie. Der Reformismus wird hier als subjektive Bedingtheit angesehen, nicht als objektiv unvermeidlich kraft ökonomischer Faktoren und auf Grund der bisherigen Parteientwicklung. Die prinzipielle Abwendung von ihm ist nach dieser Auffassung durch einen organisatorischen Kurswechsel zu bewerkstelligen.5

Gegenüber dem »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« von 1878 blieben der Führerschicht der Sozialdemokratie zwei Möglichkeiten: entweder völlige Kapitulation vor dem Gesetz, d. h. Aufgeben ihrer bisherigen, als intransigent empfundenen Agitation, oder geheime Verbreitung der bisher öffentlich propagierten sozialistischen Ideen. Eine gewaltsame Beseitigung des Sozialistengesetzes konnte unter den damaligen Umständen nicht in Frage kommen. Sie ernsthaft zu erörtern lag ohnehin außerhalb des Denkbereichs der Sozialdemokratie. In den Anfängen des Sozialistengesetzes entschied sich die Parteiführung in der Hoffnung auf eine baldige Aufhebung des Ausnahmegesetzes für die Kapitulation, um die Existenz der Parteiangestellten, ihrer Zeitungen und Druckereien zu sichern.

Erst die Unmöglichkeit, auf dem anfänglich eingeschlagenen Wege erfolgreich zu agitieren und auch nur den Parteiapparat zu erhalten, erst die Rebellion der proletarischen Mitglieder der Partei brachten es zu einer Kursänderung der Führer. Durch die Umstellung auf die geheime parteioffizielle Verbreitung einer den Wünschen der proletarischen Mitgliedschaft nahekommenden radikalen Ideologie wurde der entstandene Gegensatz zwischen Mitgliedschaft und Parteibürokratie überdeckt.

Auf der anderen Seite erforderte die dem Parteiapparat innewohnende Tendenz zur Vergrößerung der Anhängerschaft eine gemäßigte Taktik während der Parlamentswahlen und im Parlament, um außerproletarische Bevölkerungskreise zu gewinnen. (Nur durch die Erzeugung einer allgemeinen Volksstimmung gegen das Sozialistengesetz konnte zudem seine Aufhebung erzwungen werden.)

Fortan hatte die Parteiführerschaft also eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: erstens den Stimmungen des radikalen Gros der Mitgliedschaft zu entsprechen, und zweitens den vorwiegend nur dem Wählerkreis der Partei angehörenden gemäßigten Elementen Rechnung zu tragen. Dieser Sachverhalt macht die Zweideutigkeit und Unentschiedenheit der parteiführenden Schicht bei einer Reihe von Anlässen unter dem Sozialistengesetz verständlich. Die zeitweilige Verteilung der gekennzeichneten Funktionen auf verschiedene Gruppen der Führerschaft erklärt ihre internen Kämpfe.6

In diesen allgemeinen Formeln sind die Taktik der Sozialdemokratie und ihrer internen Auseinandersetzungen im »Jahre der Verwirrung«⁷ (Ende 1878 bis Mitte 1880) vorgezeichnet.

b. Die anfängliche Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Ausnahmegesetz

Um die in Frage stehenden Interessen der in den 70er Jahren innerhalb der Sozialdemokratie entstandenen Parteibürokratie zu veranschaulichen, seien einige Zahlen über den Angestelltenkörper der Partei, ihr Finanzwesen, ihre Presse und ihren Wählerkreis wiedergegeben: Nach dem Bericht des Parteivorstands auf dem Kongreß zu Gotha 1876 beschäftigte die Partei 22 besoldete Agitatoren. Außer diesen standen ihr 46 Beamte (Redakteure, Expedienten usw.) zur Verfügung. Die Einnahmen der Partei beliefen sich im Zeitraum von einem Jahr auf über 58 000 Mark. Seit dem Vereinigungskongreß zu Gotha wurden 18 neue Zeitungen gegründet. Die Sozialdemokratie verfügte über 24 Organe mit insgesamt nahezu 100 000 Abonnenten. Der Broschürenvertrieb innerhalb eines Geschäftsjahres wurde auf »mehrere Hunderttausende« geschätzt.8 1877 verfügte die Sozialdemokratie bereits über ein neu gegründetes Zentralorgan mit 12 000 Abonnenten, außerdem über 41 politische Zeitungen und 14 Gewerkschaftsorgane, die im Geiste der Partei redigiert wurden. Ihre Abonnentenzahl hatte sich gegenüber 1876 fast verdoppelt. Der größte Teil dieser Blätter wurde in Parteidruckereien hergestellt, deren die Partei 149 besaß. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen hatte sich von 1874 bis 1877 von ca. 380 000 Stimmen auf ca. 560 000 erhöht. 10 Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten war mit den Wahlen von 1877 auf 12 angewachsen. 11 Besonders bemerkenswert war bei den Wahlen kurz vor dem Sozialistengesetz die Tatsache, daß die Sozialdemokratie zum ersten Male in den Industriestädten einen großen Anhang aufzuweisen hatte. Der Schwerpunkt der Partei, die sich vorher vorwiegend aus halbproletarischen Schichten rekrutiert hatte (die Handweber in Sachsen z. B.), verlagerte sich zusehends auf das industrielle Proletariat. Erst kurz vor dem Sozialistengesetz war die Sozialdemokratie eine Bewegung in nationalem Maßstabe geworden. 12

Das Sozialistengesetz unterbrach vorerst jäh diesen raschen Prozeß des Wachstums der Parteianhängerschaft und der Vergrößerung des Parteiapparates. Im Vordergrund des Interesses der Führer mußte, sobald es in Kraft trat, die Sicherung ihrer bisherigen organisatorischen Errungenschaften stehen.¹³

Die ersten und einschneidendsten Folgen des Sozialistengesetzes für die Partei, die Verbote ihrer bisherigen Zeitungen und ihres Literaturvertriebes, suchte die Partei durch die völlige Angleichung ihrer Agitation an die Atmosphäre des Sozialistengesetzes abzuschwächen. Man versuchte, die Existenz der Parteidruckereien und ihrer Angestellten durch die Herausgabe »farbloser Blätter«¹⁴ zu sichern, die sich in ihrer Schreibweise kaum von liberalen Organen unterschieden.

Der Parteivorstand erließ eine ernstgemeinte Anzeige der Auflösung der Partei. Er stellte seine Taktik vollkommen darauf ein, der »öffentlichen Meinung« den Nachweis zu liefern, daß die Sozialdemokratie keineswegs die revolutionäre Umsturzpartei sei, als die sie in dem Bismarckschen Ausnahmegesetz dargestellt wurde. Der »Vorwärts«, das Zentralorgan der Partei, erklärte am Tage der Bekanntmachung des Sozialistengesetzes, daß er sich, »um das Blatt zu erhalten..., auf den Boden des Ausnahmegesetzes stellen« werde. 16

Der erste Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Herbst 1879 faßte die Taktik, die der Partei durch das Sozialistengesetz aufgezwungen wurde, in den Sätzen zusammen:

»Der Reaktion keine Möglichkeit bieten, die Sozialdemokratie als rotes Gespenst zu verwenden.

Das durch infame Verleumdung auf uns geworfene Odium

abzustreifen; und so zu handeln, daß das Odium für die herrschende Mißwirtschaft und die herrschenden Mißstände auf diejenigen gewälzt werde, die es entweder durch aktives Verschulden oder durch passives Gewährenlassen auch wirklich verdient haben.«¹⁷

Die gesamte Reichstagsfraktion (auch Bebel und Liebknecht hatten diesen Rechenschaftsbericht unterzeichnet, den Bebel noch in seinen Memoiren verteidigt¹⁸) stellte fest, »daß die Partei, welche den Krieg in jeder Gestalt verurteilt, und die allgemeine Verbrüderung aller Menschen zum Ziel hat, nicht den Bürgerkrieg erstreben kann«¹⁹. Ein Aufruf einer Reihe hervorragender Parteifunktionäre, die unter dem über Berlin verhängten kleinen Belagerungszustand ausgewiesen wurden, verteidigte die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf, die öffentliche Ordnung zu gefährden. Er richtete an die Anhänger der Partei den Appell: »Keine Gewalttätigkeiten, achtet die Gesetze, verteidigt aber innerhalb des Rahmens derselben Eure Rechte!... Haltet fest an der Losung, die wir Euch so oft zugerufen: An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen!«²⁰

Liebknecht erklärte im Reichstag als Vertreter der Partei, »daß, wenn das Sozialistengesetz angenommen wird, wir selbstverständlich das Gesetz beachten werden, weil unsere Partei ja eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes ist«; »er leugne aufs emphatischste, daß unsere Bestrebungen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet seien«21. Man darf feststellen, daß diese Politik der völligen Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz nicht nur unvereinbar war mit den Prinzipien einer revolutionär-proletarischen Partei im Marxschen Sinne, die die Sozialdemokratie nie gewesen war, sondern auch jene Standhaftigkeit vermissen ließ, die ihre Anhänger von der bisher radikal-sozialdemokratischen Oppositionspartei erwarteten.²²

c. Die erste »anarchistische« Opposition in der Sozialdemokratie

Wir hatten bereits dargelegt, daß der Schwerpunkt der Partei sich in den 70er Jahren auf das industrielle Proletariat der großen Städte verschoben hatte. Gerade die proletarischen Kerntruppen der Partei waren es, die gegen die von der Parteibürokratie eingeschlagene und von den kleinbürgerlichen Schichten ihrer Anhänger gebilligte Politik rebellierten.

Die Mitglieder der Parteiorganisation in den größeren Städten, besonders in Berlin, nahmen anfänglich die Auflösung der Partei durch den Vorstand nicht ernst. Sie gingen daran, die Partei als geheime Propagandaorganisation aufzubauen. Sobald die Kapitulation der Parteiführung bekannt wurde, bildete sich eine breite Massenopposition. Sie erhielt ihren publizistischen Ausdruck jedoch erst in Veröffentlichungen deutscher Sozialdemokraten im Auslande, die – in die revolutionäre Situation des Exils versetzt – die schärfste Kritik an der Haltung der Parteibürokratie übten.

Der »Chicagoer Vorbote«, ein Organ deutsch-amerikanischer Sozialisten, kennzeichnete die Politik, die nach der Auffassung des entstandenen radikalen Flügels der Sozialdemokratie von dem Augenblick der Verhängung des Sozialistengesetzes an hätte befolgt werden müssen: Die »De- und Wehmütelei« der »Vorkämpfer« schaffe Enttäuschung und Inaktivität unter den Anhängern. Die Strenge, mit der das Sozialistengesetz durchgeführt wurde, hätte die Partei zwingen müssen, unter Mißachtung des Gesetzes eine illegale Organisation aufzubauen. Ihre ersten Maßnahmen hätten sein müssen: die Übersiedelung der leitenden Instanzen, der Druckereien und der Zeitungen ins Ausland. Die durch die Herausgabe der farblosen Blätter zu erreichenden Zwecke: Zusammenhalt der Mitglieder und Konservierung der Presseunternehmungen, würden nicht erreicht. Die Mäßigung der Parteiorgane brächte Abonnentenschwund und - mit der Zeit - Fallieren der Druckereien. Ungeachtet der »Taktik« der Führer bildeten die besten Parteigenossen eine geheime Organisation. Auf ihren Schultern ruhe die »neue« Partei. »Während sonach die Reste der alten Partei mit ihren sichtbaren äußeren Abzeichen so sachte einschrumpfen, entwikkelt sich die neue (geheime) Partei mit Macht. «23

Um die Sozialdemokraten in Deutschland durch eine nur vom Auslande her mögliche offene und unversöhnliche Propaganda der bisherigen Prinzipien der Partei zu unterstützen, gründete der Communistische Arbeiterbildungsverein (C.A.B.V.) zu London Anfang Januar 1879 die »Freiheit« unter der Redaktion von Johann Most. In Brüssel gab, unterstützt von der dortigen Gruppe deutscher Sozialdemokraten, Karl Hirsch ab Mitte Dezember 1878 die »Laterne«²⁴ heraus.

Die »Freiheit« Mosts bewegte sich in ihren Anfängen durchaus in den Bahnen, denen die Politik der Sozialdemokratie vor dem Ausnahmegesetz gefolgt war. Sie beschränkte sich in ihren ersten Nummern darauf, im Sinne des Gothaer Programms die Forderung demokratischer Rechte aufzustellen, dabei jedoch eine selbstbewußte Haltung der Partei in Deutschland gegenüber dem Sozialistengesetz zu verlangen. In der Abwehr der Angriffe der leitenden Parteiinstanzen gegen ihn verteidigte sich Most gegen den Vorwurf, von der Sozialdemokratie

gewaltsame Aktionen gegen das Ausnahmegesetz gefordert zu haben. Neben der Politik der Parteileitung, die auf das vollkommene Verleugnen der sozialdemokratischen Prinzipien hinauslaufe, und der »gewaltsamen Revolutionsmacherei«, die abgelehnt werden müsse, sei ein dritter Weg gangbar: »Die rücksichtslose Fortsetzung der zuvor öffentlich betriebenen revolutionären Propaganda im geheimen.«²⁵

Das Sozialistengesetz bot jener Generation, auf deren Schultern die damalige Sozialdemokratie ruhte, zum ersten Male auf deutschem Boden ein ähnliches Anschauungsmaterial, wie es die Revolutionen von 1848/49 und die Pariser Kommune für Marx und Engels gewesen waren, um zur endgültigen Überzeugung von der Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes des kapitalistischen Systems zu gelangen.

Als Exponent der aktivsten Schichten der Parteimitgliedschaft²⁶ brachte Most, der bis 1878 Reformpolitiker gewesen war²⁷, diese gedankliche Konsequenz der praktischen Erfahrungen unter dem Ausnahmegesetz zum Ausdruck. Der Mangel an einer durchdachten allgemeinen Theorie jedoch, die Isolierung im Exil und Ressentiment gegen die persönlichen Angriffe der sozialdemokratischen Führerschaft in Deutschland mußten ihn über diese im Sinne des Marxismus richtige Einsicht hinaustreiben und zu putschistischen Auffassungen führen.²⁸ Erst nachdem sie eine Zeitlang eine gemäßigte, keineswegs »blanquistische« Sprache geführt hatte, schlug die »Freiheit« unvermittelt und ohne theoretische Kursänderung radikale Töne – Phrasen ohne konkreten Inhalt – an. Erst jetzt forderte sie die »ganze Rebellion, die neue Rebellion!«²⁹.

Für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist die nun einsetzende Entwicklung der »Freiheit«, ihr Abschwenken ins anarcho-kommunistische Lager, die Propagierung Bakuninscher Ideen durch Most und seinen persönlichen Anhang belanglos. 30 Festzuhalten ist an dieser Stelle nur, daß die durch Most verkörperte erste »anarchistische« Sezession in der deut-Arbeiterbewegung ihre ersten und entscheidenden Antriche von der Rebellion der Massen gegen die Parteibürokratie und ihren »Geschäftssozialismus«31 erhielt. Ihren deutlichsten Ausdruck fanden diese Stimmungen in einer »Denkschrift an die deutschen Sozialisten« des C.A.B.V. London³², die die Umstellung der Sozialdemokratie auf die geheime Agitation forderte, da »alle Erfordernisse zur legalen Verbreitung unserer Grundsätze abgeschnitten sind«. Die deutsche Sozialdemokratie, in ihren Zielen und Prinzipien revolutionär, sei bis zum Erlaß des Ausnahmegesetzes den Weg einer Reformpartei gegangen. Nachdem ihr der Klassengegner diesen Weg versperrt habe, sei es ihr Recht und ihre Pflicht, »das Volk auf den Zeitpunkt vorzubereiten, wo ihm von seinen unduldsamen und tyrannischen Gegnern die Revolution als einziges Rettungsmittel aufgezwungen werden wird«. Die gemäßigte Taktik der Parteileitung »will auf der einen Seite etwas Materielles retten, gibt aber auf der anderen Seite das Bessere, die mühsam verbreiteten Prinzipien, preis«. Die Unterdrückung der Partei mache es notwendig, zu erwägen, ob der Parlamentarismus für sie noch irgendwelchen Nutzen habe.³³ »Nicht umsichtige Taktik unter dem Sozialistengesetz, sondern eine schlaue Taktik gegen dasselbe ist nötig und auch zu ermöglichen.«³⁴

Eine Reihe speziellerer, die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bestimmender Fragen, mit denen sich die Kritik der Arbeiteropposition befaßte, kann hier nur angedeutet werden: Das Eintreten Kaysers für Eisenzölle bei den Beratungen des Bismarckschen Schutzzollsystems 187935; die Desavouierung des später ausgeschlossenen W. Hasselmann, der sich im Reichstag mit den russischen » Nihilisten« solidarisch erklärte, durch die Parlamentsfraktion der Partei³⁶; die Schwankungen der Fraktion gegenüber dem Bismarckschen Unfallversicherungsentwurf von 188037; ferner die nationalistische Reichstagsrede Bebels bei der Beratung der Militärvorlage von 188038. Daß all diese, nicht über blasse Theoreme, sondern über die Praxis der Partei und die Haltung ihrer Führerschaft gepflogenen Debatten derart von persönlichen Streitereien gefärbt waren, daß oft die eigentlichen Probleme verdeckt waren und noch in der späteren Parteitradition auf Fragen des Temperaments und des persönlichen Wertes der Streitenden reduziert erscheinen³⁹, ist selbstverständlich.

d. Die Radikalisierung der offiziellen Politik der Sozialdemokratie

Die Aktivität der Sozialdemokratie gegenüber dem Sozialistengesetz wurde anfänglich vollkommen von der Parteimitgliedschaft aufgebracht. Die Differenz zwischen ihr und der Parteileitung⁴⁰ vergrößerte sich zusehends. Die Gefahr einer Parteispaltung rückte näher.⁴¹ Um die Führung über ihre proletarischen Anhänger zu behalten, mußte die Leitung eine radikalere Politik der Bekämpfung und Umgehung des Sozialistengesetzes einschlagen.⁴²

Gegen Ende des Jahres 1879 berücksichtigte man die Ratschläge der ausländischen sozialistischen Organe und die Kritik der Parteiopposition⁴³ durch die Gründung eines Zentralorgans im Auslande: des »Sozialdemokrat« in Zürich⁴⁴. In seinem Programm⁴⁵ betonte dieser, daß der von der Partei neu eingeschlagene Kurs vom Klassengegner erzwungen worden sei. Unter

»gesetzlichen« Umständen würde die Sozialdemokratie nicht auf ihre »revolutionäre Taktik« verzichtet haben. Sie sei nach wie vor eine revolutionäre Partei »im besten Sinne des Wortes«.

»Dem umstürzlerischen Charakter der Bismarckschen Blutund Eisenpolitik« stellte Liebknecht »die organische Reformen anstrebende sozialdemokratische Arbeiterpartei« gegenüber.⁴⁶ Die Verantwortung für die Radikalisierung der Taktik wurde den Urhebern des Sozialistengesetzes zugeschoben.

In einem Aufruf »An die deutschen Parteigenossen«47 proklamierte die Parteileitung (d. h. die Leitung der Reichstagsfraktion, da der »Parteivorstand« als besondere Körperschaft seit seiner Selbstauflösung nicht mehr vorhanden war) die Änderung in der offiziellen Taktik der Partei: Als das Sozialistengesetz in Kraft trat, habe man sich auf den passiven Widerstand beschränkt, um die »gegen unsere Parteiunternehmungen und Parteigenossen geführten Schläge« möglichst abzuschwächen. Diese Taktik habe sich vollkommen bewährt. »Das Volk hat sich überzeugt, daß wir nicht die Schreckensgestalten sind, als welche die Einpeitscher des Sozialistengesetzes uns darstellten.« Die anhaltende Unterdrückung unter dem Sozialistengesetz jedoch mache eine andere Taktik notwendig. Die Parteiorganisation müsse aus »der bisherigen, für verhältnismäßig friedliche Zeiten geschaffenen Formation in eine für die jetzigen und kommenden Umstände zweckentsprechende Kriegsformation« umgewandelt werden. Obgleich der Anhängerschaft gegenüber die Kapitulation vor dem Ausnahmegesetz aus Prestigegründen verteidigt wurde, erfüllte die nun vollzogene taktische Schwenkung in erster Linie nur die Forderungen der Parteimitgliedschaft. Sie wurde durch den Kongreß der Partei zu Schloß Wyden 1880 ratifiziert. Dieser beschloß, in dem Satz des Gothaer Programms (Abschnitt II), die Partei erstrebe »mit allen gesetzlichen Mitteln« den »freien Staat und die sozialistische Gesellschaft«, das Wort »gesetzlich« zu streichen. Die Partei hatte damit keineswegs ausgesprochen, daß sie in Zukunft nur noch mit ungesetzlichen oder revolutionären Mitteln ihre Ziele durchzusetzen versuchen werde. Es war nur, wie Auer48 später betonte, »damit der Wechsel, der von den herrschenden Parteien mit dem Sozialistengesetz auf die Sozialdemokratie gezogen war, von dieser akzeptiert.«

Die Radikalisierung der offiziellen Parteipolitik beseitigte, obwohl sie keineswegs der Mitgliedschaft in allen Gruppen genügte⁴⁹, die Gefahr der Parteispaltung. Die Opposition drückte sich nicht mehr in Kritiken an der gesamten Parteiführerschaft aus. Der direkte Anhang Mosts und Hasselmanns schmolz zusammen.⁵⁰ Die Trennungslinie in den nun in einem

engeren Rahmen geführten innerparteilichen Debatten verschob sich. Jetzt wurde die Polemik über die Taktik der Partei in erster Linie zwischen zwei Gruppen der Parteiführung ausgetragen: der Redaktion des »Sozialdemokrat« (Bernstein) und einigen mit ihr verbündeten Führern (Vollmar, Bebel usw.), die sich zu Wortführern der radikalen Massenstimmungen machten, und dem rechten Flügel der Reichstagsfraktion (Auer, Blos usw.).⁵¹ Zwischen der radikalen Führergruppe und dem Gros der Parteimitgliedschaft bestand fortan ein ähnliches Verhältnis wie zwischen den radikalen Antirevisionisten und den revolutionären Strömungen in der Parteianhängerschaft nach 1898. Wie in diesem späteren Zeitabschnitt kamen auch hier Kritiken der Mitgliedschaft an ihren radikalen Führern vor. Sie waren jedoch von untergeordneter Bedeutung für die Beziehungen zwischen beiden.

Die Darstellung sämtlicher zwischen den Führergruppen gepflogenen Auseinandersetzungen (über das Tabaksmonopol⁵², den Militarismus⁵³ und die Kolonialpolitik⁵⁴ usw.) und der Schattierungen innerhalb der radikalen Führergruppe würde zu sehr ins Detail führen.

Die äußersten Pole jener Debatten spiegelt eine Kontroverse wider, die zwischen Auer und Vollmar, mit dem Bebel und Bernstein jedoch nicht übereinstimmten⁵⁵, über die Frage: Reform oder Revolution geführt wurde. Während Auer⁵⁶ gegenüber den »Revolutionsphrasen« des »Sozialdemokrat« betonte, daß auch die Ausnahmestellung, in die die Partei durch das Sozialistengesetz gedrängt worden sei, ihren reformistischen Charakter nicht auszulöschen vermöge, entwickelte Vollmar⁵⁷ auf Grund der Erfahrungen, welche die Sozialdemokratie seit 1878 gemacht hatte, die Notwendigkeit der gewaltsamen Machteroberung und der Diktatur des Proletariats.

Doch auch Vollmar betrachtete die Festlegung der Partei auf diese Ansichten, mit denen er die Stimmungen eines beträchtlichen Teiles der Mitgliedschaft zum Ausdruck brachte, nur als Antwort auf die durch Bismarck in Szene gesetzte Verfolgung der Sozialdemokratie. Es ist kennzeichnend, daß diese in der Entwicklung der Sozialdemokratie bis 1898 (d. h. bis zum Auftreten R. Luxemburgs) stärkste Annäherung an die politische Theorie des Marxismus⁵⁸ schon damals nur aus taktischen Erwägungen und nicht aus den allgemeinen Auffassungen des Marxismus gewonnen wurde. Das Sozialistengesetz stellte nicht nur einen Ausnahmezustand für die Organisation der Partei dar, es war auch eine exzeptionelle Phase in der persönlichen Entwicklung einer Reihe ihrer Führer. Bernstein und Vollmar, die späteren Führer der revisionistischen Bewegung, waren unter dem Ausnahmegesetz die radikalsten Bekämpfer des

Reformismus. Ihr damaliger Radikalismus und – Marxismus war, obgleich Ausdruck ernst zu nehmender Massenstimmungen, vom Standpunkt ihrer persönlichen Entwicklung betrachtet, die Verabsolutierung einer kurzen Entwicklungsphase der Sozialdemokratie⁵⁹, die mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes bzw. dem wirtschaftlichen Aufschwung seit 1895 aufgegeben werden mußte. Die widerspruchsvolle Entwicklung dieser und vieler anderer Parteiführer (z. B. Schippels und Kampffmeyers) ist nicht aus ihrer Persönlichkeit allein zu begreifen. Ihre jeweiligen Ansichten liefern nur die Formeln und Etiketten für Bewegungen bestimmter Schichten des Kleinbürgertums und des Proletariats.

Daß die von Vollmar unter dem Sozialistengesetz entwickelten Ansichten für die Ideologie der Parteiführung und ihre Praxis belanglos waren, beweist u. a. eine Bekundung Liebknechts aus dem Jahre 1881, der auch unter dem Sozialistengesetz neben Bebel der einflußreichste Führer der Sozialdemokratie war. In einer größtenteils unveröffentlicht gebliebenen Arbeit⁶⁰ erörterte Liebknecht - in der »heroischen« Periode des Sozialistengesetzes, in der angeblich radikalsten Entwicklungsphase der Sozialdemokratie! - ernsthaft die Frage der Koalitionspolitik, um eine etwaige Teilnahme von Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung zu bejahen: »Irgendeine (durch den Sturz Bismarcks z. B. herbeigeführte) Katastrophe kann die Staatsmaschine plötzlich zerbrechen und unsere Partei an oder doch in die Regierung bringen. Es kann diese Katastrophe die Folge eines unglücklichen Krieges oder der Ausbruch der nicht länger zu unterdrückenden Unzufriedenheit mit dem herrschenden System sein« . . . »Es ist ja denkbar, obgleich kaum zu erwarten, daß in den oberen Regionen das Gefährliche der Situation begriffen wird, und daß man durch Einlenken in die Bahnen vernünftiger Reform der andernfalls unvermeidlichen Katastrophe vorzubeugen den Versuch machen wird. In diesem Falle würde unsere Partei zur Teilnahme an der Regierung berufen und speziell mit der Umgestaltung der Arbeiterverhältnisse betraut werden müssen.«61

Wir haben bisher nur die Kundgebungen der Parteiführung in den internen Debatten (an Hand von Belegen aus dem unterirdisch verbreiteten »Sozialdemokrat«) betrachtet. Sie zeigen, alles in allem, daß die Radikalisierung der Sozialdemokratie – nach ihrer eigenen Auffassung von Bismarck, in Wirklichkeit auch von einem Teil der Anhängerschaft erzwungen – keineswegs den Rahmen der politischen Ideologie der Partei vor dem Sozialistengesetz sprengte. Die Radikalisierung der offiziellen Partei betraf ihre Agitationsmethode⁶² und – ihre Sprache gegenüber der Mitgliedschaft. Die Kundgebungen der Partei

nach außen hin waren in einem weitaus gemäßigteren Tone gehalten. Die Tätigkeit der Partei in den Parlamenten und ihre Agitation während der Wahlen liefern die eigentlichen Kriterien zur Beurteilung ihrer praktischen Politik.

- 5. Die parlamentarische Praxis der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz
- a. Wahlagitation und Arbeit in den Parlamenten als einzige legale Betätigungsfelder der Partei

Trotz der mannigfachen Verfolgungen, denen die Sozialdemokratie und ihre Anhänger ausgesetzt waren, konnte der Prozeß ihres raschen organisatorischen Wachstums, der sich in ihren Wahlerfolgen ausdrückt, durch das Sozialistengesetz nicht gehemmt werden.

Besonders deutlich spiegelt sich das Anwachsen der Partei in der aufsteigenden Kurve ihrer Reichstagswahlzissern. Von 493 000 und 437 000 in den Wahlen von 1877 und 1878 sank die Stimmenzahl 1881 auf rund 300 000, um danach in den Reichstagswahlen von 1884, 1887 und 1890 rapid auf 550 000, 763 000 bis 1 427 000 anzusteigen. Die Reichstagsmandate vermehrten sich infolge der für die Sozialdemokratie äußerst ungünstigen Wahlkreiseinteilung nicht im gleichen Verhältnis. Gleichzeitig gewann die Sozialdemokratie in den Wahlen zu den Landesparlamenten Preußens und Sachsens an Boden, in die sie unter dem Ausnahmegesetz ihre ersten Vertreter entsandte.

Eine auf den ersten Blick widerspruchsvoll erscheinende Bewegung muß hier festgestellt werden: Die Unterdrückung und Illegalisierung der Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz radikalisierte einen Teil der Parteimitgliedschaft. Ihre Einwirkung auf die Gesamtpartei entsprach jedoch nicht den Erwartungen, die von vielen Seiten geäußert wurden. Das Sozialistengesetz veranlaßte die Sozialdemokratie keineswegs, alle Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der sozialen Frage aufzugeben. Es trug umgekehrt zu ihrer Mäßigung bei.

Bei der im wesentlichen demokratisch-sozialpazifistischen Ideologie der Sozialdemokratie konnten, wie wir geschen haben, solche Kampfformen, wie sie die russische Arbeiterbewegung unter dem Zarismus hervorbrachte, bei der Parteiführung gar nicht zur Debatte stehen. Auf sie übte die Ausnahmestellung, in die sie versetzt wurde, die Wirkung aus, daß die parlamentarische Tätigkeit in den Mittelpunkt ihrer Gesamtarbeit rückte. Die Agitation für die Wahlen und die Tätigkeit in

den Parlamenten waren die einzigen Gebiete, auf denen es der Partei gesetzlich gestattet war, ihre Aktivität zu entfalten.

Die Erfolge dieser Tätigkeit um jeden Preis zu vergrößern, war das Ziel der Parteiführung. Sie zeigte jeweils in plastischer Anschaulichkeit vor der Mitgliedschaft und der sog. öffentlichen Meinung die ungebrochene Lebenskraft der Partei.

In ihren allgemeinsten Zügen wurde die parlamentarische Tätigkeit der Partei durch die Abhängigkeit der sozialdemokratischen Organisation von den Marktgesetzen bestimmt. Der Parlamentarismus ist die Propagandaform, die – bildlich gesprochen! - die größte Zirkulationsfähigkeit der Ware Sozialismus gewährleistet... Wendet sich doch die Wahlpropaganda zu politischen Parlamenten, die auf dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht beruhen, entsprechend den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie und der staatsrechtlichen Stellung der parlamentarischen Körperschaften nicht an besondere Bevölkerungsschichten, sondern an jeden Staatsbürger schlechthin. Die Propaganda in Parlamentswahlen arbeitet mit der Fiktion, daß die Bekundung (und unter Umständen auch die Verwirklichung) des Willens der Mehrheit des Volkes an und für sich möglich sei. Da sich die Wahlpropaganda bei Herrschaft des allgemeinen und direkten Wahlrechts also an das ganze Volk wendet, ist der Absatz der sozialistischen Ideologie auf den breitesten Konsumentenradius eingestellt, der innerhalb eines Landes möglich ist.

Für die Bewußtseinsformen der Sozialdemokratie ist nun eine eigentümliche Verwechslung kennzeichnend. In ihrer offiziellen Literatur wird das Anwachsen der Wahlziffern der Partei durchgängig und ohne größere Vorbehalte einem Anwachsen der politischen Macht der proletarischen Klasse gleichgestellt. In Wirklichkeit kann jedoch erst eine Analyse der sozialen Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschichten eine Antwort auf die Frage geben, ob sich in ihnen eine Stärkung des Klassenbewußtseins, die Bewußtmachung der Klassenlage und ihrer sozialistischen Konsequenzen bei einer wachsenden Anzahl von Proletariern ausdrückt. Die ausschließlich auf die Vergrößerung ihrer Wählerschaft gerichtete Politik der Sozialdemokratie in den Wahlen, ökonomisch bedingt durch die Selbstzwecktendenzen des bürokratischen Apparates, fand ihre gedankliche Grundlage in dem radikal-demokratischen » Volks«-Sozialismus der Sozialdemokratie, der die Interessen aller »Werktätigen« zu vertreten glaubt und durch die Überzeugung ausgezeichnet ist, die überwiegende Mehrheit des Volkes in Parlamentswahlen gewinnen zu können. Ihre auf die Vergrößerung der Wahlziffern um jeden Preis eingestellte Wahlpropaganda, – dieser Wahlfetischismus war vor allem gekennzeichnet durch die Anpassung der in den Wahlkampagnen vertretenen Programme an die sozial differenzierte Wählerschaft. Die Ideologie einer Partei, die zu einer Zeit, in der das industrielle Proletariat nur einen Bruchteil der Nation ausmachte, ernsthaft die Gewinnung der Mehrheit des Volkes in ihre Rechnung stellte, mußte verständlicherweise eine Reihe von Zügen aus der Zeit ihrer Symbiose mit der bürgerlichen Demokratie behalten, die dem Wesen des proletarischen Sozialismus fremd waren.

Der demokratische Sozialismus der Sozialdemokratie war durchaus zur Bearbeitung der Psyche außerproletarischer, jedoch auf den unteren Stufen der sozialen Skala stehenden Schichten geeignet. Anfänglich den Bewußtseinsinhalten des unentwickelten Proletariats in Deutschland entsprechend, geriet er nun in einen teilweisen Gegensatz zu den Stimmungen der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterschaft.

Die Opposition und die Kritik an der parlamentarischen Tätigkeit der Partei, ihren Überspitzungen und ihren den Zielen des proletarischen Sozialismus fremden Bestandteilen konnten sich jedoch – auch dies ein Zeichen der Schwäche des industriellen Proletariats – nicht durchsetzen.

Gerade unter dem Sozialistengesetz wurde der parlamentari- sche Charakter der Sozialdemokratie voll ausgeformt. Ihre Praxis richtete sich ausschließlich auf die Geltendmachung ihres politischen Willens durch das Parlament. Ihren besonders deutlichen Ausdruck auf organisatorischem Gebiete findet diese Entwicklung in der zwar bekämpften, aber während der Gesamtdauer des Sozialistengesetzes ungebrochenen Hegemonie der Reichstagsfraktion über die Partei. Bei ihr lag – und dafür waren nicht nur organisatorische Rücksichten auf die Vereinsverbote des Ausnahmegesetzes maßgebend – die faktische Leitung der Partei.

Es ist des öfteren die Frage aufgeworfen worden, welcher der damals sich gegenüberstehenden Gegner – Bismarck oder die Sozialdemokratie – den Sieg davongetragen habe. Sie wurde in der parteigeschichtlichen Literatur der Sozialdemokratie stets eindeutig beantwortet: Die Aufhebung des Sozialistengesetzes und der Sturz Bismarcks, erzwungen durch das Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung, seien schlüssige Beweise für die Niederlage seiner »Gewaltpolitik« in dem Kampfe gewesen, in den er sich durch den Erlaß des Sozialistengesetzes eingelassen habe. Wenn man die Verstärkung der reformistischen Seiten der Praxis und Ideologie der Sozialdemokratie, die Verfestigung ihres Charakters als parlamentarische Partei berücksichtigt, die das Ergebnis der notgedrungen unvollständigen, sich nach zwei Seiten auswirkenden Ausnahmegesetzge-

bung Bismarcks (Verbote der Organisationen und Zulassung der parlamentarischen Betätigung) waren, so dürfte die Antwort nicht so eindeutig ausfallen. Es darf festgestellt werden, daß die inneren Schicksale der Partei zum großen Teil durch »Bismarck«, d. h. die Klassenkräfte und den Staatsapparat, deren Repräsentant Bismarck war, bestimmt wurden. Die Mäßigung ihrer Politik in der Sorge vor einer Rückkehr der Verfolgungen des Sozialistengesetzes in der Zeit nach 1891 war ein Erfolg Bismarcks. Die Erinnerung an die Zeit des Sozialistengesetzes bekundete sich späterhin nicht nur in der Erregung über das Maß der erlittenen Verfolgungen2 und in der Bewunderung der Widerstandskraft, die das Gros der Partei gegenüber dem Ausnahmegesetz aufgebracht hatte, sondern auch in der Angst vor der Wiederkehr dieser Zustände.³ Sie bestimmte durchgängig ihre Überempfindlichkeit gegenüber allen linksradikalen Strömungen in ihrer Mitgliedschaft, deren revolutionäre Politik einen Anlaß zur Erneuerung der Verfolgungen hätte geben können.

b. Die Wahlagitation der Sozialdemokratie

Ein vollständiges Bild von der Ideologie einer Partei kann nicht durch die Analyse ihrer grundsätzlichen, auf Parteitagen angenommenen Programme gewonnen werden. Sie muß ihre Ergänzung in einer Betrachtung jener Programme finden, mit denen die Partei, im Unterschied zu dem für die Mitgliedschaft bestimmten prinzipiellen Programm, an die breiteste Öffentlichkeit tritt. Während in den grundsätzlichen Programmen einer Partei das Vorbild für die allgemeine Weltanschauung ihrer Mitglieder niedergelegt ist, deren Leitsätze sehr wenig für die Kleinarbeit des Parteiapparates in den Parlamenten z. B. besagen, finden in den Wahlaufrufen, Wahlflugblättern usw. die Wechselwirkungen zwischen Partei und Umwelt ihren Niederschlag. »Die Wahlprogramme sind... die wahren Programme der Partei.«4

Ein Vergleich zwischen dem geheim verbreiteten Zentralorgan der Sozialdemokratie, dem »Sozialdemokrat« und den sozialdemokratischen Wahlaufrufen zu den Reichstagswahlen 1881, 1884, 1887 und 1890 würde unsere These über die Doppelfunktion der Sozialdemokratie als Partei des Proletariats und als oppositioneller Volkspartei verdeutlichen. Die Sprache des »Sozialdemokrat«, der sich an die politisch aktive Mitgliedschaft der Partei wandte, war eine viel radikalere als die der Wahlaufrufe. Diese richten sich an die Gesamtheit des »Volkes« und gleichen sich seinen allgemeinen Stimmungen an – um

seine Stimmen zu gewinnen. In ihnen wird die Sozialdemokratie als eine Volksbewegung dargestellt, die sich die Sympathien "aller Volksklassen mit alleiniger Ausnahme derer erobert, die ein persönliches Interesse an der Fortdauer der herrschenden Mißstände in Staat und Gesellschaft haben«5. Die Propaganda des Sozialismus im Interesse der überwiegenden Mehrheit des Volkes hat nun bei der Sozialdemokratie keineswegs die Bedeutung, die sie innerhalb des Marxismus hat. Nach der politischen Theorie von Marx und Engels liegt die Durchführung des Sozialismus zwar nicht nur im Interesse des industriellen Proletariats, sondern aller unterdrückten Volksschichten. Das Industrieproletariat ist jedoch der Träger des Sozialismus. Nur wenn seine Hegemonic innerhalb der antikapitalistischen Massenbewegung gewahrt bleibt, kann der Sozialismus verwirklicht werden.6 Für den Sozialdemokratismus jedoch führt die allgemeine Wendung an die Mehrheit des Volkes zu einer Interpretation des Begriffs der Arbeiterklasse, die vollkommen verschieden ist von der politischen Theorie des Marxismus. Ihre allgemeinste Formulierung ist in der bereits erwähnten Arbeit Liebknechts von 1880 enthalten. »Der Begriff der Arbeiterklasse«, führt Liebknecht in ähnlichen Wendungen wie bereits 18757 aus, »darf nicht zu eng gefaßt werden... Unter Arbeiterklasse ist also außer den Lohnarbeitern auch der Bauernstand und das dem Proletariat mehr und mehr verfallende Kleinbürgertum zu verstehen - das heißt alle, die unter dem System der heutigen Großproduktion leiden. Es wird freilich von einigen behauptet, das Lohnproletariat sei die einzige wirklich revolutionäre Klasse und stelle allein das Heer der Sozialdemokratie. - Was aus anderen Ständen und Klassen kommt, sei mit Mißtrauen zu betrachten. Zum Glück haben jedoch so unsinnige Anschauungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nie Anhang gefunden.«8

Gegenüber Engels, der davor warnte, den Vorstellungen und Wünschen der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu große Konzessionen zu machen und unbedingt den proletarischen Klassencharakter der Bewegung zu wahren (wir stoßen hier wiederum auf die Überschätzung der proletarischen Elemente im Gesamtbau der Sozialdemokratie durch Engels), gegenüber dieser Kritik des Marxismus hatte Bebel bereits 1879 Konzessionen an Kleinbürger und Bauern verteidigt, »die in den letzten Jahren in größerer Zahl sich uns angeschlossen und bei der letzten Wahl in manchem Bezirk die Ehre der Partei gerettet haben«9.

Der in den Anfängen der Sozialdemokratie bereits formulierte und seither nicht aufgegebene Standpunkt des »Volks«-Sozialismus kann mit Marx als ein demokratischer gekennzeichnet werden: »Die Demokraten (im Gegensatz zu den revolutionären Sozialisten. Br.) geben zu, daß eine privilegierte Klasse ihnen gegenübersteht, aber sie mit der ganzen übrigen Umgebung der Nation bilden das Volk. Was sie vertreten, ist das Volksrecht; was sie interessiert, ist das Volksinteresse.«¹⁰

Von dieser Plattform aus konnte die Sozialdemokratie eine Wahlpropaganda entfalten, die nichts weniger als proletarischsozialistisch war. Die Ziele der Partei wurden vor der öffentlichen Meinung in Formulierungen dargelegt, die verschwommener gehalten waren als die programmatischen Erörterungen der im Auslande und geheim tagenden Parteikongresse.¹¹

Gegenüber der Offentlichkeit wurde der »wahrhaft nationale« Charakter der sozialdemokratischen Politik hervorgehoben: »Das Wohl und die Ehre unseres Vaterlandes erheischen gebieterisch ein kräftiges Eingreifen des Volkes.«¹²

Mit Entrüstung wandte sich die Partei gegen den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit und des Terrorismus, der ihr von den Gegnern gemacht wurde. Die gelegentlichen »Sünden« der sozialdemokratischen Bewegung, d. h. radikale Äußerungen, wurden desavouiert. Die Sozialdemokratie sei zur Zeit des Erlasses des Sozialistengesetzes »die bestgeschulte und bestdisziplinierte und im öffentlichen Leben anständigste aller Parteien« gewesen. 14

Die Konkurrenz der Sozialdemokratie gegenüber den gegnerischen Parteien im Wahlkampf, der Stimmenfang, zeitigte derartige Abweichungen von den eigentlichen Prinzipien der Sozialdemokratie, wie wir sie in dem parteioffiziellen Aufruf zu den Reichstagswahlen 1887 finden:

*Das Programm der Sozialdemokratie genügt so vollständig den wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen des deutschen Bürgertums(!), soweit es von demokratischen Ideen durchdrungen ist, daß neben der Sozialdemokratie sich kein Platz mehr für eine sogenannte bürgerliche Demokratie findet.«¹⁵

Die »Verwischung des Klassencharakters der Bewegung« in der Wahlpropaganda, um einen Ausdruck von Engels¹6 zu gebrauchen, ist nicht nur mit der allgemeinen Wendung an das »Volk« gegeben. Sie dokumentiert sich in einer starken Berücksichtigung der Stimmungen und Interessen außerproletarischer Schichten. Ein Flugblatt der Partei zu den Wahlen von 1881 empfahl den sozialdemokratischen Kandidaten wie folgt:

»Wie sollte Habermann ein Umstürzler sein, wenn selbst der Kanzler des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, Versuche mit dem Programm der Sozialisten anstellt? Wenn selbst unser deutscher Kaiser in seinem Erlaß den sozialistischen Grundgedanken seinem Volke kundgibt, daß dem wirtschaftlich Schwachen Schutz gewährt werden müsse, also Schutz der Armut gegen die Macht des ausbeutenden Großkapitals? Wenn nun Habermann dasselbe will..., dann kann derselbe doch unmöglich ein »Umstürzler« sein. Und darum empfehlen wir Euch den Habermann.«¹⁷

Der Kandidat der Partei im Magdeburger Wahlkreise empfahl sich bei den Wahlen von 1887 als der »einzige« der Magdeburger Kandidaten, »welcher die berechtigten Forderungen auch des selbständigen Handwerkerstandes und Geschäftsstandes rücksichtslos vertritt... Wie sollte es auch anders sein, da er selbst diesem Stande angehört«.¹¹¹³ Solche krassen Zeugnisse können natürlich an und für sich nicht auf das Konto der Parteiführung gesetzt werden. Aber abgesehen von der Tatsache, daß in den offiziellen Wahlaufrufen der Partei ähnliche, wenn auch vorsichtigere Formulierungen zu finden sind, tritt in diesen Bekundungen des Alltags die praktische Realpolitik der Partei zutage. Nicht in den Thesen ihres prinzipiellen Programms, sondern in den kleinen Linien der alltäglichen Praxis ist der wahre Charakter einer Partei abzulesen. Nicht der »Glaube«, sondern das »Werk« entscheidet.

6. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen den »Anarchismus« unter dem Sozialistengesetz

Die Jahre 1879-1890 waren der Zeitraum, in dem in Deutschland eine anarchistische Bewegung die Offentlichkeit stark beschäftigte. Sie stellen diejenige Entwicklungsphase der deutschen Sozialdemokratie dar, in der sie sich in praxi mit dem Anarchismus auseinanderzusetzen hatte.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die anarchistische Bewegung jener Jahre in Deutschland, die als Reaktion auf die Verfolgungen der Arbeiterbewegung und auf das Versagen der Sozialdemokratie entstand, liefert einige interessante Erklärungsmomente für die Analyse der sozialdemokratischen Ideologie und ihres Unterschiedes gegenüber dem Marxismus.

a. Anarchismus, Marxismus und Sozialdemokratie

Eine prinzipielle, die theoretischen Grundlagen des Anarchismus allseitig kritisierende Auseinandersetzung zwischen dem marxistischen Lager (dies Wort hier in dem allgemeinsten Sinne der sich zu Marx bekennenden sozialistischen Strömungen verstanden) und den anarchistischen Bewegungen hat nie stattgefunden.

Die Kritiken Marxens an Stirner¹ und Proudhon² enthalten, obwohl aus ihnen wichtige Elemente für eine systematische Kritik des Anarchismus gewonnen werden können, nur die Widerlegung einzelner Seiten des Anarchismus. Die Polemiken Marx' und Engels'³ gegen Bakunin und dessen Anhänger richten sich gegen deren praktische Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und ihre organisatorischen Auffassungen. Sie betonen die ideelle Abhängigkeit dieser anarchokommunistischen Strömung vom Marxismus. (Es sind gerade einige vom Marxismus übernommene Elemente in der Theorie Bakunins, die die Erkenntnis der prinzipiellen Differenzen zwischen Anarchokommunismus und Marxismus erschweren.) Sie polemisieren gegen die bakunistischen Auffassungen über den Weg zum Sozialismus.⁴

Das wesentlichste Kennzeichen der sozialdemokratischen theoretischen Literatur über den Anarchismus (insbesondere der Arbeiten G. Plechanows⁵ und E. Bernsteins⁶ ist die Betonung des staatssozialistischen Charakters der Sozialdemokratie gegenüber dem Anarchismus. In der Kritik des anarchistischen Ideals der Staatslosigkeit richtet sie sich gegen den Marxismus selbst. Bereits in der theoretischen Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Anarchismus bekundet sich ihre pseudomarxistische Position.⁷

Wird die Begriffsbestimmung des Anarchismus allein aus dem allgemeinen Sprachgebrauch gewonnen, so wird die Problemstellung Marxismus–Anarchismus vollkommen verwirrt. Theorien, die in ihrem Wesen derart entgegengesetzt sind, wie z. B. der konsequente Anarchismus Stirners und der »freiheitliche Kommunismus«⁸ Kropotkins können sinngemäß Schattierungen einer Weltanschauung überhaupt nicht rubriziert werden. Eine tiefergreifende Untersuchung der gesamten unter dem Schlagwort »Anarchismus« üblicherweise begriffenen Ideen und praktischen Bewegungen würden den Nachweis erbringen, daß nur der sog. individualistische Anarchismus (Stirner, Tucker und Mackay, um seine bezeichnendsten Vertreter zu nennen) als Anarchismus angesprochen werden kann. Nur durch die Subsumierung des »antiautoritären« Kommunismus der auf Proudhon zurückgehenden Richtung Bakunin-Kropotkin unter den Anarchismus konnte das Mißverständnis entstehen, das Ideal der Staatslosigkeit als das wesentlichste und das einzige allen anarchistischen Richtungen gemeinsame Merkmal zu betrachten. Mit Recht hat der sog. Anarchokommunismus, der in erster Linie eine proletarische Bewegung, weniger eine abgezirkelte Theorie ist, seine kollektivistische Grundtendenz dem individualistischen Anarchismus gegenübergestellt. Mit Recht ist ihm von Mackay9 und Tucker10 der Titel des Anarchismus streitig gemacht worden. Bezeichnet

man den sog. Anarchokommunismus als Sonderrichtung des Anarchismus und gewinnt man auf diese Weise als einzige gemeinsame These aller anarchistischen Auffassungen und als ihr entscheidendes Postulat die Verneinung des Staates¹¹, so muß man natürlich den Marxismus, der ebenfalls den Staat »verneint«, unter den Anarchismus subsumieren. In der Voraussetzung des Beweises und in der Verschwommenheit der verwendeten Begriffe (»Verneinung« des Staates) ist bereits die Schlußfolgerung enthalten. Wir begnügen uns hier mit diesen allgemeinen Bemerkungen, um die Einwände anzudeuten, die gegen den Kelsenschen Versuch, die politische Theorie des Marxismus als eine anarchistische Theorie darzustellen¹², gemacht werden müssen.

Die Kritiken des Anarchokommunismus am Marxismus zeichnen sich durch die falsche Identifizierung von Marxismus und Sozialdemokratismus aus. Seine Polemiken gegen den vorgeblichen Staatssozialismus, Fatalismus und Evolutionismus des Marxismus treffen in Wirklichkeit nicht die Lehre Marx'-Engels', sondern nur ihre Interpretation durch die Sozialdemokratie. Erst der Nachweis der Vulgarisierung des Marxismus durch die Sozialdemokratie, mit dem der Bolschewismus in der internationalen Arbeiterbewegung auftrat, gestattet dies quid pro quo aufzuhellen.

b. Die Kritik der Sozialdemokratie an der anarchistischen Bewegung

Es kommt in diesem Zusammenhang nicht darauf an, ausführlich die unterschiedlichen Positionen von Marxismus, Sozialdemokratismus und Anarchismus in theoretischer Hinsicht zu bestimmen, und ebensowenig, die sog. anarchistische Bewegung in Deutschland zu schildern. Für die Betrachtung der Entwicklung der Sozialdemokratie ist unwichtig, was diese Bewegung in Wirklichkeit war. Der Charakter der Sozialdemokratie spiegelt sich in ihrem praktischen Verhalten zum »Anarchismus«, so wie er sich in ihrem Bewußtsein ausnahm.

Die anti-anarchistische Propaganda der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz richtete sich gegen zwei verschiedene Strömungen. Auf der einen Seite gewann in der Atmosphäre des Ausnahmegesetzes eine Richtung an Boden, die außerhalb der sozialdemokratischen Bewegung existiert. Ihr wesentlichstes Kennzeichen war die Losung der Propaganda durch die Tat¹³, für die Most¹⁴ nach seinem Übergang ins anarchokommunistische Lager warb. Die zweite rein antiparlamentarische Richtung befand sich innerhalb der Sozialdemokratie.

Von ihr konnte Bebel gelegentlich mit Recht sagen, daß es voll-kommen irreführend sei, sie als anarchistische Strömung zu bezeichnen. In erster Linie wandte sich die Sozialdemokratie allerdings gegen den Versuch der gegnerischen Parteien, die Anhänger der »Propaganda durch die Tat« als die konsequentesten Vertreter der sozialistischen Prinzipien und als die eigentlichen »Hintermänner« der Sozialdemokratie darzustellen.

In der berechtigten Verleugnung der von den Gegnern behaupteten Zusammenhänge zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie entwickelte und pointierte die Sozialdemokratie nun vorder öffentlichen Meinung aufs neue ihre sozialpazifistischen Auffassungen. Diese Abgrenzung gegenüber dem Anarchismus liefert jedoch die drastischsten Beispiele, um gleichzeitig die Unterschiede zwischen der politischen Theorie des Marxismus und dem Sozialdemokratismus zu veranschaulichen.

»Friedliche Lösung der sozialen Frage heißt Sozialdemokratie«16, betonte Liebknecht gegenüber den »unverschämten Lügen« der Urheber des Sozialistengesetzes, die der Sozialdemokratie das Ziel eines Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung unterstellten. 17 Die Sozialdemokratie sei der Auffassung, daß eine organische Entwicklung zum Sozialismus möglich sei. Eine wirkliche und ernste Sozialreform - und nur auf der Gründlichkeit der von ihr geforderten Reformen beruhe der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie¹⁸ sei das Ziel der Partei. Die gewaltsame Revolution, betonten die Kundgebungen der Partei, insbesondere ihre Aufruse zu den Reichstagswahlen, lehne die Partei ab. »Gerade weil wir Revolutionäre sind, d. h. die gründliche Ausrottung der vorhandenen Mißstände... wollen, sind wir prinzipielle Gegner von Putschen und sonstigen Gewalttätigkeiten, die in einem Kulturlande wie Deutschland keinen Zweck haben.«19 Der Gedanke der gewaltsamen Revolution als Beginn der Lösung der innerhalb des Kapitalismus aufgehäuften Widersprüche sei ein »Fetisch für die anarchistischen Gewaltanbeter 20. Die friedliche Verwirklichung des Sozialismus sei nur dann unmöglich, wenn »die Machthaber kurzsichtige Verbrecher sind«21. Verständige Regierungen könnten jede Gewaltanwendung durch die Arbeiterbewegung vermeiden. Die wahren »Umstürzler« seien die Urheber des Sozialistengesetzes²², die durch Gewaltmaßnahmen und den »Boykott gegen die Sozialdemokratie« die anarchistische Gefahr heraufbeschwören. Die einzige Bürgschaft für eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus sei die Einführung eines, im Gegensatz zu dem »gefälschten allgemeinen Stimmrecht« der Reichsverfassung²³ ohne Vorbehalte gehandhabten, allgemeinen und direkten Wahlrechts und die Aufhebung jeglicher Ausnahmegesetzgebung. Die »Rechte des Volkes« könnten auf friedlichem Wege durchgesetzt werden. »Unter normalen Verhältnissen, d. h. wenn der Äußerung des Volkswillens, wenn der Agitation und der Propaganda keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, ist das allgemeine Stimmrecht hierzu die naturgemäße Waffe. Wenn aber dem Volke der Gebrauch dieser Waffe beschränkt oder gar verwehrt wird, dann muß es andere Waffen benutzen, und erforderlichenfalls andere Waffen sich schmieden.«24 Das allgemeine Wahlrecht sei zugleich die demokratischste und konservativste Einrichtung - »das Wort konservativ in seinem echten, ursprünglichen Sinne gebraucht: staatserhaltend, d. h. den Staat vor gewaltsamem Umsturz bewahrend«25. Das »ehrlich gehandhabte« allgemeine Stimmrecht setze an die Stelle der »Agitation der Barrikaden« die friedliche Propaganda des Sozialismus. Seiner sittlichen Macht gegenüber enthülle sich die Gewalt als ein Kampfmittel barbarischer Nationen, als »reaktionärer Faktor«26.

Der einzige Schutz von Staat und Gesellschaft vor dem Anarchismus sei die Sozialdemokratie.²⁷

»Seit Jahren wandelt das rote Gespenst durch Europa, verbreitet Schrecken, lähmt die gesunde Entwicklung.« Den durch die Empörung des Volkes heraufbeschworenen Katastrophen zu entgehen, sei »auch ein Interesse der oberen Klassen, die dadurch den Gefahren eines allzerstörenden Ausbruchs vulkanischer, durch Not und empörtes Rechtsgefühl angefachter Leidenschaften entgehen «28. »Wer also die Sozialreform will, « so schließt der Wahlaufruf der Sozialdemokratie zu den Reichstagswahlen von 1884, »wer durch die wirkliche Sozialreform einer sozialen Katastrophe vorbeugen will, und wer da nicht will, daß durch politische Ausnahmegesetze und zweifelhafte soziale Experimente unser Vaterland zugrunde gerichtet werde, der stimme bei der bevorstehenden Reichstagswahl für die Kandidaten der Sozialdemokratie. «29

Wir haben, um das praktische Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der anarchistischen Bewegung zu dokumentieren, vorwiegend Zitate aus den Wahlaufrufen der Partei gegeben. Obgleich in ihnen manche Zuspitzungen in der Formulierung enthalten sind, die auf das Konto der Berücksichtigung der "öffentlichen Meinung" gesetzt werden müssen, so entsprechen sie doch, wie die eingestreuten Stellen aus der parteioffiziellen Broschüre Liebknechts beweisen, den Auffassungen der Parteiführung. Sie enthalten keine theoretische Auseinandersetzung mit dem Anarchismus, zu der ohnehin die damalige Sozialdemokratie wie ihr "Schulmeister" Liebknecht nicht in der Lage gewesen wären. Ihr staatssozialistischer Charakter³⁰ geht, selbst wenn man die "Volksstaat"-Losung des Gothaer Pro-

gramms unberücksichtigt läßt, aus diesen Zeugnissen zur Genüge hervor.

7. DER DAMPFERSUBVENTIONSSTREIT UND DIE ANTIPARLAMENTA-RISCHE STRÖMUNG IN DER SOZIALDEMOKRATIE

a. Der Beginn der Kolonialpolitik und die Sozialdemokratie

Über das praktische Verhalten der Abgeordneten der Partei in den Parlamenten, über Wesen und Grenzen ihrer Aufgaben wurde während der ganzen Zeitdauer des Sozialistengesetzes ein Kleinkrieg zwischen der radikalen Mitgliedschaft und einigen sie vertretenden Führern auf der einen und der Mehrheit der Abgeordneten auf der anderen Seite geführt. Wir erwähnten bereits einige Kritiken an dem Verhalten der Reichstagsfraktion zu entscheidenden Fragen (Schutzzollpolitik; Vaterlandsverteidigung) in den Jahren 1878-81. Ihren Höhepunkt erreichten diese innerparteilichen Auseinandersetzungen in dem Streit um die Dampfersubventionsfrage, mit dem die Partei auf die Kolonialpolitik Bismarcks reagierte. Diese Debatten nahmen eine solche Schärfe an, daß sie fast zu einer Spaltung der Partei führten.¹

Die 80er Jahre stellen den Beginn der deutschen Kolonialpolitik dar. Im ersten Jahre des Sozialistengesetzes – 1879 – setzte die Kolonialpropaganda der Fabri, v. Weber und Jannasch erfolgreich ein. 2 1880 wurde im Reichstag die erste kolonialpolitische Vorlage, die Samoavorlage, eingebracht. Ihr folgten 1884-85 die ersten Dampfersubventionsvorlagen, die die staatliche Subventionierung privater Postdampfschiffslinien nach Ostasien, Australien und Afrika bezweckten. 1884/85 wurden die ersten deutschen Kolonien – Deutsch-Südwestafrika und Neuguinea – erworben, denen bald darauf Kamerun, Togoland und Ostafrika folgten.

Die Politik, die die Sozialdemokratie gegenüber diesen neuen Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands befolgte, gewann ihre Kriterien nicht aus den Gedankengängen des Marxismus. Für eine Wirtschaftspolitik im Marxschen Sinne wäre mit dem Übergang Deutschlands zur imperialistischen Politik ein ähnlicher Wendepunkt gegeben gewesen wie durch den Krieg 1870/71 in der Kriegsfrage. Wie die Ereignisse dieser Jahre die Anzeichen dafür waren, daß das Bürgertum die Führung der Nation übernommen hatte und stark genug geworden war, um die Unterstützung des Proletariats im Kampf gegen die feudalen Schichten entbehren zu

können, so war der Übergang Deutschlands zur imperialistischen Politik der Beweis dafür, daß die Bourgeoisie fortan ihre historische Aufgabe, die Produktivkräfte im Rahmen des Kapitalismus zu entfalten, aus eigenen Kräften durchführen konnte. Die Arbeiterklasse konnte nun auch in dieser Hinsicht darauf verzichten, die mächtigste - und bisher fortschrittliche - unter den gegnerischen Klassen zu unterstützen, ohne die Entwicklung zum Sozialismus zu gefährden. Es war nun sichtbar, daß der deutsche Produktionsapparat genügend erstarkt war, um selbständig auf dem Weltmarkt auftreten zu können. Die Reserven des inneren Marktes waren so stark aufgearbeitet worden, daß eine Höherentwicklung des deutschen Kapitalismus von der Erschließung äußerer Märkte abhängig war. Ein starkes Proletariat hatte sich mit der Industrie entfaltet. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse hatte also einen solchen Grad erreicht, daß nun – analog der prinzipiell negativen Außenpolitik, die Marx seit Ende 1870 der deutschen Arbeiterbewegung empfohlen hatte, - für eine sozialistische Partei im Marxschen Sinne eine prinzipiell negative Haltung zu den Fragen der Wirtschaftsleitung durch das Bürgertum geboten war. Marx hatte, soweit er eine positive Entscheidung des Proletariats in den wirtschaftspolitischen Kämpfen seiner Klassengegner für notwendig hielt, diese Entscheidung davon abhängig gemacht, ob die in Frage stehenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen notwendig seien zur Herausbildung und Verselbständigung einer nationalen Industrie und damit zur Entstehung des industriellen Proletariats.3 Diese Kriterien konnten, seitdem sich die deutsche Industrie verselbständigt hatte und als starker Konkurrent auf dem Weltmarkte auftrat, seitdem sich eine selbständige Arbeiterbewegung gebildet hatte, für Deutschland keine Geltung mehr haben.

Die wirtschaftliche Verselbständigung der nationalen Bourgeoisie einmal vollzogen, war es innerhalb des Kapitalismus ausschließlich ihre Aufgabe, die Produktivkräfte zu entfalten. Die Rolle der proletarisch-revolutionären Partei mußte sich darauf beschränken, die Rückwirkungen dieses im Sinne der Entwicklung zum Sozialismus fortschrittlichen Prozesses auf das Proletariat (Verelendung, Trübung des Klassenbewußtseins proletarischer Schichten durch Beteiligung an den kolonialen Profiten usw.) zu bekämpfen und den Sturz der Kapitalisten-klasse vorzubereiten.

Diese Konsequenzen des Marxschen Systems⁴ brachte späterhin die marxistische Linke in der Sozialdemokratie um Karl Radek und Rosa Luxemburg in ihrer prinzipiellen Negation der imperialistischen Politik zum Ausdruck. In den 80er Jahren zeichnete sich der Beginn der neuen wirtschaftlichen Epoche erst in schwachen Umrissen im Bewußtsein der Beteiligten ab. Die dargestellte dialektische Auffassung konnte erst in einer späteren Phase der Arbeiterbewegung wieder gewonnen werden. Vorderhand blieben die Kriterien einer innerlich abgelaufenen Epoche weiter in Geltung, obwohl ihre materielle Basisgeschwunden war.

Auch in der Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (und dies gilt in der späteren Zeit auch für die wirtschaftspolitischen Ideen des parteiführenden Zentrums) zeigte sich in ähnlicher Weise wie in ihrer Haltung zum Parlamentarismus z. B., daß die Motive ihrer Politik aus der Ideenwelt der bürgerlichen Demokratie gewonnen waren. Das Kriterium ihres Verhaltens zu wirtschaftspolitischen Fragen war das Ideal des Fortschritts. Sie betrachtete sich als eine »eminent zivilisatorische Partei... die allen Anlaß hat, die Keime der Zivilisation zu pflegen, die sich schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können«⁵. Ihr Ideal war der »freie Völkerverkehr«. »Die verschiedenen Völker sollen in friedlichem Wettbewerb das Werk der Zivilisation fördern, und jede Abschließung einer Nation von der anderen ist ein Hemmnis des Fortschritts.«⁶

Dieser »zivilisatorische« Standpunkt war bereits in den Erörterungen der Sozialdemokratie über das Bismarcksche Schutzzollsystem 1878/79 zutage getreten. Die Differenzen zwischen den Parteiführern, die in Freihändler und Schutzzöllner gespalten waren, ergaben sich aus der verschiedenen Beurteilung des Wertes der Bismarckschen Schutzzollpolitik für die Entfaltung der Industrie. »Ob durch einen Schutzzoll Bismarck eine Reihe von Millionen erhielt oder nicht, war für uns gänzlich indifferent, wenn wir zu der Ansicht gekommen wären, daß ein Schutzzoll unter den gegebenen Verhältnissen für die Industrie (!) notwendig gewesen wäre. In dieser Ansicht waren wir geteilt.«7 Die Resolution des Gothaer Kongresses 1877, die die Frage Schutzzoll oder Freihandel für eine »interne Frage der Bourgeoisie« erklärte, war keine Ablehnung jeglicher positiven Stellungnahme zu den Fragen der kapitalistischen Wirtschaftsführung aus prinzipiellen Gründen, sondern ein Kompromiß der verschiedenen Richtungen in der Partei und eine » Inkompetenzerklärung «8.

In der Dampfersubventionsfrage war die Partei prinzipiell bereit, durch ihre Zustimmung im Parlament alle Maßnahmen zu billigen, die der Entwicklung von Handel und Industrie förderlich sein konnten. Die Ablehnung der Bismarckschen Kolonialpolitik wurde nicht, wie später von der marxistischen Linken, damit begründet, daß die Kolonialpolitik als eine aus den allgemeinen Tendenzen des kapitalistischen Systems notwendig entspringende Expansionspolitik bekämpft werden müsse. Wie späterhin von Kautsky wurde die Kolonialpolitik mit der Begründung abgelehnt, daß sie, nur im Interesse feudaler Schichten und einzelner Kapitalistengruppen gelegen, unrentabel und irrationell vom Standpunkte der bejahten Entfaltung der Produktivkräfte durch die gesamte Bourgeoisie sei. Die Sozialdemokratie lehnte in den 80er Jahren bereits die Erwerbung von Kolonien nur deshalb ab, weil sie abenteuerlich sei und einen höchst fraglichen Nutzen für die gesamte deutsche Industrie darstelle.⁹

Die Debatten, die in der Sozialdemokratie 1885 um die Bismarcksche Dampfersubventionsvorlage entbrannten, waren denn auch keine Auseinandersetzungen über die Bejahung oder Verneinung einer positiven Wirtschaftspolitik überhaupt. Sie drehten sich um die Frage, ob die von der Reichsregierung zu subventionierenden privaten Postdampfschiffslinien notwendig seien für die Entfaltung der Industrie oder nicht. Die Warnungen Engels', in den parlamentarischen Debatten in allen ökonomischen Fragen, die die Wirtschaftsführung durch die Bourgeoisie betreffen, keinesfalls aus der reinen Negation herauszutreten¹⁰, waren unbeachtet geblieben.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war nun bereit, dem Regierungsprojekt zuzustimmen, falls der Nachweis geliefert würde, daß seine Ausführung dem Handel und der Industrie förderlich wäre. Wenn in der Fraktion Einigkeit darüber bestand, daß die »abenteuerliche« Kolonialpolitik Bismarcks nicht unterstützt werden dürfe, so bekannte sich die Fraktionsmehrheit jedoch zu der Auffassung, daß sich unter den von Bismarck vorgeschlagenen Postdampferlinien auch solche befänden, die mit der Kolonialpolitik keine Berührung hätten und nur dem Zweck dienten, den internationalen Verkehr zu fördern. Für diese Linien müsse die Sozialdemokratie stimmen, da sie ein Interesse daran habe, den Weltverkehr zu Hinzu kam die Berücksichtigung partieller Arbeiterinteressen. Aus den Kreisen der Schiffszimmerer und verwandter Berufe in Hamburg wurde energisch die Subventionierung der Postdampferlinien gefordert, um durch die Erteilung von Schiffsbauaufträgen die Arbeitslosigkeit im Schiffsbau zu beheben. 12

Die Minderheit in der Fraktion¹³ lehnte die Dampfersubventionsvorlage von vornherein mit der Begründung ab, sie bedeute eine Belastung der Steuerzahler. Der Seehandel sei auch ohne Subventionen groß geworden. Die Vorlage hänge innerlich mit der Bismarckschen Wirtschaftspolitik zusammen und bringe Tarifbildungen und Krisen im internationalen Handel mit sich.¹⁴

Die Kämpfe innerhalb der Führerschaft über die Dampfersubventionsvorlage waren also, wie Mehring¹⁵ mit Recht hervorhebt, keine prinzipiellen, sondern rein taktische. Beide Seiten befürworteten eine der Entfaltung der Wirtschaft dienende Politik. Beide Seiten lehnten die Bismarcksche Kolonialpolitik als den Interessen der gesamten deutschen Industrie widersprechend ab. ¹⁶ Eine Streitfrage war nur, ob die Dampfersubventionen mit der Kolonialpolitik in Zusammenhang stünden.

Nur eine Resolution der deutschen Sozialisten in Zürich wandte sich gegen die Dampfersubventionsvorlage aus taktischen und prinzipiellen Gründen: »Nach den Zollkriegen... ist für die heutigen Staats- und Wirtschaftspolitiker die Gründung überseeischer Kolonien das letzte Auskunftsmittel aus der Anarchie der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände.« Die Kolonialpolitik müsse bei dem in Deutschland herrschenden System der indirekten Steuern fast ausschließlich von der Arbeiterklasse bezahlt werden. Die Dampfersubventionen schüfen nur die notwendigen Vorbedingungen für die Kolonialpolitik. »Für alle diese Opfer erhalten die Arbeiter nur das leere Versprechen auf künftigen Arbeitszufluß.« Die Zustimmung zur Dampfersubvention und damit zur Kolonialpolitik sei ein »widersinniges Schachergeschäft, ... es widerspricht der Würde der Partei und schließt auf der anderen Seite eine Anerkennung des heutigen Systems der Beraubung der arbeitenden Klassen um ihren Arbeitsertrag in sich«. Eine solche Politik bedeute »nur eine Verschleppung der Lösung der sozialen Frage« ¹⁷.

Von dieser Kundgebung abgesehen, die zwar den Anstoß zur Erörterung der Dampfersubvention in der gesamten Mitgliedschaft gab, mit ihren prinzipiellen Auffassungen über die Kolonialpolitik jedoch nicht durchdrang, blieben die wirtschaftspolitischen Erörterungen in diesem Streit im Rahmen taktischer Auseinandersetzungen. 18

Da die Bedingungen, unter denen die Mehrheit der Fraktion bereit war, für die Dampfersubventionsvorlage zu stimmen, (Einrichtung der Postdampferlinien nur mit neuen, auf deutschen Werften zu bauenden Schiffen; Ablehnung der afrikanischen und der Samoalinie, »weil hier ein fördernswerter Handel kaum vorlag und nur koloniale Hoffnungen in Frage kamen«)¹⁹, stimmte die gesamte Fraktion notgedrungen geschlossen gegen die Vorlage. Wie wenig innerhalb der Führerschaft prinzipielle Differenzen im Spiel waren, beweist die Tatsache, daß in der Reichstagssession 1885/86 die gesamte Fraktion ohne Debatten dem Bau des Nord-Ostseekanals zustimmte.

b. Die Tätigkeit der Partei in den Parlamenten und die antiparlamentarischen Stimmungen in der Mitgliedschaft

Den Kernpunkt der in der Parteimitgliedschaft geführten Debatten über die Dampfersubventionen bildeten nicht die Regierungsvorlage und die Kolonialpolitik, sondern die Einschätzung der Arbeit im Parlament und die Stellung der Reichstagsfraktion in der Gesamtpartei. Bei der Fraktion lag während des Sozialistengesetzes, wie wir bereits ausführten, die Führung über die Partei. Nach den Wahlen von 1884 ergab sich eine Zusammensetzung der parlamentarischen Vertretung der Partei, die zwar der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft, aber nicht ihrer Mitgliedschaft entsprach. In ihr hattte der rechte Flügel der Partei seinen Hauptstützpunkt. Sein Kampf gegen das radikale Gros der Mitgliedschaft und gegen die Führergruppe um den »Sozialdemokrat« nahm solche Formen an, daß sich innerhalb der Reichstagsfraktion ein besonderes organisatorisches Zentrum der Rechten herausbildete.²⁰

Die innerparteilichen Debatten gerieten erst in Fluß, als die Mehrheit der Reichstagsfraktion gegen die Kritik ihrer Haltung zur Dampfersubventionsvorlage durch den »Sozialdemokrat« und seine Arbeiter-Korrespondenten zu Felde zog. In einer Erklärung²¹ machte sie dem Zentralorgan der Partei das Recht streitig, die Haltung der Fraktion zu kritisieren. »Nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat.« Daraufhin setzte ein Entrüstungssturm gegen »die Fraktion und ihre Diktaturgelüste« ein. Die Mitgliedschaften sämtlicher Gruppen der Partei im Auslande und aller größeren Industriestädte wandten sich gegen eine derartige »Bevormundung der Gesamtpartei«.²²

Ihren schärfsten Ausdruck fanden diese antiparlamentarischen Stimmungen in einem Aufruf der Frankfurter Sozialdemokraten²³, der nach der Meinung der Redaktion des »Sozialdemokrat« das Maß der zulässigen Kritik weit überschritt: »Schon der Beginn der parlamentarischen Tätigkeit unserer Abgeordneten gestaltete sich zu einer tiefen Verletzung unserer revolutionären Prinzipien.« Die Haltung der Fraktion bedeutete die Anerkennung des Parlaments, »während doch jeder Genosse der Überzeugung ist, daß wir keine Mitkomödianten, sondern Kritiker in diese Komödie senden«. Es seien »Reden gehalten worden, die einem Volksparteiler, welcher die Konsequenzen seiner eigenen Prinzipien fürchtet, alle Ehre machen würden, nur einem Sozialdemokraten nicht«. Die Beschlüsse der Fraktion im Dampfersubventionsstreit, Ausdruck einer Verselbständigungstendenz der Fraktion, seien Ausdruck einer »opportu-

nen Oppositionspolitik«. »Es hat eine Verschiebung zwischen dem Kern der organisierten Parteigenossen einerseits, und den Abgeordneten andererseits, stattgefunden.«

»Während die Genossen in ganz Deutschland, in allen Ländern, müde des unwürdigen Druckes, mit eiserner Energie daran arbeiten, eine Armee zu schaffen, die Proletarier zu organisieren, um im kommenden Augenblicke die Menschheit mit Gewalt von der Gewalt zu befreien, scheinen sich unsere Abgeordneten mehr und mehr mit den Vertretern der heutigen Gesellschaft in Verhandlungen einzulassen und sich mit diesen auszusöhnen... Wir können mit dem Minister Puttkammer konstatieren, daß tatsächlich das Sozialistengesetz anfängt, seine erzieherische Wirkung auszuüben; unsere Abgeordneten sind schon sehr zahm geworden.«

Zur Zeit, als dieser Aufruf erschien, war der Opposition gegen die Fraktion bereits die Spitze abgebrochen. Zwischen der Redaktion des »Sozialdemokrat« und der Reichstagsfraktion war ein Kompromiß zustande gekommen.²⁴ Die Fraktionsmehrheit konnte mit Recht feststellen, daß das wichtigste an dieser Vereinbarung »die förmliche Anerkennung des Rechts der Kontrolle des Parteiorgans durch die Fraktion war«²⁵.

Die antiparlamentarischen Stimmungen der Parteimitgliedschaft, die hier in so überaus scharfer Weise zum Ausdruck gekommen waren, verschwanden auch in den nächsten Jahren nicht.

Sie bekundeten sich besonders deutlich, als für die Partei der Eintritt und die Mitarbeit an dem auf dem Dreiklassenwahlrecht aufgebauten preußischen Landtag und die Beteiligung an Kommunalwahlen auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die Kritiken an der Intensivierung der realpolitischen Praxis der Partei mit der Teilnahme an diesen politischen Vertretungskörperschaften gingen von der Berliner Mitgliedschaft aus, die sich eine besondere illegale sog. Innere Organisation geschaffen hatte.

Der Redakteur des Organs dieser Richtung, der »Berliner Volkstribüne«26, der damalige Radikale Max Schippel, entwickelte in einem vielbeachteten Artikel »Die Arbeiter, der Parlamentarismus und die bürgerlichen Parteien in Deutschland«27 und in einem Gutachten zu den Berliner Kommunalwahlen²8 den Standpunkt der Opposition: Das Verhalten der Partei in den Wahlen dürfe nicht durch die Erwägung beeinflußt werden, wieviel Mandate zu erlangen seien. Die Partei habe »in aller absehbaren Zeit« vom Parlamentarismus sehr wenig zu erwarten. »Die Zahl der parlamentarischen Mandate... gewinnt Bedeutung für uns nur dadurch, daß sie mehr oder weniger Leuten gestattet, durch das offene Fenster des Reichs-

tages ... hinaus zum Volke zu reden und dessen schlummerndes Selbstbewußtsein zu wecken.«

Die Teilnahme der Sozialdemokratie an dem auf dem Dreiklassenwahlrecht aufgebauten preußischen Landtag müsse schon aus radikal-demokratischen Erwägungen heraus abgelehnt werden. Die Partei müsse sich auf die Agitation während der Landtagswahlen beschränken. In ähnlicher Weise begründete Schippel die Ablehnung der Mitarbeit von Sozialdemokraten in Gemeindevertretungen.

In seiner Kritik der Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei, die die Parteileitung in Übertretung eines Beschlusses des St. Gallener Parteitages bei den Reichstagswahlen von 1887 eingegangen war, forderte Schippel die »unbedingte Ablehnung jeder aktiven oder passiven Unterstützungen der Bourgeoisieparteien« und Herausarbeitung des proletarischen Klassenstandpunktes in den Wahlen.

Ihren deutlichsten Ausdruck fanden diese gegen die Überschätzung des Parlamentarismus gerichteten Stimmungen nach dem Fall des Sozialistengesetzes in der Opposition der »Jungen«. Die praktische Realpolitik der Partei konnten sie nicht ernsthaft gefährden.

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes und die Sozialdemokratie

a. Das Erfurter Programm

In den mit dem Fall des Sozialistengesetzes verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen der Jahre 1890/92 wurden die Motive der inneren Parteigeschichte unter dem Ausnahmegesetz noch einmal in gedrängter Themenführung zusammengefaßt und entsprechend der neuen Situation variiert.

In der Oppostion der sogenannten »Jungen« kamen alle jene Momente zur Geltung, die die Kennzeichen der radikalen Opposition unter dem Sozialistengesetz waren: Ihr Antiparlamentarismus; ihr Kampf gegen die oligarchischen Tendenzen des Parteiapparates, gegen das »Kleinbürgertum« in der Partei.

In der von dem früheren Radikalen Vollmar ab 1890 propagierten realpolitischen Taktik² waren die Gedankengänge des rechten Flügels der Partei unter dem Sozialistengesetz zusammengefaßt.

Um abschließend die Entwicklung der politischen Ideologie der Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes zu kennzeichnen, begnügen wir uns mit einigen flüchtigen Hinweisen auf das auf dem Parteitage zu Erfurt 1891 angenommene neue Parteiprogramm.³

Ein Vergleich der politischen Auffassungen, die in den Kundgebungen und Aktionen der Partei unter dem Sozialistengesetz zum Ausdruck kamen, mit der politischen Theorie Lassalles beweist ohne weiteres, wie sehr jene allgemeinen Prinzipien in Geltung blieben, die die Grundmomente des Lassalleanismus bilden. Die Konzeption des Begriffs der Arbeiterklasse; die Stellung zum Parlamentarismus; die Revolutionstheorie; die Ablehnung des »Anarchismus«; in summa: der demokratische, sozialpazifistische Staatssozialismus der Sozialdemokratie, – sie alle gehen letzten Endes auf Lassalle zurück.

Dem scheint auf den ersten Blick die Tatsache zu widersprechen, daß sich die Sozialdemokratie, indem sie die Bilanz des Sozialistengesetzes zog, ein Programm gab, das lange Zeit als das marxistische Programm einer proletarischen Musterpartei angesehen wurde.

Es ist also ein eigentümlicher Widerspruch in der Ideologie der Sozialdemokratie zu verzeichnen. Einerseits muß festgestellt werden, daß die Grundmomente der politischen Theorie Lassalles »die eigentlichen Richtlinien für die praktische Realpolitik der deutschen Sozialdemokratie geblieben sind«⁴. Andererseits schuf sich die Sozialdemokratie mit dem Erfurter Programm ein theoretisches Bekenntnis, das seine Sätze aus dem System des Marxismus bezog.

Eine Analyse des Erfurter Programms kann jedoch zeigen, wie dieser Widerspruch in dem Gehalt und in der Gliederung des neuen Parteiprogramms selbst zum Ausdruck kommt. Zwischen dem theoretischen Teil, der die Bewegungsgesetze des Kapitalismus und die allgemeinsten Ziele der Sozialdemokratie formuliert, und dem zweiten Teil, der die politischen Forderungen der Sozialdemokratie an den Staat und ihre Teilforderungen zum Schutz der von ihr vertretenen Schichten in der Gegenwart enthält, besteht – wie von mehreren Kritikern der Sozialdemokratie festgestellt worden ist⁵ – kein geistiges Band. In der Tat finden in dem zweiten Teil des Erfurter Programms alle jene Losungen ihren Niederschlag, die die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung vertrat.

Auch in den theoretischen Auffassungen des Erfurter Programms jedoch, wie sie in seinem ersten Teil niedergelegt sind, läßt sich das Fortleben lassallischer Denkelemente nachweisen.

Der Hauptunterschied des Erfurter Programms gegenüber dem Gothaer liegt in der endgültigen Verabschiedung einiger »spezifisch«-lassallischer Schlagworte (»Die eine reaktionäre Masse«; das Eherne Lohngesetz usw.) und in der scheinbar marxistischen Begründung der Parteiziele.

Das Erfurter Programm stellte nur insofern die Bilanz der unter dem Sozialistengesetz durchlaufenen Entwicklung dar, als sich in dieser Zeit herausgestellt hatte, daß das Gothaer Programm »theoretisch nicht mehr auf der Höhe war«6. Dem Bewußtsein des stärker gewordenen deutschen Proletariats, dessen Anwachsen sich in einigen Momenten der Parteiideologie unter dem Sozialistengesetz widerspiegelte, entsprach das bisherige Programm nicht mehr.

Die Verbreitung einer Reihe von Schriften Marxens und Engels' unter dem Sozialistengesetz, die Propaganda eines Sozialismus, der sich bemühte, in marxistischem Geiste zu denken, und durch eine Gruppe von Theoretikern um die seit 1883 erscheinende »Neue Zeit« Kautskys vertreten wurde⁷, hatten das theoretische Niveau der Gesamtpartei soweit erhöht, daß ihr die »spezifisch«-lassallischen Elemente des Gothaer Programms nicht mehr genügten. Die Partei war über jene Phase hinausgewachsen, in der sie mit dem theoretischen Rüstzeug, das ihr die ökonomische Theorie Lassalles und seine allgemeinen weltanschaulichen Grundsätze lieferten, ausgekommen war.

Während für die Bedürfnisse des täglichen Kampfes, insbesondere der Wahlpropaganda, die lassallische Ideologie aus der Zeit vor 1878 ausreichte, mußte im Gefolge der Stärkung des Klassenbewußtseins der proletarischen Anhänger der Partei und der Erhöhung ihres theoretischen Niveaus der bisherige theoretische Überbau dieser Praxis gesprengt werden. In die vom Marxismus bezogenen Denkformen, die die Partei an seine Stelle setzte, wuchs sie in ihrer Gesamtheit erst allmählich hinein.

Der theoretische Teil des Erfurter Programms als wissenschaftlicher Katechismus für die Mitgliedschaft der auf dem Parteitag zu Halle 1890 neu geschaffenen Organisation war zur Zeit seiner Annahme nur die Zusammenfassung des geistigen Besitztums einer dünnen Oberschicht der Partei, die sich um die »Neue Zeit« gruppierte. Bei ihrer Annahme war diese Sammlung von theoretischen Thesen weder von dem Bewußtsein der gesamten Mitgliedschaft noch dem der gesamten Führerschaft⁸ verarbeitet. Sie war eine der Bewegung erst gesetzte, erst von ihr zu erringende theoretische Plattform, die sehr wenig über die eigentlichen Bewußtseinsinhalte der Partei besagte. Sie war die Vorwegnahme einer geistigen Entwicklung.

Diese Vorbehalte, die sich auf die Größe des Personenkreises beziehen, dem das neue Programm bei seiner Annahme bereits in Fleisch und Blut übergegangen war, einmal gemacht, muß gesagt werden, daß sich die Rezeption des Marxismus durch die Sozialdemokratie, so wie sie im theoretischen Teil des Erfurter Programms kodifiziert wurde, in den Grenzen vollzog, die ihr durch den Charakter der Sozialdemokratie gesetzt waren. Wenn für die in der Parteipraxis sich bekundenden politischen Auffassungen, wenn auch unbewußt, der Lassalleanismus entscheidend blieb, so lieferte er auch die Elemente, aus denen sich ihre allgemeine Ideologie aufbaute.

Das Eindringen marxistischer Ideen in die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz vollzog sich nur sehr allmählich. Keineswegs alle Schriften von Marx und Engels standen in ihrem Blickfelde. Außerdem konnte eine Reihe der in diesen Schriften entwickelten Auffassungen die Zensur nicht passieren, die der demokratische Staatssozialismus der Sozialdemokratie in den Köpfen der Marxbekenner aufgerichtet hatte.

In der fatalistisch-mechanistischen Interpretation der Marxschen Geschichtsphilosophie durch die Sozialdemokratie zeigt sich besonders deutlich, daß die Rezeption des Marxismus innerhalb der Bewußtseinsschranken des Lassalleanismus vor sich ging. Die Verfasser des Erfurter Programms interpretierten die Gesetze des »reinen« Kapitalismus der Marxschen Theorie, von Marx konzipiert als in der Empirie mannigfach modifizierte, letzte Bewegungsprinzipien des kapitalistischen Systems, als unbeschränkt gültige und ohne Gegentendenzen wirkende Gesetze. Die ökonomischen Lehren des Marxismus wurden von ihnen schematisiert. Sie betrachteten die tendenziellen Gesetze des Marxschen »Kapitals« als absolute. Die Schematisierung der Ökonomie, ihre Darstellung in absolut gedachten Gegensätzen (unauslöschlicher Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit; der große Unternehmer verschlingt den kleinen; Herausbildung des großen Heerlagers der »Enterbten« gegenüber den an Zahl stets geringer werdenden »Ausbeutern«, die sich mit - wörtlich verstandener - »Naturnotwendigkeit« vollzieht), gestattete zwar eine äußerst wirkungsvolle Agitation, wurde jedoch der Dialektik des wissenschaftlichen Sozialismus Marxens nicht gerecht. Diese abstrakten Formulierungen vermengten sich in der alltäglichen Agitation leicht mit Lassalles naturrechtlichen Argumenten und deren weitgehender Vereinfachung der ökonomischen Welt (Idee des vierten Standes und - Ehernes Lohngesetz).

Rein textkritisch läßt sich bereits nachweisen, daß in den ersten vier Absätzen des Erfurter Programms, die die Entwicklung des Kapitalismus darzustellen versuchen, bestimmte Sätze aus dem I. Bande des Marxschen »Kapital« und aus dem Antidühring Engels' in stark verkürzter Fassung übernommen und in zugespitzter Formulierung miteinander verbunden worden sind.

Interpretiert also das Erfurter Programm die von Marx aufgefundenen Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der fatalistischen Weise Lassalles, so erscheint der »Zusammenbruch«
des Kapitalismus und der Übergang zum Sozialismus mechanistisch als Auswirkung einer geheimnisvollen Macht über die
Köpfe der Menschen hinweg, die nach Marx die Geschichte,
wenn auch teilweise unbewußt, machen. Auf diese Weise wird
mit einem Katastrophenpunkt der Entwicklung gerechnet, der
abgewartet werden muß. Die einzige Vermittlung zwischen
Endziel und alltäglicher Praxis besteht in der Stärkung der
Organisation (hier die Rechtfertigung des Organisationspatriotismus der Sozialdemokratie), in der Erwartung des allgemeinen
»Kladderadatsch«.

Wird das Endziel so auf einen im Zukunftsnebel liegenden Katastrophenpunkt reduziert, so können Übergangsmaßregeln vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht in die Erörterungen des Programms einbezogen werden. Seine Forderungen müssen sich auf Reformen innerhalb des Kapitalverhältnisses beschränken.

In der Beziehungslosigkeit zwischen allgemeiner Theorie und alltäglicher Praxis, wie sie sich in dem fundamentalen Widerspruch zwischen dem ersten und zweiten Teile des Erfurter Programms ausdrückt, dokumentiert sich die Tatsache, daß der Marxismus, der auf der Einheit von Theorie und Praxis basiert, in einer nichtentsprechenden Weise übernommen wurde. Der Marxismus, so wie ihn die Sozialdemokratie verstand, bildete einen über der reformistischen Praxis schwebenden Überbau, eine Ideologie. Die Rezeption des Marxismus durch die Sozialdemokratie war eine, und zwar die entscheidende, Ideologisierung seiner realistischen Theorie.

b. Die Bilanz des Sozialistengesetzes und der Charakter der Sozialdemokratie nach 1890

Ziehen wir die Bilanz jener Veränderungen, die die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz erlitten hatte:

Der prinzipielle Reformismus der Partei, dessen lassalleanische Struktur wir nachgewiesen hatten, wurde unter dem Sozialistengesetz nicht überwunden. Der Radikalismus in den Agitationsmethoden (illegale Verbreitung der Parteipresse) war unnötig geworden, sobald seine Voraussetzung, das Sozialistengesetz, aufgehoben war. Der Radikalisierungsprozeß der politischen Ideologie, dessen Ergebnisse für einen Teil der Partei, die radikale Mehrheit, bestehen blieben, betraf vor allem zwei Punkte: Die organisatorische Abschnürung der Arbeiterbewegung von den Parteien des Bürgertums wurde endgültig. Den bürgerlichen Parteien, wenn auch keineswegs den bürgerlichen Ideen (wie u. a. die Imperialismustheorie Kautskys beweist), war fortan der Zugang zu den entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse abgeschnitten. Das wichtigste Resultat des Sozialistengesetzes muß jedoch in der Überwindung lassalleanischer Illusionen über die Möglichkeit einer durchgreifenden Unterstützung der Arbeiterbewegung seitens der Vertreter des herrschenden Regierungssystems durch das Gros der Partei erblickt werden. Die Realpolitik Vollmars und der späteren Führer der revisionistischen Bewegung, in der einige Züge der Politik Lassalles gegenüber Bismarcks wieder aufleben, konnte vor dem Weltkriege nicht die Herrschaft über die Gesamtpartei antreten. Bis zum 4. August 1914 war der Tory Chartism Lassalles in den Hintergrund gedrängt.

Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Radikalisierung der Sozialdemokratie nicht über den Rahmen einer demokratischen Opposition gegen den »Militärstaat«, gegen das Hindernis einer demokratischen Entwicklung zum Sozialismus hinausging. Die »Unversöhnlichkeit« der »revolutionären Klassenpartei« galt dem Hohenzollernstaat. Die dogmatische Intransig nz, die die Sozialdemokratie in ihrer Theorie kennzeichnete,

war das Ergebnis ihrer Ausnahmestellung im Wilhelminischen Deutschland.¹¹

Der Unterschied zwischen der Zeit des Sozialistengesetzes und der darauf folgenden »milden Praxis« der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie war nach der Auffassung der radikalen Parteimehrheit selbst nur ein gradueller. Die Formen der Ausschaltung der Partei von der Bestimmung der Politik des Reiches und der Länder hatten sich geändert. Die Methoden der Unterdrückung durch ein allgemeines Ausnahmegesetz und durch ein generelles Verbot der Partei waren zwar aufgegeben. Die Sozialdemokratie blieb jedoch in eine Stellung gedrängt, die es ihr, im Gegensatz zu den französischen Sozialisten z. B., nicht ermöglichte, jenen Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben, den sie auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke beanspruchen zu können glaubte. Die deutsche Sozialdemokratie konnte in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung bis 1907 etwa den Ruf einer unversöhnlichen proletarischen Klassenpartei wahren, weil ihr keine Gelegenheit zu reformistischer Politik in breiterem Maßstabe gegeben wurde. Die Intransigenz der radikalen Mehrheit der Sozialdemokratie war nicht die Folge einer revolutionär-proletarischen Politik im marxistischen Sinne. Die »Todfeindschaft« gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, die die Sozialdemokratie auf Parteitagen, wenn auch nicht in Wahlaufrufen und in den Parlamenten bekundete, war ein wenig unfreiwillig. Das beweist nicht nur ihre Haltung in den Parlamenten jener Länder, in denen der Partei ein größerer Spielraum gewährt wurde (die Geschichte der Budgetbewilligungen der Sozialdemokratie liefert zahlreiche Beispiele dafür), sondern auch die Politik der Partei nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, die keineswegs, wie Kautsky z. B. mit Recht betont12, mit den prinzipiellen Auffassungen der Sozialdemokratic vor dem Weltkriege in Widerspruch steht. Die Stellung zum »Militärstaat« ist denn auch der einzige Punkt, in dem sich in bezug auf die Praxis der Partei Differenzen zwischen Revisionisten und »Radikalen« ergaben. (Von den Auffassungen der marxistischen Linken um R. Luxemburg, die in ihrer Konsequenz aus dem Verbande der Sozialdemokratie herausführen mußten und führten, sehen wir in diesem Zusammenhang ab.) Die intransigent demokratisch-sozialistische Parteimehrheit konnte sich nicht zu jener Kompensationspolitik gegenüber den herrschenden Gewalten bereit erklären, die der revisionistische Flügel befürwortete. Im übrigen waren die Kämpfe zwischen Revisionismus und »marx-orthodoxer« radikaler Parteimehrheit, die das innerparteiliche Bild in der Zeit von 1898 bis 1908 charakterisieren, ein Streit um die theoretische Formulierung und Auslegung einer von beiden Seiten

bejahten realpolitischen Praxis, soweit sie auf dem Boden des Wilhelminischen Deutschland möglich war. Die Vereinbarung des theoretisch Unvereinbaren wurde jeweils in der Praxis vollzogen.

Der gekennzeichneten Radikalisierung der politischen Ideologie der Partei unter dem Sozialistengesetz stand auf der anderen Seite ihre Mäßigung in der Praxis entgegen. Mit der Verbreiterung der Sozialdemokratie zur Massenbewegung vollzog sich eine Intensivierung ihrer Kleinarbeit in den Parlamenten. Die soziale Mannigfaltigkeit ihrer Anhänger erforderte eine größere Unbestimmtheit in der Agitation, eine gemäßigtere Sprache, eine stärkere Berücksichtigung der »öffentlichen Meinung« als in den Anfängen der Partei. In den Sonderfragen der Taktik, z. B. in der endgültigen Aufgabe der negativen Haltung in den Parlamenten sowie in der Betonung der »Verantwortlichkeit« der Partei gegenüber der sozialbunten Anhängerschaft für den auf dem Spiele stehenden organisatorischen Apparat kommt diese Mäßigung besonders deutlich zum Ausdruck.

Die Sozialdemokratie hatte also unter dem Sozialistengesetz eine widerspruchsvolle Bewegung durchlaufen: Eine Radikalisierung in der Ideologie und eine Verstärkung der opportunistischen Züge ihrer Praxis.

Die Frage nach dem »Charakter« der Sozialdemokratie, so wie er 1891 im wesentlichen ausgeprägt war, ist nicht in einer eindeutigen, starren Formel zu beantworten. Seine inneren Widersprüche sind in einer Reihe von Gegensätzen innerhalb der Sozialdemokratie entfaltet: Die Sprache und die prinzipiellen Beschlüsse der Parteitage sind in einer anderen Tonart gehalten als die Reden ihrer Vertreter in den Parlamenten. Die Atmosphäre und der sachliche Gehalt der Artikel des offiziellen theoretischen Parteiorgans, der »Neuen Zeit«, sind andere als die der Wahlaufrufe, deren theoretische Quintessenz in dem Organ des revisionistischen Flügels, in den »Sozialistischen Monatsheften«, gesucht werden muß. Die Majorität der radikalen Parteitage bringt in der Kritik an den Parlamentsfraktionen und an ihrer Vorzugsstellung den Gegensatz zwischen der proletarischen Mehrheit der Mitgliedschaft und den nichtproletarischen Elementen der Wählerschaft zum Ausdruck. Wenn der Verbalrevolutionarismus der radikalen Marx-Orthodoxie den unteren Schichten des Proletariats Rechnung trägt, so entspricht die reformistische Praxis der Partei, die ab 1906 den Freien Gewerkschaften und ihrer wirtschaftsfriedlichen Taktik die Führung der Arbeiterbewegung überläßt, den Wünschen und Interessen der gehobenen Schichten des Proletariats und denen des Kleinbürgertums. Der Revisionismus konnte mit Recht gegenüber der traditionsbelasteten Marx-Orthodoxie seinen Anspruch geltend machen, der adäquate theoretische Ausdruck der reformistischen Parteipraxis zu sein.

Die Politik des Parteizentrums, bei dem die Führung lag, repräsentiert die arithmetische Summe der angedeuteten, z. T. gegensätzlichen Faktoren. Der »eiserne Reifen« des herrschenden Regierungssystems, der Zwang zur Opposition, der Mangel einer akut-revolutionären Situation in Deutschland verhinderten bis zur Weltkriegskrise die Auflösung der inneren Widersprüche der Sozialdemokratie.

Erst die geschichtliche Probe, der die Sozialdemokratie im Weltkriege unterworfen wurde, konnte den reformistischen Charakter der sozialdemokratischen Praxis gänzlich enthüllen. Erst in ihr konnte die Identifizierung von Klasseninteresse des Proletariats und Parteiinteresse in Frage gestellt werden, die darin bestand, daß die in dem Anwachsen der Parteiorganisation und ihrer Wahlziffern sich manifestierenden Erfolge der Sozialdemokratie ohne weiteres als Erfolge der proletarischen Klasse angesehen wurden.

Obgleich es abgelehnt werden muß, die kleinbürgerlichen Elemente der Anhängerschaft der Sozialdemokratie und die auf das Niveau einer kleinbürgerlichen Lebenshaltung gehobene Parteibürokratie als einzige Erklärungsmomente für den Reformismus der Partei zu benutzen, kann die Sozialdemokratie in ihrem Gesamtcharakter als kleinbürgerlich bezeichnet werden. 13 Obwohl sie in ihrer Zusammensetzung zum größten Teil aus Arbeitern bestand 14, blieb für sie der Sozialismus ein reines Gedankenziel. Der Kern ihrer Praxis war: »Umänderung der Gesellschaft auf demokratischem Wege... innerhalb der Grenzen des Kleinbürgertums. «15 Bereits in ihrer Blütezeit wurde die Sozialdemokratie, wenn man ihre Gesamtwirkung und Gesamterscheinung, nicht besondere Seiten ihrer Ideologie und besondere Strömungen in ihrem Rahmen kennzeichnen will, nur als kleinbürgerliche Arbeiterpartei wirksam.

c. Die Richtungen in der Literatur über die Geschichte der Sozialdemokratie

Die Zwiespältigkeit des Charakters der Sozialdemokratie, die Zusammensetzung ihrer Taktik aus »halbdogmatischer Intransigenz und halbbigottem Gesetzlichkeitsdusel«¹6; die Widersprüche ihrer Gesamterscheinung, die nach Michels aus »drei Viertel reformistischer Taktik und ein Viertel revolutionärer Ideologie« bestand, liefern die Erklärung für die so grundverschiedenen Deutungen, die die Sozialdemokratie als Ganzes

erfahren hat. Die Dehnbarkeit ihrer politischen Ideologie (wir zeigten dies an der Wandlungsfähigkeit in der Interpretation der »revolutionären« Ziele der Sozialdemokratie je nach den sozialen Schichten, denen sie sich vorstellte) gestattete die verschiedenartigsten Deutungen der Partei. Die einseitige Beachtung entweder der »Sonorität der Phrase in der Theorie« oder der »resignierten Biegsamkeit in der Praxis«¹⁷ ermöglichte es, daß die Sozialdemokratie in den einen Darstellungen als revolutionär-proletarische Klassenpartei, in den anderen als reine Reformpartei gedeutet werden konnte.

Uberprüft man die Literatur zur Geschichte der Sozialdemokratie in bezug auf ihre Meinungsverschiedenheiten über die Entwicklung der Partei, so heben sich aus ihr deutlich zwei sich polar gegenüberstehende Auffassungen des Werdegangs der Partei, ihres Charakters und ihrer Entwicklungstendenzen ab, die ihren prägnantesten Ausdruck in den Arbeiten F. Mehrings und E. Bernsteins gefunden haben.

Diese Gegensätzlichkeit bekannter Darstellungen wird deutlich ins Bewußtsein gehoben, wenn man die Geschichtsbilder beider schematisch konfrontiert:

Mehrings »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie«, in ihrer endgültigen Fassung in der Atmosphäre der Revisionistendebatte des Dresdener Parteitages 1903 herausgegeben, ist die anschaulichste Verkörperung der offiziellen Traditionen der Vorkriegssozialdemokratie, d. h. das Kompendium der Anschauungen über die Parteivergangenheit, die zum Arsenal der bis 1908 etwa als Einheit erscheinenden »radikalen« Parteimehrheit gehörte. 18 Nach seiner Auffassung hat sich die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in folgenden Bahnen vollzogen: Die deutsche Arbeiterbewegung, praktisch und theoretisch an den westeuropäischen Sozialismus anknüpfend, trägt von Anbeginn an internationalistisches Gepräge. Bereits die Jahre der bürgerlichen Revolution (1847-49) erzeugen in ihr den Gedanken der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse, des Klassenkampfes und des Proletariats als Trägers des Sozialismus. Nach der Reaktionszeit der 50er Jahre, die die ersten Ansätze zur Organisierung der Arbeiterklasse beseitigen und den »modernen wissenschaftlichen Kommunismus« im Bewußtsein der Massen auslöschen, vollzieht sich in den Jahren 1863-69 die endgültige organisatorische und ideologische Loslösung der wiederbelebten Arbeiterbewegung vom Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie. Lassalle, überzeugter Kommunist im Sinne des Kommunistischen Manifests, dessen Lehren in ihm zwar erst »in der Übersetzung ins Politische und Juristische« wirksam werden, begründet die Sozialdemokratie als Klassenpartei des Proletariats. Seine Agitation modifiziert

die Marxsche Lehre der historischen Situation und dem embryonalen Zustand der Bewegung entsprechend. Die Agitation der Internationalen Arbeiter-Assoziation Marxens und die Übertragung der Marxschen Ideen über die Lösung der deutschen Frage durch Liebknecht führen zur Gründung der Partei der »Eisenacher« durch Bebel und Liebknecht. Der »Bruderzwist«, im Bewußtsein der Liebknechtschen Richtung als Aus-Marxismus und einandersetzung zwischen » preußischem Regierungssozialismus« erscheinend, reduziert sich in der Darstellung Mehrings auf den Kampf zweier proletarisch-revolutionärer Parteien, von denen die eine preußisch-deutsch, die andere antipreußisch-großdeutsch orientiert ist. Dieser Kampf ging um die Stellung der sozialistischen Fraktion zur Bismarckschen Politik und zur bürgerlichen Demokratie, und darüber hinaus um organisatorische Fragen (innerparteiliche Demokratie oder Zentralismus usw.). Nach der Lösung der deutschen Frage durch die »Revolution von oben«, nachdem die Fraktionen sich in der Abwehr gegen Polizeiverfolgungen, durch den gemeinsamen revolutionär-internationalistischen Protest gegen den Deutsch-französischen Krieg und in Wahlkampagnen angenähert haben, erfolgt 1875 auf das Drängen der Massen die organisatorische Verschmelzung. Die Ideologie beider Gruppen trägt noch im wesentlichen lassallisches Gepräge. (Lassalleanismus als im wesentlichen marxistische Theorie!) Die Bewegung als Ganzes hat bei der Vereinigung noch nicht ienen Entwicklungsgrad erreicht, den die Kritik Marxens am Gothaer Programm voraussetzt. Die heroische Periode des Sozialistengesetzes befestigt den intransigenten Kurs der Partei. In ihr werden die letzten Reste nichtmarxistischer Auffassungen aus dem Bewußtsein der Gesamtpartei ausgemerzt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, den der »siegreich unaufhaltsame Vormarsch des klassenbewußten Proletariats« herbeiführt, registriert das Erfurter Programm den endgültigen Sieg der marxistischen Theorie und Taktik. Die Epoche seit dem 20. Februar 1890 (Termin der Reichstagswahlen), das Wachstum der Partei von Wahlsieg zu Wahlsieg - diese Einteilung der Parteigeschichte nach Parlamentsdaten ist typisch für alle Selbstdarstellungen der Sozialdemokratie - stellt sich dar als »unaufhörliche Siegeslaufbahn« der revolutionären Massenpartei... Der Revisionismus hat »noch keinen Augenblick die praktische Parteipolitik zu beeinflussen vermocht«, er ist eine Stimmung, entstanden aus der Überlastung der Partei mit praktischer Arbeit, die den revolutionären Kurs der Partei nicht ernstlich gefährden kann. »... die Taktik der deutschen Sozialdemokratie ist heute dieselbe, die einst das Kommunistische Manifest und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassalles offenes Antwortschreiben empfahl« 19.

Diesem Geschichtsbild steht die Summe der Auffassungen Bernsteins, des Begründers und langjährigen Haupttheoretikers des Revisionismus, in entscheidenden Punkten diametral gegenüber. Nach ihm ist die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland in der Formel »von der Sekte zur parlamentarisch-reformistischen Partei« umschlossen. Die »Revolutionsromantik« des Kommunistischen Manifests, die Betonung der Gewalt als entscheidenden Mittels sozialistischer Politik und des Gedankens der proletarischen Diktatur, die Kritik der Demokratie als Ausdruck einer Periode, in der die Arbeiterklasse von der Teilnahme am Staatsleben ausgeschlossen war, - sie werden mit der zunehmenden Stärke des Proletariats und seiner wachsenden Zulassung zum politischen Leben inaktuell. Indem er die Bewegung auf die Erringung und Ausnutzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts konzentriert. begründet Lassalle die Sozialdemokratie als eine durch das Parlament wirkende politische Partei der Arbeiterklasse. Die Entsendung von Arbeitervertretern ins Parlament, ihre Teilnahme an der Gesetzgebung, führt dazu, den Charakter der Sozialdemokratie als einer durch Reformen wirkenden Massenpartei auszuformen. Der Kampf zwischen Lassalleanern und »Eisenachern« 1865-75 erscheint als eine Verlängerung der Fronten des bürgerlichen Lagers im Kampf um die Konstituierung des Deutschen Reiches. Ihr Gegensatz (zwischen Schweitzers Politik sozialer Reformen und Liebknechts demokratischer Protesthaltung gegenüber Bismarck) erledigt sich mit der Reichsgründung, so daß die Vereinigung 1875 für keine der Fraktionen ein Aufgeben ihrer Prinzipien bedeutet. »Die theoretische Auffassung beider Flügel der geeinten Partei war im wesentlichen die eines demokratischen Staatssozialismus, der allerdings in der Praxis durch die Gegnerschaft gegen den bürokratischen Polizeistaat und die feindliche Stellung zum Bismarckschen Regierungssystem erheblich modifiziert wurde. «20

Das Sozialistengesetz unterbricht den Prozeß der Ausgestaltung der reformistischen Politik der Partei, kann sie jedoch nicht von der Bahn des Parlamentarismus und Possibilismus abdrängen. Unter ihm wächst mit der Bedeutung der Partei im Parlament ihre Verantwortung für die parlamentarische Arbeit. – Das Erfurter Programm unterscheidet sich von dem Gothaer weder in seinen politischen noch in seinen wirtschaftlichen Zielen. Ihre Differenz liegt in der Begründung der Ziele. – Ungeachtet der im Theoretischen verbleibenden Auseinandersetzungen zwischen Revisionismus und radikaler Parteimehrheit, die durch den Dualismus zwischen reformistischem

Parlamentarismus und revolutionärer Agitation gekennzeichnet sind, hat die Partei in der Praxis den Schwerpunkt ihrer Politik weiter auf die Reformarbeit verlagert und in der Fortsetzung der vor dem Sozialistengesetz eingeschlagenen Taktik auf eine auf Zuspitzung der Klassengegensätze eingestellte Politik verzichtet. Die soziale Zusammensetzung der Sozialdemokratie aus den fortgeschrittensten und aufgeklärtesten Schichten der Arbeiterklasse läßt die Perspektive einer Spaltung als absurd erscheinen. Die erziehende Kraft der praktischen Arbeit garantiert die Überwindung des Widerspruches zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis der Sozialdemokratie, die die Funktionen einer demokratischen Volkspartei in Deutschland ausübt.

Die hier skizzierte Gegensätzlichkeit der historischen Betrachtung, die sich in der Darstellung jeder Phase der Bewegung reproduziert, findet ihre Erklärung im Kampf der Richtungen innerhalb der Partei um die Herrschaft über die Partei, wie er im Bewußtsein der Beteiligten erschienen ist, mögen auch die historisch wirksam gewordenen Trennungslinien innerhalb der Sozialdemokratie anders als zwischen den durch Kautsky-Bebel repräsentierten »Radikalen« und den Revisionisten verlaufen sein. Wie – um ein Beispiel statt vieler zu nennen – die Geschichtsforschung in Deutschland der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts ihre stärksten Antriebe erhalten hat aus dem Bestreben der politischen Fraktionen, in der Geschichte die Legitimation für ihre Politik zu finden, so erweist sich auch hier die parteigeschichtliche Darstellung als Mittel des politischen Kampfes, das Geschichtsbild als politische Legende.

Die Tradition erscheint geformt durch die Auffassungen der Kämpfenden über Wesen und Aufgaben der Partei in der Gegenwart, deren zentrale Frage die nach dem reformistischen oder revolutionären Charakter der Sozialdemokratie ist.

Ohne auf die Frage einer Bestandsaufnahme sämtlicher Richtungen und Nuancierungen der Vorkriegsliteratur zur Geschichte und Soziologie der Sozialdemokratie, ihrer politischen Antriebe und persönlichen Bedingtheiten einzugehen, kann festgestellt werden, daß sie sich in ihren allgemeinen Linien in die Polarität Mehring-Bernstein einordnet. Die Untersuchungen der nichtsozialdemokratischen Theoretiker entscheiden sich letzten Endes für eine der Antworten, die von den Richtungen der Sozialdemokratie auf die Frage nach dem Charakter der Partei gegeben werden. Ihre Differenz liegt in außerwissenschaftlichen Bezirken begründet. Der weltanschauliche Standpunkt bedingt den Blick für bestimmte Seiten des Parteilebens, der dem sozialdemokratischen Theoretiker man-

gelt. Die Zensur, die der Parteipatriotismus für die Selbsterkenntnis der Partei bildet, fehlt.²¹

Die Unmöglichkeit jedoch, auch die Richtungen der nichtsozialdemokratischen Arbeiten über die Sozialdemokratie anders als nach politischen Gesichtspunkten zu gliedern, zeigt bereits, daß auch diese Zeugnisse der Vorkriegsepoche über einen der wichtigsten Faktoren des sozialen Lebens ihren Charakter als wissenschaftlich formulierte Bekundungen bestimmter sozialer und politischer Positionen nicht verleugnen können.

Für die Richtigstellung der bisherigen Geschichtsbilder der Sozialdemokratie und die Reproduktion der Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland, so wie sie sich in Wirklichkeit vollzogen hat, sollten hier einige Hinweise gegeben werden. Sie hat hoffentlich zur Zerstörung einer Legende beigetragen, nach der die Sozialdemokratie seit dem Erfurter Programm ein halbes Menschenalter hindurch, nicht ernstlich gefährdet durch reformistische Vorstöße, den revolutionären Marxismus vertreten; der Reformismus erst seit 1908 etwa entscheidenden Einfluß in der Partei bekommen habe. Die radikale Schwenkung der vermeintlichen revolutionären Klassenpartei zu einer klassenfriedlichen, nationalen Politik am 4. August 1914 muß von den Gläubigen dieser Legende aus den Interessen der Arbeiteraristokratie, der Bürokratisierung der Partei und dem »Verrat« von Führern erklärt werden. Ein quellenmäßiges Studium der Geschichte der Sozialdemokratie dagegen liefert den Nachweis, daß die entscheidenden Voraussetzungen der sozialdemokratischen Politik in und nach dem Weltkriege bereits mit ihrer sozial bedingten Ideologie und Struktur in ihren Anfängen und beim Fall des Sozialistengesetzes gegeben waren.

Anmerkungen

Im folgenden sind alle dort auffindbaren Zitate nach der MEW (Marx-Engels-Werke) zitiert. Nur wo Zitate nicht identifiziert werden konnten oder Texte nicht in der MEW enthalten sind, blieben die Original-Nachweise von Brandis stehen.

EINLEITUNG

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND UND DIE GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATIE

- Für das folgende vgl. A. Sartorius v. Waltershausen. Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914, II. Aufl., Jena 1923; L. Pohle, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert, V. Aufl., Leipzig 1923; W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, V. Aufl., Berlin 1921; Parvus, Die Handelskrisis und die Gewerkschaften, München 1901; ders., Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Dresden 1896.
- 2 Zeichen dafür; die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen (Entsendung einer Delegation deutscher Arbeiter zur Londoner Weltausstellung 1862); die Arbeiteragitation Lassalles; die vorerst liberal-demokratische Arbeitervereinsbewegung.
- 3 Hier ist die wirtschaftliche Basis für die Doppelfunktion der Sozialdemokratie als parlamentarische Organisation des Proletariats und als allgemeine Oppositionspartei im Hohenzollernreich zu suchen.
- 4 Sartorius v. Waltershausen, a.a.O. 317, 320.
- 5 Parvus, Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, 11.
- 6 Im wesentlichen Holz-, Metall- u. Tabakarbeiter. Vgl. W. Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, Dresden 1912, 33.
- 7 Parvus, Die Gewerkschaften usw., 11.
- 8 R. Brunhuber, Die heutige Sozialdemokratie, Jena 1906, 135.

I. Die politische Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz

1. Der Lassalleanismus

- 1 Lassalles Gesammelte Reden und Schriften (herausg. von E. Bernstein, 12 Bde., Berlin 1919 ff.) werden abgekürzt als G. W. angeführt.
- 2 Eine eingehende Behandlung des Problems Marx-Lassalle kann hier nicht gegeben werden. Die Problemstellung ist umrissen in zwei Aufsätzen von G. Lukács: »Die neue Ausgabe von Lassalles Briefen« in: Grünbergs Archiv Jg. XI, 401-423, und »Lassalle als Theoretiker der V.S.P.D.«, in: Die Internationale, Jg. VII, 622 ff., auf die nachdrücklichst verwiesen sei.
- 3 Um das Bild dieser Theorie klar herauszustellen, ist auf dem zur Verfügung stehenden Raume eine gewisse Häufung von Zitaten nicht zu umgehen.
- 4 *Lassalle hat der Bewegung einen tory-chartist-Charakter gegeben. Engels im Briefwechsel zwischen Marx und Engels (im solgenden abgekürzt zu: BFW), Bd. II, vom 13. II. 1865.
- 5 Arbeiterlesebuch, G. W. III, 273.
- 6 A.a.O. 279.
- 7 A.a.O. 278.

- 8 A.a.O. 282.
- 9 A.a.O. 285.
- 10 A.a.O. 286.
- 11 A.a.O. 287. Von mir gesperrt. Br.
- 12 Vgl. Bernstein, Ferdinand Lassalle. Eine Würdigung des Kämpfers und Lehrers, Berlin 1919, 162 ff.
- 13 Arbeiterprogramm (!) G. W. II, 173.
- Arbeiterprogramm, G. W. II, 174. Ähnliche Gedanken bei Lorenz v. Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, Bd. I, 52 f. und 57 ff. Vgl. auch das Vorwort von G. Salomon dazu, XL ff. Auf die weitreichende Abhängigkeit Lassalles von L. v. Stein können wir in diesem Zusammenhange nur aufmerksam machen.
- 15 Der Prozes wider F. L. ... zu Düsseldorf am 27. Juni 1864, G. W. III, 428.
- 16 Offenes Antwortschreiben, G. W. III, 43 f.
- 17 Arbeiterlesebuch, G. W. III, 261.
- 18 Die Wissenschaft und die Arbeiter. G. W., 275 f.
- 19 A.a.O.
- 20 Arbeiterprogramm, G. W. II, 185.
- 21 Vgl. dazu L. v. Stein, a.a.O. I, 92 f.
- *Man kann nie eine Revolution machen, man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Arbeiterprogramm G. W. II, 165.
- 23 Knief, der in seinem Aufsatz »Lassalle« (Grünbergs Archiv, Jg. Xl, 1 ff.) diese Seite der L.schen Theorie herausarbeitet, verkennt den idealistischen Charakter der L. schen Geschichtsphilosophie, wenn er sie als Auferstehung La Mettries kennzeichnet.
- 24 Kommun. Manifest, MEW 4, 493.
- 25 K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, 343.
- 26 Die indirekte Steuer, G. W. II, 478.
- 27 Arbeiterprogramm, G. W. II, 187.
- 28 Kampffmeyers.
- 29 Fr. Weyrich, im . Volksstaat v. 30. 7. 1870. Vgl. auch G. W. III, 176.
- 30 Die Wissenschaft und die Arbeiter, G. W. Il, 238.
- 31 Vgl. auch F. L., Nachgelassene Schriften und Briefe, Stuttgart und Berlin 1921/23, Bd. I, 134.
- 32 Offenes Antwortschreiben, G. W. III, 89.
- 33 A.a.O. 48.
- 34 Berliner Ansprache, G. W. IV, 53.
- 35 »Habe ich euch denn auf den gegenwärtigen Staat verwiesen?« Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag, G. W. III, 245.
- 36 A.a.O.
- 37 K. Korsch, Einleitung zu Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, Berlin 1922, 20. »Alle Maßregeln, die Sie nennen, sind doch wieder nur politisch-juristisch, kann man sagen, stehen auf dem alten sozialen Boden, schaffen nur neue Bourgeois.« (Lothar Bucher an Lassalle, Januar 1862, zit. bei H. Oncken, Lassalle, 3. Aufl., Stuttgart 1920, 227.)
- 38 Offenes Antwortschreiben, G. W. 111, 81.
- 39 Die starre Gegenüberstellung des allgemeinen Wahlrechtes als politischen Prinzips des Arbeiterstandes gegenüber dem »Zensus« als dem Prinzip der Bourgeoisie entspricht den Grundauffassungen L.'s und ist nur zu einem geringen Teil durch jene historische Situation bedingt, in der das Bürgertum das Dreiklassen-Wahlrecht der oktroyierten Verfassung akzeptierte.
- 40 Berliner Ansprache 1864 im »Sozialdemokrat« vom 31. 7. 1865. Hier ist die Wurzel des Schlagworts von der »einen reaktionären Masse«, das erst in der Nachfolge Lassalles geprägt wurde. Siehe darüber: Franz Mehring, Die Geschichte eines Schlagworts, in: Neue Zeit, Jgg. XV, 2, 513 ff.

- Da es feststeht, »daß das allgemeine Wahlrecht sich schwer mit einem reaktionären Staat verträgt«. Arbeiterlesebuch, G. W. III, 272.
- 42 Arbeiterprogramm, G. W. II, 198.
- 43 Der italienische Krieg, G. W. I, 31.
- 44 A.a.O. 34.
- 45 A.a.O. 33.
- 46 A.a.O. 35.
- der Hand. (Über P. vgl. R. Michels, Der sozialistische Patriotismus bei Carlo Pisacane in: Sozialismus und Faszismus in Italien, München 1925, Bd. II, 3-31). Bei Pisacane finden wir, wie bei Lassalle: Demokratismus als denknotwendige Voraussetzung des Patriotismus; die auf dem Begriff der Freiheit aufgebaute Konzeption der Nation; den Gedanken des sozialistischen Appells an die Massen, um den Kampf für Freiheit und Einheit der Nation siegreich durchführen zu können. Nicht zuletzt: in der gleichen historischen Situation wirkend, werden Lassalle wie Pisacane durch die Geschichte desavouiert. Nicht durch die demokratische Massenbewegung, wie sie glaubten, sondern durch die Revolution von oben wurde in Deutschland wie in Italien die nationale Einheit hergestellt.
- 48 »Noch dreimal hassenswerter aber als der äußere Feind ist der innere, der des Landes Freiheit niedertritt.« Assisenrede, Ausgew. Wke., Berlin 1892/93, Bd. I, 240.
- 49 »Wir müssen alle wollen: Großdeutschland moins les dynasties.« Brief Lassalles an Rodbertus vom 2. V. 63, F. L., Nachgelassene Briefe und Schriften, Bd. VI, 335.
- 50 S. den Schluß des »Italienischen Krieges«. Die Kommentare des »esoterischen« Lassalle dazu in seinen Briefen an Marx verdeutlichen seinen antidynastischen Standpunkt.
- Durch den Bolschewismus, »dessen zweiselloses Verdienst es ist, die eigentliche Staatslehre von Marx und Engels restituiert zu haben«. So H. Kelsen, Marx oder Lassalle, in: Grünbergs Archiv, XI, 264. Dies sestgestellt zu haben, ist das zweisellos einzige Verdienst der Kelsenschen Schrift »Sozialismus und Staat« (Leipzig 1920). Die Hauptthese dieser Abhandlung, daß die durch den Bolschewismus restituierte »politische Theorie« des Marxismus »reiner Anarchismus« sei, ist allerdings schon deshalb fragwürdig, weil Kelsen mit einem nicht analysierten Begriff des Anarchismus arbeitet.
- 52 Engels in der Einleitung von 1890 zum Kommun. Manifest, MEW 4, 584.
- 53 Vgl. E. Bernstein, Ferdinand Lassalle, 161.
- 54 F. Mehring, a.a.O., Bd. 11, 343 und 349.

2. Der Lassalleanismus der ersten » Marxisten» in Deutschland

- 1 Vgl. u. a. H. Oncken, a.a.O. 487.
- Die Etappen dieses Fraktionskampfes und das Detail seiner Kampfobjekte sind, wenn man von den entsprechenden Teilen des Mehringschen Werkes absieht, in den vorbildlichen Arbeiten G. Mayers dargestellt. Vgl. G. Mayer, J. B. v. Schweitzer und die Sozialdemokratie, Jena 1909. Ders., Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, in: Grünbergs Archiv II, ferner kleinere Aufsätze desselben Autors.
- 3 Siehe darüber G. Mayer, Schweitzer, 268.
- 4 Vgl. die Flugschrift: "Deutschlands Befreiung aus tiefster Schmach", Koburg 1865.
- 5 Man vergleiche über diese Fragen die Debatten über die » Vereinigten Staaten von Europa im sozialistischen Sinne« auf den Kongressen zu Eisenach 1869 und Stuttgart Juni 1870, ferner G. Mayer, Schweitzer, 381 und ders., Die Trennung usw., 22. Die Kritik des »Internationalismus« der frühen Sozialde-

mokratie durch Marx ist, wenn man von zahlreichen Stellen seines Briefwechsels mit Engels absieht, im Gothaer Programmbrief niedergelegt. MEW 19, 11 ff.

- 6 Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie, 47.
- 7 Siehe dazu auch Engels' Vorwort von 1894 zu »Internationales aus dem Volksstaat« (MEW 22, 417) und seinen Brief an Marx vom 5. 9. 1869 (MEW 32, 369 f.). Der Name »Arbeiterpartei« wurde von Liebknecht erst, als die seiner Organisation 1869 beigetretenen Lassalleaner darauf bestanden, akzeptiert. Auch der Baseler Beschluß der Internationalen Arbeiter-Assoziation über die Enteignung von Grund und Boden, der den Anlaß zur endgültigen Loslösung von der bürgerlichen Demokratie bildete, wurde erst auf das Drängen einer starken Arbeiteropposition von Liebknecht öffentlich ratifiziert.
- 8 Liebknecht zu Gotha 1875, Protokoll 35.
- 9 Wir werden seine Betrachtung in die Analyse der politischen Anschauungen der SDAP einbeziehen.
- 10 Wie Bebel im Hochverratsprozeß 1872 erklärte. Vgl. Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11.–26. 3. 1872, 2. Ausl. Berlin 1894, 72.
- 11 Vgl. auch das Protokoll von Nürnberg in: Aus der Waffenkammer des Sozialismus, 1906, 6. Halbjahresband; ferner G. Mayer, Die Trennung usw., 25, und A. Bebel, Aus meinem Leben, Stuttgart 1910–14, Bd. I, 164.
- »Demokratisch und sozialistisch sind überhaupt für mich identische Ausdrükke.« Liebknecht in der Programmrede zu Nürnberg 1868, a.a.O. 90.
- 13 Siehe die Programmrede Liebknechts auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.
- 14 Liebknecht zu Nürnberg 1868, a.a.O.
- 15 Siehe die Aussagen Bebels und Liebknechts im Hochverrausprozeß, a.a.O. 145, 159.
- 16 »Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat«, gleichlautender Passus der Programme von Nürnberg und Eisenach.
- 17 Liebknecht in der Einleitung von 1894 zum »Hochverratsprozeß«, 45.
- 18 Hochverratsprozeß, III.
- 19 A.a.O. 407.
- 20 K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, 176 u. 197.
- 21 A.a.O., 196.
- 22 A.a.O., 173. »Der achtzehnte Brumaire» wurde von Marx 1869 neu veröffentlicht zur Nutzanwendung durch die deutsche Arbeiterbewegung.
- 23 Im Vorwort von 1888 zur 2. Auflage seiner Rede Ȇber die pontische Stellung usw.« (Sozialdem. Bibliothek, Bd. XXV, London 1889) und in der Staatssozialismusdebatte des Erfurter Parteitags 1891.
- 24 Der gleiche Gedanke ist bereits bei Lassalle entwickelt. Vgl. Die Feste, die Presse usw., G. W. III, 379.
- 25 »An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.« Engels, Ursprung der Familie, Stuttgart 1922, 182.
- 26 Bebel, Aus meinem Leben, Bd. II, 164.
- 27 Vgl. »Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie«. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. 5. 1903, S. 62.
- 28 Nur so läßt sich der als private Stimmung vorhandene Antiparlamentarismus Liebknechts Ende der 80er Jahre erklären. (Vgl. darüber G. Mayer, Schweitzer, 307.)
- 29 Liebknecht, Über die politische Stellung usw., Vorwort, 4.
- 30 Hochverratsprozess, 107, 153, 427. Ahnlich Bebel in: »Unsere Ziele«, Zürich 1885, 42: »Zwei Wege gibt es nur, unser Ziel zu erreichen. Der eine ist, nach

Herstellung des demokratischen Staates, die allmähliche Verdrängung der privaten Unternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg würde eingeschlagen werden, wenn die beteiligten Kreise, gegen welche die sozialistische Bewegung gerichtet ist, beizeiten zur Einsicht gelangten... Der andere, entschieden kürzere, aber auch gewaltsamere Weg wäre die gewaltsame Expropriation... Darnach hängt also der Ausgang der Krise von der Kapitalistenklasse selbst ab.«

- verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Komm. Manifest. (Schluß.) Für die Umdeutung des Marxismus durch die Sozialdemokratie ist übrigens die Interpretation des Komm. Manifests durch Liebknecht im Hochverratsprozeß kennzeichnend. (a.a.O. 71): »Aus dem »Kommunistischen Manifest« erhellt sonnenklar, daß diese vielverleumdete Gesellschaft (der Kommunistenbund) wohl eine revolutionäre war, indem sie eine durchgreifende Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse anstrebte, daß sie aber, gerade weil die Revolution als einen organischen Prozeß auffassend, jeder mechanischen Revolutionsmacherei fremd, ja feindlich war.«
- Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß, Berlin 1914, 133; ders., Briefe an Kugelmann, Berlin 1924, 79 und an anderen Orten. Es dürfte für jeden Kenner der Marx-Engelsschen politischen Schriften klar sein, daß die hier gegebenen Hinweise und Zitate beliebig vermehrt werden können.
- Löwenstein (Fürth) auf dem Nürnberger Kongreß 1868, von Liebknecht im Hochverratsprozeß zustimmend zitiert; a.a.O. 153. Die gleichen Gedankengänge finden sich in einer Reichstagsrede Schweitzers von 1869 (vgl. G. Mayer, a.a.O. 278).
- :: \.a.O. 108.
- 55 So die Interpretation der im Hochverratsprozeß entwickelten Auffassungen durch Liebknecht noch im Jahre 1894. (Hochverratsprozeß, Vorwort 24.)
- 36 A.a.O. 71.
- 37 A.a.O. 160. Dagegen Marx: »Entweder ist man revolutionär, und akzeptiert die Folgen der Revolution, sie seien welche sie wollen (!), oder man wird der Konterrevolution in die Arme gejagt (!) und findet sich, vielleicht ganz wider Wissen und Willen, eines Morgens Arm in Arm mit Nikolaus und Windischgrätz« (Neue Rheinische Zeitung 1849. Aus dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels, Bd. III, 263).
- 38 So nennt sich Liebknecht im Hochverratsprozeß, a.a.O. 76.
- 39 Von H. Duncker in einem einleitenden Aufsatz zu einem Abdruck der bekannten Liebknechtschen Rede zur Bodenfrage 1869 in: Die Internationale, Jg. X, 213.
- 40 Engels dagegen: "Die Phantasien von einem Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit" (MEW 16, 37).
- *Von der bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie das Streben nach dem Nationalstaat übernommen. K. Kautsky, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915, 11. Vgl. auch Liebknecht im Hochverratsprozeß, a.a.O. 91.
- 42 G. Lukacs, Die neue Ausgabe von Lassalles Briefen, Grünbergs Archiv XI,
- 43 Ausdruck Engels' vom 6. April 1869 (MEW 32, 295).
- 44 Der veränderte Stil der Schriften Marx'-Engels' nach 1852 ist durch die Erwägung diktiert, daß es » Zeit bedarf, bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache erlaubt. « Marx über die Inauguraladresse vom 4. 11. 1864 (MEW 31, 9 ff.).
- Am konsequentesten ist diese Darstellung des revolutionären Kommunismus Marx'-Engels' als Ideologie des Proletariats, solange es »außerhalb von Staat und Gesellschaft« stand, später bei Bernstein ausgebildet (besonders anschau-

lich in »Von der Sekte zur Partei«, Jena 1911). Der Vorwurf des Blanquismus, der das Stichwort der Parteitagspolemiken gegen die Bewegung der »Jungen« 1890-92 und die Linksradikalen um Rosa Luxemburg seit 1898 bildete, ist beis Marx wie folgt gekennzeichnet: Es «gruppiert sich das Proletariat immer mehr um den revolutionären Sozialismus, den Kommunismus, für den die Bourgeoisie selbst den Namen Blanqui erfunden hat« (Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, 89).

- 46 "Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht hat vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört« (Engels in der Einleitung von 1891 zu: K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 22, 199).
- 47 K. Marx, Der 18. Brumaire, MEW 8, 141.
- 48 Engels in: Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedr. Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge, Stuttgart 1906, 363. Dieses Urteil betrifft ausdrücklich die Agitation der Richtung Bebel-Liebknecht.
- 49 Sehr anschaulich dokumentiert dies die Programmrede Schweichels zu Nürnberg 1868. A.a.O. 78.

3. Marx-Engels und die deutsche Arbeiterbewegung im Zeitraum 1865-75

- Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei betont, daß hier unter »Marxismus« die marxistische Theorie in der ursprünglichen »historischen« Form, die sie bei Marx und Engels im Zeitraum 1845-83 hat, verstanden wird, somit die Frage nach der »Orthodoxie« des späten Engels und dem Erbtitel der Marx-Epigonen unerörtert bleibt.
- 2 H. Kelsen, Sozialismus und Staat, Leipzig 1920.
- Nach Engels ist die Aufgabe des Sozialismus, »den geschichtlichen ökonomischen Verlauf zu untersuchen, dem diese Klassen (Proletariat und Bourgeoisie) und ihr Widerstreit mit Notwendigkeit entspringen, und in der dadurch geschaffenen ökonomischen Lage die Mittel zur Lösung des Konflikts zu entdecken«. (Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft) »Ihre (der Revolution) geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst, zu ergründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.« (a.a.O., MEW 19, 343).
- 4 K. Marx, Elend der Philosophie, Stuttgart 1892, 162.
- 5 Kommunistisches Manifest, MEW 4, 485. Vgl. auch G. Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, 80 ff., 327 ff.
- 6 Engels, Die preußische Militärfrage, 52.
- 7 Marx-Engels in einem Artikel vom Jahre 1847, auf den Marx in seinem bekannten Brief vom 13. 10. 1868 an Schweitzer hinweist (vgl. J. B. v. Schweitzer, Politische Aufsätze und Reden, hsgg. v. Mehring, Berlin 1912, 279 ff.).
- 8 Komm. Manifest, MEW 4, 484.
- 9 A.a.O. 485.
- 10 Engels, Die preußische Militärfrage, 38.
- 11 Neue Rheinische Revue, Hest 4, 71.
- 12 K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, 28.
- Nugelmann verwechselt einen defensiven Krieg mit defensiven militärischen Operationen... Der want an Dialektik guckt allen diesen Leuten aus jedem Wort heraus.« (Marx 17. 8. 70, MEW 32, 366). »Siegen die Preußen, so die Zentralisation der state power nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse.« (Marx, 20. 7. 70, MEW 33, 5 f.) »Die französischen Arbei-

- ter... werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus.« (Engels, BFW IV vom 15. 7. 70).
- 14 Vgl. Engels, Gewalt und Okonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches in: Neue Zeit Ig. XIV, Bd. I.
- 15 K. Marx, Der Bürgerkrieg usw., MEW 17, 361.
- Der in der marxistischen Literatur heimisch gewordene Begriff »Strategie« wird unterschiedlich gebraucht. Seine Präzisierung (analog seiner militärwissenschaftlichen Bedeutung) als: allgemeine Lehre von den Bedingungen und dem Ziel des Krieges und dem durch beide bestimmten Kriegsplan verdeutlicht, ins rein Politische des »Klassenkrieges« übertragen, wiederum die Untrennbarkeit von ökonomischer und politischer Theorie im Marxismus.
- 17 »Liebknechts Blättchen (das »Demokratische Wochenblatt«) mißfällt mir in höchstem Grad. Nichts als versteckter süddeutscher Föderalismus.« Marx, BFW IV, vom 2. 2. 68. Liebknechts Ansichten laufen nach Engels darauf hinaus, »daß die bürgerliche Gesellschaft oder, wie er sagt, »das Soziale« von odem Politischen bestimmt wird und nicht umgekehrt. Naturam furca expellas usw.« (BFW IV, vom 14. 10. 68.) »Auch gut, daß er (Liebknecht) die Internationale auf den Titel seines Blättchens setzen will, das dann zugleich Organ der Volkspartei und der Internationalen Arbeiterassoziation sein würde! Organ der deutschen Spießbürger und der europäischen Arbeiter!« (Engels, BFW IV, vom 6. 7. 69.) »Es ist ein wahres Glück, daß er (Liebknecht) noch ein gut Stück in der süddeutsch-föderalistischen Sauce befangen ist, so daß er mit großer singleness of purpose und mit ungebrochener sittlicher Entrüstung gegen die Bismärckerei auftreten kann. Eine etwas kritischere und dialektischere Ansicht würde in seinem Kopf nur Konfusion anrichten.« »Im übrigen ist die Preußenseindlichkeit das Pathos, dem er allein Verve und singleness of purpose verdankt.« (Marx, BFW III, vom 22. 10. und 17. 12. 67.)
- 18 "Liebknecht schließt seine Übereinstimmung mit mir 1. aus der Adresse der Internationale; 2. aus dem Umstand, daß ich seine und Bebels Erklärung im Reichstag (zur 1. Kriegsanleihe) gebilligt habe. Das war ein Moment, wo die Prinzipienreiterei un acte de courage war, woraus aber keineswegs folgt, daß dieser Moment fortdauert, und noch viel weniger, daß die Stellung des deutschen Proletariats in einem Kriege, der national geworden ist, sich in Wilhelms Antipathie gegen die Preußen zusammenfaßt.« (Marx, BFW IV vom 17. 8. 70.) "In meinem ausführlichen Antwortschreiben an das Braunschweiger Komitee habe ich die schöne Identität mit mir, worin unser Wilhelm (Liebknecht) sich, sobald es seinen Zwecken dient, anderen vorstellt, ein für allemal beseitigt« (Marx, BFW IV vom 2. 9. 70).
- 19 Vgl. vor allem: Bebel, Aus meinem Leben, II, 177 ff. und 183, und R. Michels, Die Sozialdemokratie im internationalen Verbande in: Archiv f. Sozialwissenschaften usw. Bd. XXV, 180 ff.
- 20 E. Bernstein, Von der Sekte zur Partei, Jena 1911, 18. Sein Bestreben, die revisionistische Bewegung als die Hüterin der Traditionen der Partei erscheinen zu lassen, führt Bernstein dazu, sehr scharf die reformistischen, nichtrevolutionären Tendenzen in den Anfängen der Sozialdemokratie zu sehen. Der Versuch G. Sinowjews (Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Wien 1924, Teil I), die Protesttaktik Bebel-Liebknechts im Kriege 1870/71 auf eine Stufe mit der Antikriegspolitik der revolutionären Marxisten im Weltkriege zu stellen, ist mißlungen. In dieser Frage wie in der Betrachtung der Entwicklung der Sozialdemokratie bis 1908 überhaupt trübt ihm die » Verliebtheit« der Bolschewiki in die deutsche Sozialdemokratie der Vorkriegszeit (um ein Zugeständnis Sinowjews selbst aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe seines 1916 abgeschlossenen Buches anzuführen) den Blick.
- Vgl. Bebel, Aus meinem Leben, II, 350. »Ich erklärte (im Reichstag), daß ich die Erklärungen der Kommune zwar nicht in allen Stücken billige, aber nichtsdestoweniger die Kommune verteidige.« Von der Rede Bebels am

- 25. 5. 71 erklärte Bismarck in der Sozialistengesetzdebatte 1878, daß sie ihm zum ersten Male den »staatsgefährlichen Charakter« der Sozialdemokratie gezeigt habe. Ein bürgerlicher Kritiker schätzte sie anders ein: Eine radikale Rede und der Umsturz seien zweierlei. »Bebel zündet keine Zigarre an und er sollte Paläste anzünden?« Bebel, a.a.O. II, 225.
- 22 Komm. Manifest, MEW 4, 474.
- 23 Vgl. Marx, BFW III, vom 4. 11. 64; auch K. Korsch, Marxismus und Philosophie, Grünbergs Archiv, Bd. XI, 80/81.
- Vgl. den Brief Engels' an Bebel vom 12. 10. 75 in: Bebel, Aus meinem Leben, II, 336 ff.
- 25 Die Programmschrift der Eisenacher Bebels » Unsere Ziele«, die bis 1885 (!) unverändert herausgegeben wurde, enthält die kennzeichnendsten Programmpunkte Lassalles.
- 26 K. Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, MEW 19, 15 ff.
- 27 Die Behauptung Mehrings (F. Mehring, K. Marx, Leipzig 1918, 515), daß die Kritik des Westdeutschen Arbeitertages 1875 am Gothaer Programmentwurf sich mannigfach mit der Marxens gedeckt habe, trifft übrigens nicht zu. Dieser Kongreß der lassalleanischen Organisation in Westdeutschland (unter dem Vorsitz Tölckes) kritisierte zwar die Systemlosigkeit des Programmentwurfs, verteidigte jedoch das (individualistische) Recht auf den vollen Arbeitsertrag und grenzte sich scharf gegen den »blanken Kommunismus« ab. Vgl. den »Volksstaat« v. 30. 4. 75.
- 28 Vgl. F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. IV, 114124. Sehr interessant: Die Höchbergsche Zeitschrift » Die Zukunft« 1877/78. In ihrem Programmartikel wird ein ethisch-sentimentaler Sozialismus propagiert. Eine Polemik über die Stellung der Partei zur Religion zwischen M(ost) und K(ayser) bildet eine gute Illustration zu der späteren Parteilosung » Religion ist Privatsache« und erläutert die Debatten in der Partei über die Propaganda des Massenaustritts aus der Kirche, die Most 1878 eröffnete.
- 29 Vgl. F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (MEW 20, 16 ff.) und die Debatte darüber auf dem Gothaer Kongreß 1877.
- 30 Die Verkennung dieser Verschiedenheit bei Überbetonung der Zusammenhänge zwischen der Ideologie von 1789 und der Sozialdemokratie kennzeichnet das Buch von F. Lenz, Staat und Marxismus (vgl. insbesondere Teil II: Die deutsche Sozialdemokratie, Stuttgart und Berlin 1924).
- 31 Vgl. K. Kautsky, Sekte oder Klassenpartei? in: Neue Zeit Jg. XXVII, 2, 10 ff.
- 32 F. Engels, Zur Wohnungsfrage, MEW 18, 218 ff.

11. Die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz

- 4. Die Sozialdemokratie zu Beginn des Sozialistengesetzes
 - 1 W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 4. Aufl., Berlin 1919, 454.
 - 2 F. Mehring, a.a.O. Bd. IV, 360.
 - 3 Vgl. G. Sinowjew, Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands, Hamburg 1922.
 - 4 Unter den nichtsozialistischen Schriftstellern vertritt Oncken (z. B. a.a.O. 497) diese Auffassung mit besonderem Nachdruck. Die folgenden Teile dieser Abhandlung, die zu einem anderen Ergebnis über die Entwicklung der Kontroverse Marx-Lassalle kommt, richten sich damit auch gegen Oncken, insbesondere gegen das 3. Buch »Historische Perspektiven«, um das die 3. Auflage seiner Lassalle-Biographie erweitert ist. Die national-politischen Werturteile über den vermeintlichen Siegeszug des Marxismus in der deut-

schen Arbeiterbewegung nach 1875 bzw. 78, die den größten Teil dieses Anhangs ausmachen, interessieren hier selbstverständlich nicht.

- 5 Die idealistisch-aufklärerische, nicht materialistische Substanz der anarchistischen und der deutschen syndikalistischen Ideologien bewirkte, daß auch in den späteren Phasen ihrer Entwicklung die unsystematische, ressentimentdurchsetzte Theorie der »Selbstzwecktendenzen« das A und O der Kritiken der anarchistischen und syndikalistischen Strömungen an der Sozialdemokratic bildete. Nach dieser Theorie muß jede sozialistische Massenbewegung, sofern sie sich zentralistisch-straffer organisatorischer Formen bedient, durch den stets zur Bürokratie entartenden disserenzierten organisatorischen Apparat in ihrem Wesen verfälscht, korrumpiert und zur Durchsetzung ihrer sozialistischen Ziele unfähig werden. Der Parteiapparat wird aus einem Mittel zum »Selbstzweck». An Stelle der historischen Ziele des Proletariats bestimmt die Rücksicht auf die Erhaltung und Vergrößerung der Organisation, auf die gefüllte Parteikasse die Politik der Partei. (In besonders prägnanter Form sind diese Gedankengänge in einem Artikel von G. Hippe, »Unsere Organisationsformen« in der syndikalistischen »Einigkeit« – Jg. 1911, 37 ff. – formuliert. Außer der später im Text erwähnten Literatur vgl. u. a. F. D. Nieuwenhuis, Der staatssozialistische Charakter der deutschen Sozialdemokratie – Archiv f. Sozialw. u. Sozialpol., Bd. 28.)
- 6 In dieser Beziehung findet man unter dem Sozialistengesetz eine spätere Konstellation in der Partei (1903-1908) vorgebildet: den Gegensatz zwischen dem Parteivorstand und der Mehrheit der radikalen Parteitage einerseits, die das Gros der Parteimitgliedschaft repräsentierten, und der revisionistischen Mehrheit der Reichstagsfraktion andererseits, in der sich die Struktur der Wählerschaft widerspiegelte.
- 7 Eine Bezeichnung Mehrings, a.a.O. Bd. IV, 155.
- 8 Vgl. I. Auer, Nach zehn Jahren, II. Aufl. Nürnberg 1913, S. 18.
- 9 Auer, a.a.O. 23.
- 10 Bei diesen Zahlen ist das Plus der Stichwahlen gegenüber den Hauptwahlen berücksichtigt.
- 11 Auer, a.a.O. 24.
- 12 Vgl. F. Engels, Briefe an E. Bernstein, Berlin 1925, 54.
- 13 Die 1878 in Frage gestellten organisatorischen Werte waren natürlich geringfügig im Vergleich zu dem gewaltigen bürokratischen Apparat der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften 1914, dessen Sicherung der entscheidende Anlaß für die Burgfriedenspolitik der Partei- und Gewerkschaftsführung zu Beginn des Weltkrieges war. Die Feststellung, daß bereits auf der niedrigen Entwicklungsstuse der sozialdemokratischen Organisation 1878 die Angst vor Kämpsen, die den Bestand der Organisation gefährden konnten, die Parteipolitik beherrschte, läßt die Rolle dieses Organisationssetischismus in der späteren Parteigeschichte erkennen.
- 14 Diese Bezeichnung bürgerte sich schnell in der Parteisprache ein.
- 15 Auer, a.a.O. 95.
- 16 Vorwärts vom 21. 10. 1878.
- 17 Rechenschaftsbericht der sozdem. Reichstagsfraktion zu den Reichstagswahlen von 1879, neu abgedruckt in: Dokumente des Sozialismus, Bd. III, 554.
- 18 Vgl. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 72.
- 19 A.a.O. 553. (flum, 19-4)
- 20 Auer, a.a.O. 98 f.
- 21 Zitiert von J. Most, »Taktik« contra »Freiheit«? London 1879, 5. Vgl. auch F. Mehring, a.a.O. Bd. IV, 165.
- 22 »Der Vorwurf, . . . die vertrauensvoll nach ihren Führern blickenden Massen in der schwierigsten Situation zum Teil ohne Rat und Führung gelassen, und sie dadurch in Verwirrung und Schrecken gebracht . . . die Zersprengung und den Rückmarsch verschiedener Truppenteile ermöglicht und verursacht zu haben dieser gewichtige Vorwurf bleibt auf der Parteileitung unter allen

Umständen sitzen. G. v. Vollmar, in einem von Most (a.a.O. 35 f.) unwidersprochen zitierten Briefe vom 4. 8. 1879. Mehring stellte in der ersten Auflage seiner Parteigeschichte bei der Besprechung des Wydener Kongresses (1880) fest: "Zweifellos war die Situation nicht durch die Führer, sondern durch die Massen gerettet worden. Dieser Satz wurde in den späteren Auflagen auf das Drängen von Auer und Bebel gestrichen. Vgl. Mehring, a.a.O., Bd. IV, 363.

- 23 »Die meues und die saltes Parteis, zitiert in der »Freiheits vom 28. 6. 1879.
- 24 Die »Laterne« erschien bis Ende Juni 1879.
- 25 J. Most, »Taktik« contra »Freiheit«, 10 f.
- 26 Dies beweisen zahlreiche Arbeiterkorrespondenzen in der »Freiheit«.
- 27 Vgl. J. Most, Die Lösung der sozialen Frage, Berlin 1876.
- 28 Vgl. das Urteil Marxens (Briefe . . . an F. A. Sorge, 163); »Wir werfen dem Most nicht vor, daß seine Freiheit zu revolutionär ist, wir werfen ihm vor, daß sie keinen revolutionären Inhalt hat, sondern nur in Revolutionsphrasen macht. « (MEW 34, 411).
- 29 Rote Märznummer der »Freiheit« vom 15. 3. 1879.
- Die Entwicklung J. Mosts, die in der Biographie R. Rockers (J. Most, Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924) nur ungenügend und zu deutlich durch die syndikalistischen Anschauungen Rockers gefärbt dargestellt ist, bietet eine Reihe für das Verständnis der Emigrantenpsyche und der Entstehungsgründe der proletarisch-»anarchistischen« Bewegung äußerst wichtiger Fakten. Die auch in Darstellungen von bürgerlicher Seite übergegangene Legende der Sozialdemokratie über den »tollgewordenen« Most und die Bedeutungslosigkeit der von ihm propagierten Ideen kann zweifellos nicht aufrechterhalten werden, wie seine spätere Tätigkeit in der linksradikalen Arbeiterbewegung Nordamerikas beweist. In einer Schrift »Der kommunistische Anarchismus« (New York 1889, Neuausgabe unter dem Titel: »Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats«, Verlag der Aktion, Berlin 1921) z. B. erörtert Most Fragen der revolutionär-proletarischen Massenbewegung, die in Deutschland in gleicher Klarheit erst nach 1919 durch die III. Internationale zur Debatte gestellt wurden.
- *Schon vor Jahren machte sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine eklige Krankheit geltend: der Geschäftssozialismus! Die Zeitungen und Druckereien schossen wie Pilze aus der Erde, gewöhnlich nicht, um einem *dringenden Bedürfnis* abzuhelfen, sondern nur, um irgendwelchen Parteispekulanten, Redaktions-, Expeditions- und Druckleitern Stellen zu schaffen... Eine Art sozialdemokratischen Pfaffentums entwickelte sich«, das zu Beginn des Sozialistengesetzes die Politik der Partei bestimmte. *Arbeiter, haltet die Augen auf! Das goldene Kalb hat seinen Einzug bei Euch gehalten; werft es herab vom Sockel der Partei; haltet Kehraus mit Euren Pfaffen!* (Most, *Taktik« usw., 21 f.)
- 32 Freiheit vom 26. 4. 1879. Ihr Verfasser war ein früherer Führer der Berliner Sozialdemokratie, Milke.
- 33 Der Antiparlamentarismus, das Schibboleth der späteren »anarchistischen«, in Wirklichkeit antiparlamentarischen Strömungen in der Arbeiterbewegung ist hier erstmalig formuliert. Most knüpfte bei seiner Propagierung an die (von ihm mißverstandene Rede Liebknechts von 1869 an.
- 34 Ähnliche Stimmungen kamen später in einer Anklageschrist gegen eine Reihe von Parteiführern, unterzeichnet »Die vereinigten Berliner Ausgewiesenen von Hamburg und Umgebung« auf dem Kongreß zu Wyden 1880 zum Ausdruck. (Vgl. Protokoll d. Kongresses . . . auf Schloß Wyden, Zürich 1880, 44 f.)
- 35 Vgl. Protokoll von Wyden.
- 36 Vgl. Sozialdemokrat vom 24. 5. 80 (Erklärung der Berliner Organisation für Hasselmann) und v. 8. 6. 80 (Flugblatt der Reichstagsfraktion zum Fall Hasselmann).
- 37 Mehring, a.a.O. Bd. IV 191.

- 38 Vgl. A. Bebel, Rede über das Reichs-Militär-Etat-Gesetz, Leipzig 1888 und Sozialdemokrat v. 5. 3. und 18. 4. 1880.
- 19 Vgl. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 45 ff.
- 40 An deren manchmal in manchen Punkten wirklich etwas zu passiven Haltung« bei Erlaß des Sozialistengesetzes übt der Revisionist Bernstein noch 1907 Kritik. (Vgl. Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. II, 26.) Die Parteileitung selbst mußte feststellen, daß die Kritik fast aller Organe des internationalen Sozialismus an der Sozialdemokratie darin gipfelte, die Partei sei ihren Zielen untreu geworden. (Sozialdemokrat v. 18. 4. 80).
- 41 »Die Gefahr einer Spaltung stieg drohend auf: Das vorgeschrittene Proletariat konnte der Führung der unberechenbaren Freiheit verfallen, das weniger entwickelte an den farblosen Blättern versumpfen« (Mehring, a.a.O. Bd. IV 166).
- Die Rentabilität des nun eingeschlagenen Weges der illegalen Agitation hatte Bebel bereits bei der Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstag, unbewußt die Abhängigkeit der sozialdemokratischen Organisation von den Marktgesetzen veranschaulichend dargelegt: »Wir werden ferner unter dem Anreiz der verbotenen Frucht einen Preis stellen können, der uns einen solchen Nutzen abwirft, daß die uns auf andere Art und Weise abgeschnittenen Agitationsmittel doppelt und dreifach eingebracht werden« (Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstage, Hamburg 1878, 37).
- Die Kritik Marxens und Engels' ging in der gleichen Richtung. Vgl. z. B. den Brief Marxens an Sorge vom 19. 9. 79 (Briefe . . . an F. A. Sorge, 162 f.); ferner die Briefe Engels' an Bebel in dessen Memoiren (Aus meinem Leben III, 55 ff. und 60-64). Sehr scharfe Urteile enthalten die Briefe Engels' an J. Ph. Becker vom 1. 7., 8. 9., 15. 9., 19. 12. 1879 und 1. 4. 1880. Vgl. F. Engels, Vergessene Briefe, (MEW 34, 410 ff.; 382 f.; 390 f., 392 f.; 432 ff.; 440 ff.). Ein Zirkular Engels' an die deutschen Parteiführer, in dem die anfängliche Haltung der Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz auf das schärfste kritisiert wurde (Briefe . . . an F. A. Sorge, 165), ist, wie vieles andere, bisher noch nicht veröffentlicht worden.
- 44 Er erschien ab 18. 9. 1879.
- 45 Vgl. die erste Nummer.
- 46 Protokoll von Wyden, 45.
- 47 Sozialdemokrat vom 29. 2. 1880.
- 48 A.a.O. 108 f.
- 49 Vgl. z. B. Protokoll von Wyden, 24.
- 50 Der C. A. B. V. London ein Symptom spaltete sich Mitte 1880.
- 51 Die Reichstagsfraktion frönte der »Unsitte des Opportunitätskultus« um einen Ausdruck des späteren Opportunisten Bernstein (Sozialdemokrat v. 15. 9. 81) zu gebrauchen in einem solchen Maße, daß sie den radikalen »Sozialdemokrat« mehrfach vor dem Reichstag desavouierte.
- 52 Vgl. Sozialdemokrat vom 6. und 3. Juni; 20. Juni; 4., 11. und 18. Juli 1880.
- 53 Vgl. ebenda 5. 3. und 4. 4. 1880.
- 54 Vgl. darüber das 7. Kapitel.
- 55 Vgl. A. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 154 und 231 f.
- 56 Sozialdemokrat vom 17, 10, 1880.
- 57 A.a.O., Artikel vom 7. 3. 1880: » Was tun?«
- 58 Die Gedanken des zitierten Artikels wurden übrigens in einer Arbeit Vollmars (»Der isolierte sozialistische Staat« in: Jahrbuch für Sozialwiss, hsgg. v. Richter, 1879, Bd. I, 54 ff.) näher ausgeführt, die durch eine für die damalige Zeit erstaunliche Bestimmtheit in der Erörterung der wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur ausgezeichnet ist.
- 59 Sehr gut veranschaulichen dies die Autobiographie Bernsteins (in: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart usw. Leipzig 1924) und die Eldoradoreden Vollmars von 1891 (vgl. G. v. Vollmar, Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, München 1892).

- 60 Sie war die Bearbeitung einer Preisaufgabe C. Höchbergs über das Thema: "Welche Maßregeln hat die sozialistische Partei durchzuführen, wenn sie in nächster Zeit einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen sollte?" Sie blieb, abgesehen von einigen Teilen, die Liebknecht in seine Broschüre "Trutz Eisenstirn" hineinarbeitete, unveröffentlicht und ist z. T. in der Liebknecht-Biographie K. Eisners (W. Liebknecht, sein Leben und Wirken, II. Aufl. Berlin 1906) mitgeteilt.
- 61 Eisner, a.a.O. 86. Eine exakte Voraussicht der Ereignisse vom November 1918!.
- 82 *Während der ganzen Dauer des Sozialistengesetzes sahen wir (d. h. die Reichstagsfraktion) streng darauf, es zu keiner allgemeinen illegalen Organisation kommen zu lassen.« (Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 137). Die Illegalität der Partei beschränkte sich auf örtliche geheime Gruppen, denen nach den Wünschen der Parteileitung einzig und allein die mündliche Agitation und der Verschleiß von Broschüren und Zeitungen obliegen sollten.
- 5. Die parlamentarische Praxis der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz
 - 1 Vgl. C. Jurenew, Der Sozialismus als Ware, in: Grünbergs Archiv, Vl, 279.
 - 2 Vgl. Auer, Nach zehn Jahren, Schluß des Vorworts.
 - 3 Vgl. das organisatorische Referat Auers auf dem Parteitag zu Halle 1890.
 - 4 H. Müller, Der Klassenkampf in der Sozialdemokratie, Zürich 1892. 26.
 - 5 W. Liebknecht, Trutz Eisenstirn, Teil I (Sozialdemokr. Bibliothek, XXIX), London 1889, 4; veröffentlicht unter dem Pseudonym Vetter Niemand. Wir wählen dieses Zitat, weil es besonders prägnant einen in den Wahlaufrufen häufigen Gedanken formuliert.
 - 6 Vgl. den Brief Engels' an Bebel vom 24. Nov. 1879, MEW 34, 426, und: Das Kommunistische Manifest, MEW 4, 472.
 - 7 Vgl. S. 25 dieser Arbeit.
 - 8 K. Eisner, W. Liebknecht, 89.
 - 9 Vgl. den Brief Bebels an Engels, v. 18. t. 1879, in: A. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 77.
- 10 K. Marx, Der achtzehnte Brumaire, MEW 8, 144.
- 11 Vgl. 2. B. den Wahlaufruf v. 1884: »Und was ist das Ziel? Die Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Zustände. Alles andere ist Neben- und Beiwerk.« (Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage, Tätigkeitsberichte und Wahlaufrufe aus den Jahren 1871-1893. Berlin 1909, 219, vgl. auch 251. Diese Ausgabe wird im folgenden unter der Abkürzung SR zitiert. Die Entwürfe der Wahlaufrufe stammen von W. Liebknecht.)
- 12 Wahlaufruf v. 1881, SR 215.
- 13 Vgl. das 6. Kapitel dieser Arbeit.
- 14 Wahlaufruf v. 1881, SR 214.
- 15 Aufruf von 1887, SR 267.
- 16 Brief an Bebel vom 23. 10. 1879, a.a.O. 72.
- 17 Unwidersprochen zitiert von H. Müller, Der Klassenkampf usw., 24.
- 18 Vgl. P. Kampffmeyer, v. Vollmar und die Sozialdemokratie, Berlin 1892. Die Nachsichtigkeit der Partei gegenüber sog. rechten Abweichungen kennzeichnet eine Szene auf dem St. Gallener Parteitag 1887, in deren Mittelpunkt der erwähnte Kandidat des Magdeburger Wahlkreises stand. Sie bildet eine gute Erläuterung zu der scharfen Wendung dieses Kongresses gegen links (Anarchistenresolution!): »Es wurde sehr scharf getadelt, daß der Abgeordnete Heine (Magdeburg) in einem Prozesse zu seiner Verteidigung gesagt hatte: »Ich stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft von 1881. Heine antwortete darauf mit gutem Humor: »Nun ja, ich habe eine Dummheit gemacht und werde noch mehr machen! Für diesen Witz verzieh ihm der

Parteitag lachend seinen faux pas. « (W. Blos, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, München 1914-19, Bd. II, 163.)

6. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen den » Anarchismus» unter dem Sozialistengesetz

- 1 Vgl. K. Marx, St. Max, Teilabdruck der »Heiligen Familie«, MEW 3, 9 ff.
- 2 K. Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, 63 ff.
- 3 Vgl. Marx oder Bakunin? (Neuausgabe der Marxschen Allianzbroschüre) Stuttgart 1920; Engels, Die Bakunisten an der Arbeit, MEW 18, 476 ff.; ders. Internationales aus dem Volksstaat, MEW 22, 416 ff.
- 4 Kritik der sofortigen Abschaffung des Staates als ersten Aktes der proletarischen Revolution, der die Theorie der proletarischen Diktatur und die Lehre vom allmählichen Absterben des Staates gegenübersteht.
- 5 G. Plechanow, Anarchismus und Sozialismus, III. Aufl., Berlin 1911.
- 6 E. Bernstein, Die soziale Doktrin des Anarchismus, in: Die Neue Zeit, Jgg. X, Bd. 1 und II.
- 7 Vgl. Die Kritik Lenins an Plechanow in: Staat und Revolution. Berlin 1926 (Elementarbücher d. Kommun. Bd. 10), 99 f.
- 8 Vgl. H. Zoccoli, Die Anarchie, Leipzig 1909, 226.
- 9 H. Mackay, Die Anarchisten, Kulturgemälde, Berlin, 1911 u. a. S. 184, 198 ff., 209.
- 10 Vgl. H. Zoccoli, a.a.O. 259 ff.
- Dies das Ergebnis der Arbeit von P. Eltzbacher, Der Anarchismus (Berlin 1900), auf die die Kelsensche Kritik des »anarchistischen« Marxismus im wesentlichen rekurrieren dürfte.
- 12 Vgl. H. Kelsen, Sozialismus und Staat, 9.
- 13 Die in der deutschen Sprache übliche Wendung »Propaganda der Tat» ist eine mißverständliche Übersetzung der ursprünglich französischen Wendung »propagande par le fait«. Vgl. darüber H. Zoccoli, a.a.O. 501.
- 14 J. Most entwickelte seine Ansichten über die Propaganda durch die Tat am deutlichsten in seiner Broschüre: Die freie Gesellschaft, New-York 1884. Über die anarchistische Bewegung in Deutschland in den 80er Jahren vgl. Der Anarchistenprozeß Reinsdorf und Genossen, Leipzig 1884 und J. Most, A. Reinsdorf und die Propaganda der Tat, II. Aufl. New-York 1890. Diese Schrift Mosts wird von seinen Anhängern als der Katechismus der "Propaganda durch die Tat" bezeichnet.
- Note Frankfurter Genossen (die Verfasser eines scharfen Aufrufes gegen die Reichstagsfraktion; vgl. das nächste Kapitel. Br.) werden auch als Anarchisten gebrandmarkt. Das ist bei einem Teil von uns ein Schimpfwort geworden, mit dem man alle jene regaliert, die ein schärferes Wort gegen Personen und Zustände gebrauchen, als das von einzelnen deutschen Arbeiterblättern festgesetzte Normalmaß der Kritik zuläßt. Das Wort Anarchiste muß heute bei dem wohlerzogenen Arbeiterparteilere die Bezeichnung Sozialdemokrat wird möglichst vermieden ungefähr denselben Abscheu und dieselbe Gänsehaut erzeugen, wie wenn dem Bourgeois gesagt wird: Der und der ist ein Sozialdemokrat! Wir sind wahrlich recht vorgeschrittene.« (Bebel, im »Sozialdemokrat« v. 21. 5. 1885.)
- 16 W. Liebknecht, Hochverrat und Revolution, Sozialdemokratische Bibliothek, Bd. XVI, Zürich (887, 32.
- 17 W. Liebknecht, Trutz Eisenstirn, Teil I, 27.
- 18 SR 200.
- 19 SR 247.
- 20 W. Liebknecht, Trutz Eisenstirn, Teil 1, 16. Vgl. demgegenüber Marx: »Der Kannibalismus der Konterrevolution selbst wird die Völker überzeugen, daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft

abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel – den revolutionären Terrorismus. « (Neue Rheinische Zeitung v. 6. Nov. 1848, in: Aus dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels, MEW 5, 457.

- 21 W. Liebknecht, a.a.O. Teil II, 5.
- 22 A.a.O. 63.
- 23 A.a.O. 21.
- 24 A.a.O. 53. "Uber den 13. Juni aber vertrösteten sie sich mit der tiefen Wendung: Aber wenn man das allgemeine Wahlrecht anzugreifen wagt, aber dann! Dann werden wir zeigen, wer wir sind. Nous verrons." (K. Marx, Der achtzehnte Brumaire, MEW 8, 145.
- 25 SR 275, und Liebknecht a.a.O. Teil II, 42.
- 26 A.a.O. 20, vgl. auch die Programmrede Liebknechts auf dem Parteitag zu Halle 1890.
- 27 SR 209. "Es gab damals viele Arbeiter, welche unter dem Druck des Sozialistengesetzes dem Anarchismus in die Arme getrieben wurden. Daß der Anarchismus in Deutschland nicht mehr Boden gewann, ist einzig und allein das Verdienst der Sozialdemokratie, welche ihn überall bekämpfte und sein Eindringen in die große Armee der sozialistischen Arbeiter verhinderte, wozu weder eine Regierung noch eine Polizei befähigt ist. (W. Blos, Denkwürdigkeiten usw., Bd. I, 96).
- 28 SR 240.
- 29 SR 248.
- 30 Dies Wort nicht in jener engeren Bedeutung gebraucht, die es 1891 in der Sozialdemokratie als Bezeichnung für den »staatsmännischen« Opportunismus Vollmars erhielt.

7. Der Dampfersubventionsstreit und die antiparlamentarische Strömung in der Sozialdemokratie

- 1 Vgl. z. B. F. Engels, Briefe an Bernstein, 167.
- 2 Vgl. Sartorius v. Waltershausen, a.a.O. 358 ff.
- 3 Eine Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Auffassungen des Marxismus, insbesondere eine Darstellung seiner Haltung zu den Fragen der imperialistischen Politik, die erst nach Marxens Tode akut wurden, kann nur durch die Interpretation kleinerer Aufsätze und Reden Marx'-Engels' gewonnen werden. Vgl. K. Marx, Rede über die Frage des Freihandels, Anhang zu: Das Elend der Philosophie, 169 ff.; ferner die Ausführungen Engels' über die Listschen Schutzzollideen und über Schutzzoll? oder Freihandelssystem im Literarischen Nachlaß von Marx und Engels, Bd. II, 393 ff. und 429 ff.
- Die knappste Formulierung der angedeuteten marxistischen Gedankengänge ist u. E. in einigen Sätzen Lenins gegeben: » Wir wissen, daß Trusts ein Fortschritt sind . . . Aber wie kämpfen wir? Es ist Sache der Bourgeoisie, Trusts zu entfalten . . . Wir » fordern« eine solche Entwicklung nicht, wir » unterstützen« sie nicht, sondern wir kämpfen dagegen!« (Aufsatz: Über die Losung der Abrüstung, in: N. Lenin und G. Sinowjew, Gegen den Strom, Hamburg 1921, 502 f.)
- 5 F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. IV, 268.
- 6 Wahlaufruf von 1881. Der Aufruf fährt fort: "Gewiß muß das Wohl unserer Nation uns am Herzen liegen, allein gerade, weil wir an die Solidarität und Interessengemeinschaft der Menschen glauben, erblicken wir in der internationalen Verbrüderung die Verwirklichung des nationalen Ideals." Vgl. auch die Kritik solcher "Humanitätsduselei" durch den Gothaer Programmbrief Marxens (MEW 19, 11 ff.).
- 7 A. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 63.
- 8 Engels an Bebel vom 14. 11. 1879, a.a.O.
- 9 »Die Kolonien, die allenfalls noch zu haben sind, bieten infolge der niederen

Kulturbedürfnisse ihrer Ein- oder Anwohner so geringe Aussichten auf Absatz, daß an eine erhebliche Besserung unseres Handels und unserer Industrie durch eine mehr oder weniger abenteuerliche Kolonialpolitik nicht zu denken ist. « (Wahlaufruf von 1881, SR 198 f.) »Solche Landstriche, deren Annektion oder Eroberung, wie die der englischen oder sonstigen Kolonien, dem »Mutterlande« einen bedeutenden Warenexport ermöglichen würden, sind nicht vorhanden, und die herrenlosen Landstriche versprechen nur einen sehr fraglichen Nutzen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir ernsthaften Bestrebungen (!) zur Hebung des deutschen Exporthandels abhold seien. « (Wahlaufruf von 1884, SR 243.)

- Die Fragen, in denen sozialdemokratische Abgeordnete aus der reinen Negation heraustreten können, sind sehr eng begrenzt. Es sind alles Fragen, in denen das Verhältnis der Arbeiter zum Kapitalisten direkt ins Spiel kommt: Fabrikgesetzgebung, Normalarbeitstag, Haftpflicht, Lohnzahlung in Waren usw... In allen anderen ökonomischen Fragen, wie Schutzzölle, Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Assekuranzen usw., werden sozialdemokratische Abgeordnete immer den entscheidenden Gesichtspunkt behaupten müssen, nichts zu bewilligen, was die Macht der Regierung gegenüber dem Volke verstärkt. Engels an Bebel vom 24. 11. 1879, MEW 34, 423 f.
- 11 Vgl. W. Blos, Denkwürdigkeiten usw. Bd. II, 126.
- 12 A.a.O.
- 13 Sie bestand aus Bebel, Liebknecht, H. Rödiger und W. Stolle. Vgl. Engels, Briefe an Bernstein, 164.
- 14 Vgl. W. Blos, a.a.O., Bd. II, 127.
- 15 A.a.O. 267.
- 16 Den Standpunkt der Fraktionsmehrheit in der Kolonialfrage kennzeichnet Blos wie folgt: »Wir faßten sie so auf, daß das Volk hier nur die Mittel aufbringen sollte, um einzelnen Kapitalistengruppen die Möglichkeit neuer Profite zu schaffen. Außerdem erschienen uns die Kolonien im ganzen unrentabel.« (a.a.O. 124).
- 17 Vgl. Sozialdemokrat v. 22. Jan. 1885. Diese Resolution, die die Mitgliedschaft allerorts zu Protesten gegen die Haltung der Fraktion aufforderte, war ohne Wissen der Redaktion dem »Sozialdemokrat« beigelegt worden. (Vgl. F. Engels, Briefe an Bernstein, 164.) Ihr stimmten die meisten deutschen Gruppen der Sozialdemokratie in der Schweiz zu.
- 18 Über die Auffassungen der Fraktionsmehrheit vgl. die Feststellung Mehrings (a.a.O. 268), daß sie »mit ihrem Standpunkte im historischen Rechte« war, d. h. nur die prinzipiellen Auffassungen der Sozialdemokratie konsequent vertrat.
- 19 Max Schippel, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch, Berlin 1902, 338.
- 20 Die Mehrheit der Fraktion hielt ständige Sonderkonferenzen ab. Ihre Führer organisierten sich, um den Fraktionskampf in der Partei besser leiten zu können, in einem besonderen »Privat«-Zirkel. (Vgl. W. Blos, a.a.O. Bd. II, 127 f.)
- 21 Abgedruckt im »Sozialdemokrat« vom 2. 4. 1885.
- Vgl. die Erklärungen der Gruppen von Brüssel, Genf, London, Paris; Barmen, Elberseld, Königsberg, Leipzig, Mannheim, München und der hessischen Landeskonserenz im »Sozialdemokrat« vom 23. 4. 1885.
- 23 Sozialdemokrat vom 23. 4. 1885. Seine Versasser waren L. Opisizius, Prinz u. a., die von Bebel verteidigt wurden, der »gerade in jener Periode seines Lebensganges mit einer manchmal komischen Angstlichkeit bemüht war, den geringsten Schimmer von »gemäßigter Gesinnung zu vermeiden« (Blos, a.a.O. Bd. II, 134).
- 24 Ein Zirkular des bei der Sozialdemokratie gebliebenen Teils des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins London (unter H. Rackow) bezichtigte den radikalen »Sozialdemokrat« der Kapitulation vor dem rechten Parteiflügel. (Sozialdemokrat vom 4. 6. 1885, vgl. auch den Brief Kautskys an Bernstein vom 30. Juni 1885 in: F. Engels, Briefe an Bernstein, 171.)

- 25 Blos, a.a.O. Bd. 11, 132.
- 26 Sie wurde 1887 als Gegenorgan zu dem farblosen »Berliner Volksblatt« gegründet und erschien bis zur Beendigung der Debatte mit der »Jungen«-Opposition 1892.
- 27 Artikel vom 30. 4. und 7. 5. 1887 in dem Organ der österreichischen Sozialdemokratie »Die Gleichheit«, Wien.
- 28 Die Berliner Arbeiter und die Kommunalwahlen in Berlin, Ein Gutachten und ein Rückblick, Berliner Volkstribüne vom 31. 3. 1888.

SCHLUSS

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes und die Sozialdemokratie 👌

- Das geschichtliche Verdienst der »Jungen«-Bewegung besteht in der Kritik des reformistischen Charakters der Sozialdemokratie zu einer Zeit, in der nach der Tradition der radikalen Mehrheit der Partei die revolutionär-marxistischen Auffassungen sich endgültig in der Sozialdemokratie befestigt haben sollen. Zur Orientierung über diese Oppositionsgruppe sei auf die Protokolle der Parteitage von Halle 1890 und Erfurt 1891 und 1892 verwiesen; ferner auf: H. Müller, Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1892; »Der Sozialist«, Organ der Unabhängigen Sozialisten (wie sich die »Jungen« nach ihrer Trennung von der Sozialdemokratie nannten), Berlin 1891/97, und die »Sozialistische Bibliothek«, herausg. von H. Teistler, Berlin 1892.
- 2 Vgl. G. v. Vollmar, Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, München 1892.
- 3 Vgl. K. Kautsky, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil, Stuttgart 1912.
- 4 H. Kelsen, Marx oder Lassalle?, Grünbergs-Archiv Bd. XI, 292. Es muß jedoch betont werden, daß diese Feststellung Kelsens und das gleiche gilt für manche treffende und geistreiche Bemerkung in der parteigeschichtlichen Literatur als Behauptung ohne nähere Beweisführung gemacht ist.
- 5 Vgl. z. B. die Programmkapitel der Schriften von J. Joos, Krisis in der Sozialdemokratie, Mönchen-Gladbach 1911, und R. Brunhuber, Die heutige Sozialdemokratie, Jena 1906.
- 6 Sozialdemokrat vom 22. 11. 1889.
- 7 Das theoretische Niveau der »Neuen Zeit« in den Jahren 1883-1891 ist allerdings nur ein Beweis für die Bemühung um den Marxismus. Die Zeit ihrer größten Annäherung an den Marxismus ist etwa auf die Jahre 1902/03 zu datieren.
- 8 Ein Beweis sind die Programmreden Liebknechts auf den Parteitagen zu Halle 1890 und Erfurt 1891.
- 9 K. Marx, Das Kapital, Bd. I, Kapitel 24, Abschnitt: »Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation«, MEW 23.
- 10 F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, III. Kapitel. Abschnitt »Theoretisches«, MEW 20, 5 ff.
- 11 Vgl. R. Michels, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXV.
- 12 Vgl. das Vorwort Kautskys zur III. Auflage (1921) seiner Schrift »Der Weg zur Macht«.
- Wir legen dabei jene Kriterien zugrunde, nach denen Marx-Engels sich in der Beurteilung des »kleinbürgerlichen« Sozialismus zu richten pflegten. Vgl. z. B. F. Engels im Vorwort von 1887 zur »Wohnungsfrage«: »Andererseits aber in der sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen

Sozialismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt.« Wenn man für entscheidend hält, nicht was die Menschen erklären, sondern was sie in praxi für ihr Ziel tun, so gilt diese Charakteristik für die SD überhaupt.

- 14 Vgl. R. Michels, Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXIII, 471 ff.
- 15 K. Marx, Der achtzehnte Brumaire, MEW 8, 14.
- 16 Ivanoe Bonomi, zitiert von Michels in: Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande, Archiv f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXV, 220.
- 17 Bonomi, a.a.O. 219.
- 18 Die Polemiken Mehrings mit anderen, zur damaligen Parteimehrheit gehörenden Führern (mit Kautsky und Rjazanov über das Lassalle-Marx-Problem; mit dem letzteren über das Verhältnis Marxens zu Bakunin; mit Bebel über Schweitzer) können hier nur angedeutet werden. Um die persönliche Sonderstellung Mehrings in der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende begreiflich zu machen, wäre eine ausführliche Darstellung dieses kompliziertesten psychologischen Phänomens des Journalismus in der Arbeiterbewegung erforderlich.
- 19 F. Mehring, a.a.O., Bd. IV, 355.
- 20 E. Bernstein, Von der Sekte zur Partei, Jena 1911.
- 21 Die syndikalistisch-anarchistische Kritik der Selbstzwecktendenzen des Parteiapparates; die Prognose der Parteispaltung durch die Repräsentanten bürgerlicher Parteien wie Brunhuber und Joos mögen als Beispiele dienen.

Rüdiger Griepenburg, Dirk Hemje-Oltmanns, Elisabeth Meyer-Renschhausen

Arbeiterbewegung und Sozialistengesetz

Thesen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor 1890 und ihren methodischen Problemen

Geschichte der Arbeiterbewegung ist die reale Bewegung der Arbeiter. Diese Bewegung schafft erst die Bedingungen, innerhalb deren Organisationen und Individuen wirksam werden können. Sie ist abhängig von Form und Umfang der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, durch die die Arbeiter als Klasse produziert werden, und vom Verhältnis der Klassen zueinander, d. h. der politischen Herrschaftsformen, innerhalb derer kapitalistisch produziert wird, weiterhin von der Vereinheitlichung bzw. Aufspaltung der Arbeiter durch die jeweils historisch konkrete Form der kapitalistischen Produktion, in der die Arbeiter kollektive Erfahrungen machen und zwar sowohl im Betrieb wie auch in ihrem gemeinsamen Lebenszusammenhang. Diese kollektiven Erfahrungen können zum Handeln der Arbeiter und zu einem Arbeiterbewußtsein führen, das als kollektiver Lernprozeß tradiert werden kann. Das ist die Grundlage der Herausbildung der Klasse für sich. Nur innerhalb dieses Kontexts haben Arbeiterorganisationen eine Funktion. Sie können Ausdruck der gemachten Erfahrungen sein, weiterhin können sie Erfahrungen organisieren und verallgemeinern, aber auch Erfahrung als Lernprozes verhindern. Die Funktion, die jeweils eine Arbeiterorganisation hat, läßt sich nur durch konkrete historische Untersuchung benennen. Durch sie wird man auch ein genaueres Instrumentarium zur Analyse auch des heutigen Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital erlangen können. Die Arbeit von Kurt Brandis halten wir deshalb auch heute noch für wichtig, weil er versucht, die Geschichte der Sozialdemokratie nicht als die Geschichte der Organisation selbst, geschweige denn ihrer »großen Männer« darzustellen, sondern sie auf die gegebenen materiellen, d. h. politischen und sozialen Bedingungen zu beziehen. Dabei zerstört er die Legende von der »heroischen« Vorkriegssozialdemokratie vor 1900, der nicht nur Mehring und Bebel, sondern auch Lenin anhängen. Da Brandis die politische Funktion des Sozialistengesetzes unserer Meinung nach jedoch nicht ausreichend erklärt und weil er seinen Anspruch, die Parteigeschichte auch auf ihren ökonomischen Hintergrund zu beziehen, nur ansatzweise erfüllt, sollen die nachfolgenden Thesen diese Zusammenhänge skizzieren.

1. Das am 19. Oktober 1878 im deutschen Reichstag angenommene »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie« bestimmte in § 1: »Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.«1 Dieses Gesetz, das vom Reichstag in regelmäßigen Abständen verlängert wurde und bis 1890 in Kraft blieb, war der vorläufige Höhepunkt des Kampfes des preußisch-deutschen Staates gegen die entstehende deutsche Arbeiterbewegung. Dieser Kampf wurde mit unterschiedlichen Mitteln geführt: teilweises Nachgeben gegenüber dem Druck der Bewegung der Arbeiter auf der einen Seite und Integrations- und Unterdrückungsmaßnahmen auf der anderen Seite wurden gleichzeitig oder nacheinander angewandt.2 So waren die Einführung des allgemeinen Männer-Wahlrechts für den Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 und des (wenngleich noch eingeschränkten) Koalitionsrechtes 1869 das Ergebnis von Arbeiterkämpfen und der Erwartung Bismarcks, die Arbeiterschaft »durch Verbesserung ihrer Rechtsstellung und Steigerung ihrer Bewegungsfreiheit politisch manipulieren und in dankbare Klienten der Staatsregierung verwandeln zu können«3. Doch nach der Pariser Kommune und nach dem ersten Aufschwung der Arbeiterkämpfe in Deutschland im Anschluß an die Reichsgründung 1871 wurde diese Taktik modifiziert und ihre eine Seite, die Repression, trat stärker hervor.4

Das zeigte sich schon bei der Verhaftung des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 9. September 1870, der Verhaftung Bebels und Liebknechts am 17. Dezember 1870 und ihrer Verurteilung wegen Hochverrats 1872. Besonders sichtbar aber wurden diese Unterdrückungsmaßnahmen in der immer schärferen und systematischeren Anwendung des Strafgesetzbuches und der Vereinsgesetze in den Staaten des deutschen Reiches gegen die Organisationen der Arbeiter. Diese staatlichen Maßnahmen richteten sich zuerst gegen den 1863 von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) und die 1869 von Bebel und Liebknecht gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei später gegen die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands selber, zu der sich beide Organisationen 1875 zusammengeschlossen hatten. Diese Partei umfaßte zum Zeitpunkt ihres Gründungskongresses in Gotha 24 443 Mitglieder⁵, von denen 15322 vom ADAV kamen.6 In der Hauptsache waren diese Maßnahmen jedoch gegen die während der Gründerjahre des Reiches rasch angewachsenen Gewerkschaften und besonders gegen die spontanen Streikkämpfe der Arbeiterschaft gerichtet.⁷ Tatsächlich waren es vor allem diese materiellen Kämpfe der Arbeiter, die den sich herausbildenden Kapitalismus in Deutschland attackierten, nicht (oder nur als Reflex) die Stimmabgabe für eine Partei in einem relativ einflußlosen Parlament.

Mit dieser offensiven Taktik der Repression hatten Staat und Unternehmer nach 1873 Erfolg. Das zeigt sich besonders deutlich in der Statistik der Arbeiterkämpfe in Deutschland zwischen 1869, dem Jahr in dem Gewerkschaftsgründungen legal möglich wurden⁸, und 1878, dem Jahr des Sozialistengesetzes⁹:

Jahr	Zahl der Streiks				
1870	81	,			
1871	186				
1872	214				
1873	222				
1874	99				
1875	43				
1876	40				
1877	6				
1878	13				

Dieses vorübergehende Zurückdrängen der Arbeiterkämpfe kann allerdings nur dann verstanden werden, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus im Deutschland jener Zeit etwas näher ansieht:

Während die erste weltweite Wirtschaftskrise 1857 den ohnehin äußerst niedrigen Lebensstandard der Arbeiter weiter verschlechterte, gelang es ihnen dennoch, zwischen 1860 und 1870 im Rahmen eines allmählichen wirtschaftlichen Aufschwungs eine leichte Verbesserung ihrer Lage zu erkämpfen. Da fabrikmäßige Produktion und dementsprechend die Konzentration und Zentralisation noch gering entwickelt waren¹⁰, hatten gewerkschaftliche Zusammenschlüsse auf nationaler Ebene (1868) auf den Erfolg von Lohnbewegungen keine unmittelbare Auswirkung und zerfielen deshalb bald wieder. Steglich gibt für den gesamten Zeitraum von 1864 bis 1869 nur 193 Streiks an. 11 Ihre Zunahme ab 1870 ist eine Folge der Kriegskonjunktur 1870/71 und der daran anschließenden »Gründerhausse«. Die ab 1873 folgende »Gründerkrise«, die bis 1878/79 dauerte, traf die bis dahin ständig erstarkende Gewerkschaftsbewegung besonders hart, da das Sinken des Reallohns und die Massenarbeitslosigkeit Lohnkämpfe immer schwieriger machten. Der zweite Versuch 1878, eine einheitliche sozialistische Gewerkschaft zu gründen, war deshalb nicht Ausdruck entfalteter Arbeiterkämpfe, sondern eine Gewerkschaftsgründung »von oben« durch die SAPD. Während 1879 ein allmählicher wirtschaftlicher Aufschwung begann, fiel der Reallohn vorerst weiter und erreichte 1881 seinen tiefsten Punkt. Erst danach führte die Produktionssteigerung und die ständig zunehmende Industrialisierung unter den Bedingungen der »Großen Depression« vor allem als Folge des Sinkens der Lebensmittelpreise zu einer relativen Reallohnsteigerung. 12

Produktionssteigerung in der deutschen Industric 1860-1913¹³

Jahr	Ins- gesamt	Pro- duktions- güter	Konsum- tions- güter	Bergbau	Eisen	Metall
1860	13,8	10,0	24,4	12,2	1,1	13,2
1870	17,5	13,3	29,3	17,6	3,2	19,1
1880	24,6	21,6	34,8	29,6	6,4	32,8
1890	40,3	34,7	56,1	41,5	13,1	49,2
1913	100	1 0 0	100	100	100	100

Die Fabrikarbeiter, der Kern jeder dauerhaften gewerkschaftlichen Organisation, bildeten unter den 3,5 Millionen Lohnarbeitern im Jahr 1875 in Deutschland¹⁴ noch eine Minderheit. Und den Arbeitern fehlte auch noch die Erfahrung, daß gewerkschaftliche Organisation, d. h. insbesondere der Ausschluß der Konkurrenz untereinander, für sie nicht nur während wirtschaftlicher Prosperitätsperioden, sondern mehr noch während Krisenzeiten eine lebenswichtige Funktion hat.

2. Zwischen 1871 und 1878 versuchten Staat und Unternehmer, das Koalitionsrecht immer mehr einzuschränken, das Sozialistengesetz war der Versuch, es faktisch wieder abzuschaffen. Das Gesetz richtete sich nicht so sehr gegen die sozialdemokratische Partei, der es ja die Möglichkeit beließ, sich an Wahlkämpfen zu beteiligen und in den Parlamenten vertreten zu sein, sondern vor allem gegen die Gewerkschaftsbewegung, die durch dieses Gesetz fast völlig zerschlagen wurde. Wäre es wirklich so gewesen, daß »das nicht mehr zu übersehende Erstarken der sozialdemokratischen Partei und ihres wachsenden Einflusses« vor allem Bismarck ängstigten und »ihn das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie anstreben« 16 ließen, dann bleibt unverständlich, warum dann nicht gerade Wahlbeteiligung und Parlamentsarbeit der Sozialdemokratie

durch das Gesetz unterdrückt wurden. Bismarck an einer solchen Maßnahme zu hindern, war die sozialdemokratische Partei noch zu schwach. Sie hatte bei den Reichstagswahlen 1877 gerade 9,1%, 1878 7,6% der gültigen Stimmen erhalten, das waren in beiden Fällen weniger als 5% der Wahlberechtigten bzw. weniger als 500 000 Stimmen.17 »Die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter war gerade der Hauptzweck, 4 welchen der weitaus größte Teil der Verehrer des Sozialistengesetzes mit demselben verfolgte. Kann dieser Zweck nicht erreicht werden - und er wird nicht erreicht, denn der Macht der wirtschaftlichen Tatsachen gegenüber muß auch die stärkste Polizeigewalt kapitulieren – so verliert das Sozialistengesetz für den großen und kleinen Bourgeois seinen Wert«.18 Es waren die großen Streikkämpfe 1889/90, an denen sich mehr als 400 000 Arbeiter beteiligten und deren Höhepunkt der Streik von fast 100 000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet war¹⁹, die offenkundig machten, daß das Sozialistengesetz diese Funktion nicht mehr erfüllen konnte. Vor allem aus diesem Grund und nicht so sehr wegen der Taktik der sozialdemokratischen Parteiführung oder der Wahlerfolge der Partei, wurde es 1890 nicht mehr verlängert.

Das Sozialistengesetz war nicht eine staatliche Unterdrükkungsmaßnahme, mit der Staat und Gesellschaft vor der unmittelbaren Bedrohung durch die revolutionäre Sozialdemokratie gerettet werden sollten. Es richtete sich vielmehr gegen die reformistische Interessenvertretung und traf die Arbeiterbewegung zudem in einer Periode der Schwäche und Ohnmacht. Das Wachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen zwischen 1871 und 1878 von 124 952 auf 437 15820 ist ebensowenig ein eindeutiger Beleg für einen entsprechenden Machtzuwachs wie die Zunahme der Wählerstimmen für die KPD zwischen 1930 und 1932. Der erwähnte Rückgang der Arbeiterkämpfe nach 1873 weist sogar eher auf einen realen Machtverlust hin. So wie die Aufhebung des Koalitionsrechtes und die Zerschlagung der Gewerkschaftsorganisationen 1933 war die gleiche Maßnahme 1878 ein Ausdruck dafür, daß die Macht und der Einfluß der Arbeiterbewegung soweit zurückgegangen waren, daß der Staat zu einer präventiven Zerstörung der Organisationen übergehen konnte.²¹ U. a. darin bestand der bonapartistische Charakter der bismarckschen Politik.²² Es waren »Fragen des wirtschaftlichen Interessenkampfes..., die in den siebziger Jahren das Bürgertum geneigt machten, die Bismarcksche Gewaltkur zu versuchen«23. Diese »Fragen des wirtschaftlichen Interessenkampfes« erhielten ihre spezifische, historisch bedeutsame Ausprägung durch die Form der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland.

3. Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise ist der Prozes der Ersetzung und Überwindung handwerksmäßiger Kleinproduktion durch die Zusammenfassung von lebendiger und toter Arbeitskraft (d. h. Maschinen) in Fabriken. Erst eine bestimmte Stufe dieser industriellen Akkumulation, der ein hohes Maß der Konzentration und Zentralisation der Produktion und die Schaffung der großen Industrie entspricht, erzeugt den Fabrik- oder Industriearbeiter, dessen endgültige Unterwerfung unter die Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses ihn zum tatsächlichen sfreien. Lohnarbeiter macht.²⁴ Diese Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise hat notwendigerweise Kämpfe von Lohnarbeitern zur Folge, die noch handwerklich produzieren und für die deshalb die Enteignung oder das Hineintreiben in die großindustrielle Produktion mit ihrer höheren Form von Arbeitsproduktivität und der Fabrikdespotie eine unmenschliche Verschlechterung ihrer Lebenssituation ist. (Man denke an die Weberaufstände und Maschinenstürmerei.)

Abgesehen von einzelnen Ausnahmen kann von der Entstehung einer Industriearbeiterklasse als gesellschaftlich relevanter Schicht in Deutschland erst im Verlauf der 60er Jahre überhaupt gesprochen werden. Es ist deshalb notwendig, systematisch zu trennen zwischen den Bedingungen, die erst die Voraussetzungen kapitalistischer Produktionsweise bilden und entsprechende Kampfformen und -ziele hervorbringen, und solchen Bedingungen, die zur Herausbildung der eigentlichen Industriearbeiterklasse führen. Dieser Transformationsprozeß von einer Form des Lohnarbeiterdaseins in die andere verläuft zumeist in der Weiterentwicklung von Handwerksbetrieben zu fabrikmäßiger Produktion. Wenngleich eine säuberliche Trennung dieser zweifellos unterschiedlichen Kategorien von Lohnarbeitern in der historischen Realität aufgrund des langandauernden Nebeneinanderssichernichtnachvollziehbarist, erleichtern sie als soziale Kategorien den Zugang zur Erfassung des Entwicklungsprozesses der Sozialdemokratie.

Die deutsche Wirtschaft bewegte sich zu Beginn der 1860er Jahre auf einem Produktionsniveau, das, verglichen mit dem englischen Kapitalismus, noch weitestgehend von handwerksmäßiger Produktionsweise beherrscht war.

Ein entscheidender Impuls für eine verspätete aber sprunghafte Weiterentwicklung des deutschen Kapitalismus bildete der Milliardenstrom der französischen Entschädigungssumme von 1871²⁵, der Schlußpunkt der erfolgreichen Bismarckschen Einigungskriege der 60er Jahre. In dieser Phase, den sogenannten Gründerjahren, wurde die Grundlage gelegt für die Herausbildung der späteren Führungsposition Deutschlands in der Eisen-

und Stahlproduktion, des Maschinenbaus, der Elektro- und Chemieindustrie; zugleich wurde mit der Bildung der Großbanken in dieser Zeit die Möglichkeit beschleunigter Kapitalzentralisation geschaffen. Der späte Eintritt Deutschlands in die kapitalistische Industrialisierung und der durch den militärischen Sieg über Frankreich abgepreßte Werttransfer bedingten die dann einsetzende treibhausmäßige Entwicklung kapitalistischer Produktionsbedingungen. Die dadurch notwendige und partiell möglich gewordene Stufe von Kapitalzentralisation bedeutete zugleich eine sowohl unmittelbare als auch langfristige ökonomische Bedrohung der nach wie vor dominanten handwerklichen Produktion. Dieser Widerspruch zeigte sich in der Gründung eines Interessenvereins der rheinisch-westfälischen Industric im Jahr 1871 und der Gründung des Zentralverbandes der Deutschen Industrie Mitte der 70er Jahre sowie in dem 1875 stattfindenden Gothaer Vereinigungsparteitag mit seiner am Handwerk ausgerichteten Produktionsgenossenschaftsidylle, die auf die Vorstellungen Lassalles zurückgeht.

4. Die hier nur skizzierten allgemeinen ökonomischen Entwicklungslinien stehen im Zusammenhang mit der politischen Herrschaftsform Deutschlands. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848 hatte den politischen und militärischen Einfluß des preußischen Adels fortgeschrieben, woran auch der von der Industriebourgeoisie der Rheinprovinzen angezettelte Verfassungsstreit Anfang der 60er Jahre nichts änderte.

Der Widerspruch zwischen der sich immer stärker entwickelnden ökonomischen Macht der Bourgeoisie und der politischen Vorherrschaft des Großgrundbesitzes verlief in der Zeit von 1860 bis 1878/79 in zwei Phasen: Die nationale Einigungspolitik Bismarcks entsprach den Gesamtinteressen der industriellen Bourgeoisie. Die mangelnde Repräsentanz der Bourgeoisie auf der politischen Ebene wurde – angesichts der auch für die Bourgeoisie notwendigen und von Bismarck erfolgreich betriebenen Nationalstaatspolitik - dafür hingenommen, wenn auch nicht befürwortet. (So wurde Bismarck z. B. in den Wahlen zum konstituierenden Reichstag in Norddeutschland im Jahr 1867 vom Lassalle-Nachfolger Schweitzer unterstützt, d. h. auch Teile der Sozialdemokraten betrachteten Bismarck zu dieser Zeit als progressives Moment gegenüber dem preußischen Militäradel.) Nahezu ausgeschaltet war dagegen das Kleinbürgertum, d. h. im wesentlichen das Handwerkertum. Einflußlos in der Politik, zugleich von der aufkommenden Industriebourgeoisie ökonomisch bedroht, bedeutete für diese Schichten die Verdrängung des Adels aus seiner politischen Vorherrschaft und seine Ersetzung durch den von der Sozialdemokratie geforderten »freien Volksstaat« eine tatsächliche Perspektive. Nicht zufällig stellten darum die Kleinbürger in hohem Maß die eigentliche Basis der Sozialdemokratie vor 1878. Die zu dieser Zeit sogar in den expandierenden Industriestädten nur mäßigen Wahlerfolge der SPD (mit Ausnahme von Hamburg und Berlin) belegen diese Tatsache.

Die zwischen Freihandel und Schutzzöllen hin und her lavierende Politik Bismarcks, die 1878/79 in das Sozialistengesetz und die Einführung der Hochschutzzollpolitik einmündete, war der Ausdruck der ökonomischen Labilität des im Weltmaßstab noch schwachen deutschen Kapitalismus. Diese Labilität und die ihr entsprechende Politik findet weder statt auf dem Hintergrund einer herausgebildeten Industriearbeiterklasse noch auf dem entwickelter Arbeiterkämpfe; als ein Indiz dafür können die niedrigen Zahlen gewerkschaftlich Organisierter gelten sowie die sehr geringen Streikzahlen ab Mitte der 70er Jahre. Vielmehr sah sich das System aufgrund der Labilität der politisch-ökonomischen Gesamtsituation gezwungen, zu prophylaktischen Verteidigungsmaßnahmen wie dem Sozialistengesetz überzugehen und konnte das aufgrund der Schwäche der Arbeiterbewegung auch tatsächlich ohne viel Gegenwehr durchführen.27 Die Basis der SPD rekrutierte sich wie gesagt im wesentlichen aus der handwerklichen Kleinproduktion, gleichwohl stellte sie zweifellos die radikalste organisierte Kritik am Bismarckschen Bonapartismus bzw. am preußischen Militarismus, d. h. der politischen Vorherrschaft des Großgrundbesitzes, dar. Die geringen Möglichkeiten der SPD, reale politische Gegenmacht zu entwickeln, bildeten dennoch genügend Zündstoff, um die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen (Großgrundbesitz und Schutzzollbefürworter innerhalb der industriellen Bourgeoisie einerseits und die Gegner der Zölle innerhalb der Handels-Bourgeoisie andererseits) zu verstärken und die bestehende Labilität zu vertiefen.

Nicht der Ansturm der Arbeiterklasse, sondern die historisch bedingte Labilität des sich entwickelnden deutschen Kapitalismus in dieser Phase zwangen das System zu diesen Maßnahmen. Eine wirklich revolutionäre Alternative war aufgrund der gegebenen Klassenstruktur und der entsprechend unentwickelten Kampfformen der Arbeiterklasse nicht möglich.

5. Das Fabriksystem und die damit zwangsläufig veränderte Zusammensetzung der Arbeiterschaft entwickelte sich erst gegen Ende der 70er und vor allem im Verlauf der 80er Jahre. ²⁸ Im Bereich des Steinkohlebergbaus, der Eisen- und Stahlproduktion, im Maschinenbau setzte sich die großbetriebliche Produktion zunehmend durch. Damit entwickelten sich erst die

Voraussetzungen für die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Lohnarbeit. Zugleich konnte sich die Arbeiterklasse nun dort bewegen, wo der Ausgangspunkt ihrer eigentlichen Klassenkraft liegt, in der Fabrik; der betriebliche Kampf begann.²⁹

Diese strukturellen Veränderungen³⁰, d. h. die tatsächliche, konkrete Entfaltung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital, setzten Bedingungen, die den Bezugsrahmen einer Organisation wie der SPD veränderten. Ihre Wahlerfolge gegen Ende des Sozialistengesetzes signalisierten bereits diese Verschiebungen; nicht mehr allein die kleinbetriebliche Handwerkerschaft war ihre soziale Basis, sondern zunehmend das Industrieproletariat. Angesichts dieser Veränderungen war allerdings die Programmatik des Gothaer Parteitages ein Anachronismus; die Perspektive derjenigen Teile des Industrieproletariats, die gegen Ende der 80er und im Verlauf der 90er Jahre in Auseinandersetzungen mit dem Kapital gerieten, konnte wohl kaum in der handwerklichen Produktionsgenossenschaft liegen, wie sie in Gotha noch angestrebt war. Zudem hatten die Aktionen des Staatsapparates, wie etwa der Puttkammersche Streikverboterlaß von 1886, in bestimmtem Ausmaß die Ideologie vom neutralen Staat - wie sie ebenfalls noch im Gothaer Programm vorherrschte – erschüttert. Angesichts dieser Entwicklung ist offenbar, daß das Sozialistengesetz nicht heroischen Widerstandes sozialdemokratischer dank des Reichstagsabgeordneter gefallen ist, sondern durch die veränderte Kampffähigkeit des weiter entwickelten Industrieproletariats, wie sie sich insbesondere in dem spontanen und vehementen Kampf der Bergarbeiter im Ruhrgebiet im Jahr 1889 ausdrückte, der entscheidend zum Sturz des Sozialistengesetzes beigetragen hat.31

Die Reflexion dieser Weiterentwicklung schlug sich, vermittelt über den Druck der eigenen Basis³², in der SPD-Programmatik des Erfurter Parteitages von 1891 nieder. Nicht allein die Marxismus-Rezeption einiger Parteiintellektueller, allen voran Kautsky, sondern dieser politisch-ökonomische Prozeß ist die eigentliche Triebkraft der veränderten SPD-Position.³³ Diese Reflexion war jedoch, wie Brandis immanent ideologisch nachweist, nicht die Durchsetzung des marxistischen Denkens in den Köpfen der Sozialdemokraten, sondern zunächst einmal nur die Beseitigung des historischen Anachronismus von Gotha. In welchem Maß der dem Erfurter Programm unterstellte marxistische Gehalt tatsächlicher Ausdruck der Rolle der SPD in den Klassenkämpfen vor 1914 war, das konnte 1891 noch gar nicht real faßbar sein. Denn eine Voraussetzung dafür, daß ein Programm einer Arbeiterpartei tatsächliche Orientierung in

den Klassenkämpfen sein kann, ist die kämpferische Erfahrung größerer Teile der Arbeiterklasse mit den Grenzen des kapitalistischen Systems. Diese Voraussetzungen entwickelten sich jedoch erst in dem Kampfzyklus nach 1895³⁴, dem Datum des Aufschwungs der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

6. Die Arbeit von Brandis ist in ihrer Bedeutung nur zu verstehen, wenn dabei die theoretische Ausgangsposition Brandis', sein methodischer Ansatz und das vorherrschende Geschichtsverständnis über die Geschichte der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik berücksichtigt werden. Die Arbeit von Brandis gehört zu den von Korsch und Lukacs beeinflußten Analysen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, ebenso wie die beiden Untersuchungen von Heinz Langerhans und Kurt Mandelbaum.35 Geschichte der Arbeiterbewegung aber war damals (und ist es heute noch) in ihrer vorherrschenden Form die Reduktion auf die Geschichte von Arbeiterorganisationen und auf ideengeschichtliche Untersuchungen der Parteiprogrammatik. Eine so verstandene und betriebene Geschichte bedeutete (und bedeutet) ihre unmittelbare Indienststellung für eine der beiden organisatorisch dominierenden Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung, für die kommunistische oder die sozialdemokratische.

Bedeutung für die Legendenbildung Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung hatte dabei die erstmals 1897/98 erschienene, vierbändige »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« von Franz Mehring. Mit diesem Buch etablierte sich die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als eine historische Spezialdisziplin und in ihm wurde das bis 1914 in der deutschen Sozialdemokratie vorherrschende Verständnis der eigenen Organisationsgeschichte unter dem Sozialistengesetz formuliert. Nach diesem (in seinen Grundzügen dann auch von den kommunistischen Historikern übernommenen und insbesondere in der DDR bis heute vorherrschenden) Verständnis, war die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei während des Sozialistengesetzes dadurch gekennzeichnet, daß sie dank der geschickten Taktik der Parteiführung und der Disziplin und Opferbereitschaft der sozialdemokratischen Basis unaufhaltsam an Wählerstimmen zunahm. Die Grundlage dieser Erfolge sollte die schrittweise Übernahme des Marxismus als politisches Programm gewesen sein, dessen vollständige Rezeption das Erfurter Programm der Sozialdemokratie 1891 ausdrücken sollte. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes ist nach diesem Verständnis eine Niederlage des kaiserlichen Staates in Deutschland, die ihm die Sozialdemokratie besonders durch ihre Wahlerfolge bereitete. Die theoretische und organisatorische Vereinheitlichung unter dem Sozialistengesetz wurde als Grundlage verstanden für den Aufstieg der Sozialdemokratie nach 1890 und für die führende Stellung der deutschen Partei innerhalb der zweiten Internationale vor dem ersten Weltkrieg.

Diesem Geschichtsverständnis des linken und des zentristischen Parteiflügels scheinbar diamateral entgegengesetzt erscheint das des revisionistischen Parteiflügels, das sich nach 1918, insbesondere aber nach 1945 in der BRD und innerhalb der Sozialdemokratie weitgehend durchgesetzt hat. Für die Revisionisten bestand die Aufgabe der Sozialdemokratie in der schrittweisen reformerischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft und sie interpretierten die eigene Parteigeschichte auch in diesem Kontext. Entsprechend wurde auch die Auswirkung des Sozialistengesetzes auf die Entwicklung der Sozialdemokratie unterschiedlich beurteilt: im einen Fall war das Sozialistengesetz der gescheiterte Versuch, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu unterdrücken und zu zerschlagen, im anderen Fall der Versuch, sie an der reformerischen Einwirkung auf Staat und Gesellschaft zu hindern.

Brandis versucht nun, die offizielle Parteilegende, die dann in ihren Grundzügen auch die KPD übernahm (um sich damit die historische Kontinuität der Organisations- und Programmgeschichte zu sichern), durch eine immanente Kritik der SPD-Parteildeologie während des Sozialistengesetzes zu zerstören.

Daß die Kritik von Brandis an der vorherrschenden Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung praktisch folgenlos blieb und sich die Diskussion über den Charakter und die Struktur der Vorkriegssozialdemokratie bis heute innerhalb des Rahmens der Argumente und Probleme der zeitgenössischen Akteure in den Parteiführungsgremien bewegt, liegt sicher nicht nur an Brandis' Beschränkung auf eine nur ideologische Kritik. Eine weitere und gewichtigere Ursache liegt in einer doppelten Reduktion: Geschichte der Arbeiterbewegung wird nicht verstanden als die Geschichte der wirklichen Bewegung der Arbeiter, sondern zuerst einmal als Geschichte der Arbeiterorganisationen und diese dann wieder wird zur Geschichte der Parteiführungsgremien verkürzt. Hinter diesem Vorgehen steht eine bei unterschiedlichen Ergebnissen gleiche theoretische Begründung: daß politische Organisationen das Bewußtsein der sozialen Basis erzeugen bzw. entscheidend bestimmen können. Insbesondere solche politische Organisationen, die davon ausgehen, daß es ihre einmalige und unverwechselbare historische Mission sei, den in den Alltagskämpfen befangenen Arbeitern das Bewußtsein ihrer »objektiven Interessen« und eine zentrale Führung zu geben, beanspruchen bis heute den Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter unter dem und gegen das Sozialistengesetz als Teil ihrer eigenen organisatorischen Vorgeschichte.³⁶

Besonders deutlich wird das an der Diskussion über das Erfurter Programm, darüber nämlich, ob es sich um ein genuin marxistisches, teilweise marxistisches oder nichtmarxistisches Programm gehandelt habe. Alle diese Diskussionen gehen davon aus, daß sich aus einem Parteiprogramm wie dem der SPD von 1891 zwingend sowohl der Charakter der Partei als auch eine dem Programm entsprechende Praxis ergeben müsse. Damit wird dann – von dieser Prämisse aus folgerichtig – der »ideologische Kampf« der verschiedenen Richtungen innerhalb der Parteiführung zur entscheidenden Auseinandersetzung über den Charakter und die Praxis der Partei und rückt in den Mittelpunkt der historischen Untersuchungen.

weiteres Defizit der traditionellen, parteioffiziellen Geschichtsschreibung, gegen die Brandis sich richtet, besteht darin, daß diese, nachdem sie die deutsche Sozialdemokratie vor 1900 zur revolutionär-marxistischen Partei emporstilisiert hat (wobei offenbar die Vereinheitlichung nicht durch Aktionen, durch Erfahrungen und deren Verallgemeinerung erfolgen, sondern über das Parteiprogramm), nur unzureichend erklären kann, wie binnen kurzer Zeit aus dieser revolutionären Partei die Organisation wird, deren Führung 1914 den Kriegskrediten zustimmt. Ob das nun platt und unmittelbar mit dem »Verrat« der »rechten sozialdemokratischen Führer« erklärt wird. vermittelter mit dem Aufkommen einer »Arbeiteraristokratie«, mit der Bürokratisierung der Partei³⁷ oder einer Kombination dieser im Grunde gleichartigen Erklärungsmuster, hinter dieser müßigen, weil ausschließlich auf der ideologischen Ebene angesiedelten Apologie der sozialdemokratischen Parteiführung verschwindet die entscheidende Fragestellung nach der Herkunft des sozialdemokratischen Massenbewußtseins innerhalb der Arbeiterschaft.

7. Brandis betont in seiner Einleitung den engen Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Politik, nämlich die »bis ins einzelne gehende Abhängigkeit der Parteientwicklung von den strukturellen und konjunkturellen Wandlungen in der Ökonomie«, ohne dann allerdings diesem Zusammenhang weiter nachzugehen. Sein Fazit ist schließlich, daß die sozialdemokratische Partei immer eine kleinbürgerliche Arbeiterpartei gewesen sei. Zu diesem Ergebnis kommt er aber nicht auf Grund seiner zitierten methodischen Vorgehensweise, sondern dadurch, daß er sich damit begnügt, die mangelnde marxistische Stringenz der SPD-Programmatik im wesentlichen ideolo-

gisch immanent nachzuweisen. Damit wird die These von der Herrschaft des Kleinbürgertums in der Partei zu glatt und monokausal zur letztlichen Erklärung, der unbestreitbare Zusammenhang zwischen Wählerbasis und der entsprechenden Politik der sozialdemokratischen Partei zur dominanten Hypothese, mit der die Widersprüche von Programm und Politik erklärt werden sollen.

Unter Berufung u. a. auf Brandis hat besonders Erich Matthias den programmatischen Anspruch der deutschen Sozialdemokratie am Ende des Sozialistengesetzes organisationssoziologisch interpretiert und das Erfurter Programm primär als einen Versuch des Parteizentrums zur innerparteilichen Integration aufgefaßt.38 Obwohl bereits die Arbeit von Matthias inhaltlich über den politischen Anlaß ihrer Entstehung hinausweist, ist das der Anlaß dafür, Brandis - als einen »linkskommunistischen« Kritiker der Vorkriegssozialdemokratie - mit seinem Ansatz, seinen konkreten Untersuchungen, deren Zielen und Ergebnissen mit den Intentionen sozialdemokratischer Historiker in eins zu setzen. Bewußt oder unbewußt habe er mit der Feststellung, die SPD sei auch während ihrer »heroischen Periode« unter dem Sozialistengesetz keine revolutionäre Partei gewesen, das Geschäft derjenigen Historiker der Sozialdemokratie betrieben, die diese These zur Legitimierung aktueller sozialdemokratischer antimarxistischer Ideologiebildung und Praxis benutzen. Man kann wohl bezweifeln, ob der historisch geglückte und schlüssige Nachweis, daß vor achtzig Jahren die SPD einmal eine »marxistische Partei« gewesen sei, heute irgendeinen Sozialdemokraten - aus nostalgischem Konservativismus - zum Marxisten macht. Dahinter steht die Auffassung, daß der »historisch geführte Nachweis, daß nur die KPD sich zu Recht auf die großen revolutionären Traditionen der alten deutschen Sozialdemokratie ... berufen konnte« politisch benutzt werden kann, um »die breiten Schichten des Proletariats, die noch unter dem Einfluß der rechten Führung der SPD standen, von der Ideologie des Sozialdemokratismus zu lösen«39. Hier wird die Beziehung zwischen Ideologie und deren materieller Basis ins Gegenteil verkehrt bzw. gar nicht mehr wahrgenommen. Die formale Gleichsetzung von »linker« und »rechter« Kritik ist nur dadurch möglich, daß der spezifische methodische Ansatz von Brandis negiert wird; allein die weniger relevanten Resultate seiner Arbeit werden isoliert und in einem anderen Kontext instrumentalisiert.

Es kann nicht darum gehen, mit der besserwisserischen Überheblichkeit des historischen Nachhineins den Nachweis führen zu wollen, die Sozialdemokratie sei bereits im Kaiserreich keine revolutionäre Partei mehr gewesen. Denn diese Feststellung impliziert den Vorwurf, sie hätte es - wenn sie nur auf Marx gehört hätte – sein können, es hätte der Parteiführung freigestanden, ob und wie revolutionär sie Politik machen wollte. Demgegenüber hat Brandis sich zum Ziel gesetzt, die Sozialdemokratie aus den und innerhalb der politischen und ökonomischen Entwicklungsprozesse des Deutschen Reiches zu verstehen, d. h. die Partei als Ergebnis der Klassenkämpfe zu untersuchen. Nur dieser methodische Zugang besitzt noch einen Aktualitätsbezug, nicht mehr der Gegenstand selbst. Ganz allgemein versperrt die Heroisierung von Geschichtsperioden irgendwelcher Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung den methodischen und inhaltlichen Zugang zum entscheidenden Problem der Geschichte dieser Arbeiterbewegung: die Ursachen dafür zu finden, warum gerade die deutsche Arbeiterbewegung 1914 und 1933 die beiden schwersten Niederlagen der Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat hinnehmen müssen.

Anmerkungen

- I Zitiert nach Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1890, Leipzig 1964, S. 128 f.
- Vgl. dazu im einzelnen: Walter Wittwer, Zur Politik des preußisch-deutschen Staates gegen die Revolutionäre Arbeiterbewegung nach der Reichsgründung 1871-1878 in: Die großdeutsch-militärische Reichsgründung 1871, Voraussetzung und Folgen, hrsg. von Horst Bartel und Ernst Engelberg, Band II, Berlin (DDR) 1971, S. 306-356 (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Reihe I: Allgemeine und deutsche Geschichte, Band 36/B).
- Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967, S. 195 f.
 Zur Vorgeschichte des Sozialistengesetzes vgl. neben Wittwer, a.a.O., passim besonders: Wolfgang Pack, Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz 1878-1890, Düsseldorf 1961 (bes. S. 13).
- 5 Fricke, a.a.O., S. 97.
- 6 Jene 15 322 Mitglieder des nunmehr ehemaligen ADAV (Lassalleaner) auf dem Vereinigungsparteitag repräsentierten 148 Orte, die 9121 Mitglieder der ehemaligen »Eisenacher« 144 Orte, siehe Fricke, a.a.O. Für den 2. Kongreß 1877 gibt Fricke 32 000 Mitglieder an, meint jedoch die Gesamtmitgliederzahl der nicht auf dem Kongreß vertretenen sei »weit höher« gewesen.
- 7 Der Kampf von Staat und Unternehmern gegen gewerkschaftliche Kämpfe und Organisationen der Arbeiter ist z. B. für die Bauarbeiter beschrieben bei Karl Gustav Werner, Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin (W) 1958, S. 53 ff.
- 8 Das bedeutet aber nicht, daß es vor 1869 keine Streiks bzw. Arbeitskämpfe gegeben hätte. U. a. daraufhin wurde 1868 erstmals versucht, zentrale Gewerkschaften zu gründen.
- 9 Errechnet nach: Walter Steglich, Eine Streiktabelle für Deutschland 1864-1880, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil II, Berlin (DDR), 1960, S. 235-283.
- 10 1882 arbeiten noch 43% aller Beschäftigten in der Landwirtschaft, erst 1895

sind es nur noch 36,19%, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß lange nicht alle in den Städten arbeitende Fabrikarbeiter sind.

- 11 Steglich, a.a.O.
- Hans Rosenberg, Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, 1873-1893, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln 41973, S. 1873-1896.
- 13 R. Wagenführ, Die Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860-1932, in Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 31, Berlin 1933, S. 56 ff.
- 14 Rudolf Herbig, Notizen aus der Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte vom 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bremen o. J., S. 92.
- Die deutschen Gewerkschaften organisierten noch 1877 in 26 Zentralverbänden und 5 Lokalverbänden 49 000 Mitglieder. Davon waren 8000 Tabakarbeiter, 5500 Buchdrucker, 5000 Tischler und erst 4400 Metallarbeiter. Nach: Dieter Schuster, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, DGB Düsseldorf 41973.
- 16 Ernst Engelberg, Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890, Berlin (DDR) 1959, S. 19.
- 17 Fricke, a.a.O., S. 255.
- 18 Berliner Volksblatt Jg. V, 1888, Nr. 295, zitiert nach: Heinz Langerhans, Partei und Gewerkschaft – Eine Untersuchung zur Geschichte der Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (W) 1972, S. 7 f.
- 19 Fricke, a.a.O., S. 311 f.
- 20 Fricke, a.a.O., S. 255.
- Allerdings unterscheidet sich das nationalsozialistische Regime von dem Bismarckschen Bonapartismus wesentlich dadurch, daß es in der Lage war, die »Macht der wirtschaftlichen Tatsachen« zumindest vorübergehend, d. h. für 12 Jahre, der »starken Polizeigewalt« weitgehend zu unterwerfen. Außerdem bestehen zwischen Sozialistengesetz und Faschismus erhebliche Unterschiede, die vor allem auf den unterschiedlichen Produktionsverhältnissen berühen. Die 1878 vorherrschenden Produktionsverhältnisse zeichnen sich gerade dadurch aus, daß in jhnen die kapitalistische Produktionsweise sich noch nicht zur alles beherrschenden durchgesetzt hatte, im Gegensatz zu der Situation 1933 in Deutschland.
- Andere Elemente sind z. B. in der Bismarckschen Sozialpolitik zu sehen, die ebenfalls eine scheinbare Verselbständigung des paternalistisch drapierten Staates gegenüber gesellschaftlichen Interessen bzw. deren Ausgleich durch den gesellschaftlich neutralen, starken Staat suggerieren sollen.
- 23 Langerhans, a.a.O.
- 24 Dieser Prozeß wird von Marx in den »Resultaten des unmittelbaren Produktionsprozesses« begrifflich gefaßt als Übergang von der formellen zur reellen Subsumtion der menschlichen Arbeitskraft unter die Herrschaft des Kapitals. Vgl. in diesem Zusammenhang auch das 13. Kapitel (»Maschinerie und große Industrie«) im 1. Band des »Kapitals«.
- 25 Vgl. zur Bedeutung der 5 Milliarden Entschädigung als Initialzündung für die Bildung von Industriekapital z. B. Mottek/Becker/Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1974, S. 155.
- 27 Diese Schwäche muß gesehen werden als sowohl strukturelle als auch durch die Bismarcksche Pressionspolitik bedingte, vgl. dazu oben.
- 28 Engels äußerte auf einer sozialdemokratischen Versammlung im September 1893 nach 16 Jahren Abwesenheit in Deutschland »wie großartig der Umschwung ist, der in den ökonomischen Verhältnissen Deutschlands stattgefunden hat«. In: MEW 22, S. 413.
- 29 Insofern ist die absolute Suprematie der Sozialdemokratischen Partei über die Gewerkschaften in der Zeit vor 1878 Ausdruck einer Zeit »in der Deutschland verglichen mit England ein industriell unterentwickeltes Land war«. Langerhans, a.a.O., S. 2.

- Nach den Berechnungen Wagenführs steigt die gesamte industrielle Güterproduktion von 1880-1890 um ca. 65%, während sich die Produktion von Roheisen sogar mehr als verdoppelt, s. o.
- 31 Vgl. dazu etwa H. Wachenheim, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914, Köln 1967, S. 261 ff.
- 32 Vgl. hierzu die Hinweise auf innerparteiliche Auseinandersetzungen bei Hans Müller, Der Klassenkampf in der Sozialdemokratie, Zürich 1892.
- Engels antwortete einem englischen Journalisten, der ihn nach den Gründen des Erfolges der SPD bei den Reichstagswahlen von 1893 fragte, er führe dies »hauptsächlich auf ökonomische Ursachen [zurück]. Wir haben in Deutschland seit 1860 eine so große industrielle Revolution mit allen ihren üblen Begleiterscheinungen durchgemacht wie Sie in England von 1760 bis 1810«. In: MEW 22, S. 147.
- Insofern verkennt eine Position, wie sie sich insbesondere in der entsprechenden DDR-Literatur wiederfindet, die vom Verrat des Programms von Erfurt als historischer Tat der sog, rechten Führer der SPD spricht, die Dialektik von geschriebenen Worten und realer Bewegung und fällt damit ungewollt auf das Niveau ideengeschichtlicher Betrachtungsweise zurück. Vgl. hierzu z. B. das »Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung« (Berlin 1969), wo unter dem Stichwort »Erfurter Parteitag« sestgestellt wird, daß die Mängel des Erfurter Programms »später den Mißbrauch durch die Opportunisten und Revisionisten und die Verbreitung ihrer falschen Ausfassungen« erleichterten (S. 547).
- 35 Vgl. dazu B. Rabehl, W. Spohn, U. Wolter: Historische und politische Voraussetzungen der Kritik Mandelbaums am Sozialdemokratismus und am Leninismus, in: Kurt Mandelbaum, Sozialdemokratie und Leninismus, Berlin 1974, S. 79-119, hier S. 92 ff.
- 36 Vgl. Georg Fülherth und Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 25 ff.
- 37 Zum »Scheinproblem der Bürokratie« vgl. besonders Georg Fülberth: Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument 1971, S. 1-21, hier S. 19 ff.
- 38 Erich Matthias: Kautsky und der Kautskyanismus, Zur Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, in: Marxismusstudien, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 151-197.
- Klaus Kinner: Zur Herausbildung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes in der KPD im Prozest der schöpferischen Aneignung des Leninismus 1918-1923, in: Jahrbuch für Geschichte Band 9, brsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Berlin 1973, S. 217-280, hier: S. 248.

Kurt Brandis ist das Pseudonym Karl Friedrich Brockschmidts, der 1902 in Dortmund geboren wurde. Schon als Student war Brandis Mitglied der KPD und gehörte wie Kurt Mandelbaum (vgl. Rotbuch 110) zur Gruppe der »entschiedenen Linken« um Karl Korsch. 1926 wurde er wegen sogenannter »Linksabweichung« aus der zunehmend stalinistischeren Partei ausgeschlossen. In Frankfurt geriet Brandis wenig später in den Kreis der oppositionellen Theoretiker um Karl Grünberg, bei dem er 1927 mit der vorliegenden Arbeit über die frühe Sozialdemokratie promovierte.

Brandis, ein Schüler Korschs, untersucht die Wurzeln der heute 100jährigen SPD. Seit ihren Anfängen waren die Sozialdemokraten eine demokratische Volkspartei. Das heißt: die Parteitaktik beschränkte sich auf das Parlament und auf Reformen, der Marxismus war aufgesetzt, Arbeiter hatten kaum Einfluß.

7 Mark im Abonnement 6 Mark